OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

März 2019

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2019

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 11. März 2019

Inhalt

Konjunktur aktuell 4

Schwaches zweites Halbjahr 2018 dämpft Wachstumsausblick 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunkturabkühlung zum Jahresende 2018 12

Globaler Gegenwind führt auch in Österreich zu Abwärtsrevision der Wachstumsprognose 15

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats 19

10-Jahreshoch beim Geldmengenwachstum M3 in Österreich im November 2018 29

Leistungsbilanzsaldo 2018 trotz Abschwächung in den letzten Monaten deutlicher im Plus 32

Spezielle Kurzanalysen 34

Brexit: Studien zu Auswirkungen auf Österreich im Überblick 35

Volkswirtschaftliche Auswirkungen der jüngsten Umweltschutzmaßnahmen im Bereich der KFZ-Industrie 41

Die Wohnausgaben der österreichischen Haushalte im Jahr 2017 – einige Erhebungsergebnisse 47

Rumäniens Steuer auf Bankaktiva stößt auf Kritik 51

Internationale Rolle des Euro und die Empfehlung im Energiebereich 55

Annex 58

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 16. Jänner bis 5. März 2019 59

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 63

Konjunktur aktuell

Überblick[1]

Die Aussichten für die globale Konjunktur werden derzeit von ausgeprägten Unsicherheiten über wirtschaftspolitische Entscheidungen etwa zum Brexit und den Handelskonflikten geprägt, die sich in einem Rückgang der Dynamik des internationalen Handels und entsprechenden Abwärtsrevisionen der Wirtschaftsprognosen widerspiegeln. So revidierte die OECD in ihrer Interimsprognose vom März 2019 die Erwartungen zur Entwicklung des weltweiten Wirtschaftswachstums 2019 um 0,2 Prozentpunkte (PP) auf 3,3% nach unten.

Die OECD erwartet für das Jahr 2019 für die USA ein noch vergleichsweise starkes Wachstum von 2,6%. Die Wirtschaftsdynamik Chinas hat in den vergangenen Quartalen nachgelassen. Obwohl durch neue wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die weitere Senkung des Mindestreservesatzes für Geschäftsbanken im Jänner 2019 gestützt, wird für 2019 eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf 6,2% erwartet (2018: 6,6%). Die Unsicherheit über den Brexit zeigte sich im Vereinigten Königreich im vierten Quartal 2018 in einem negativen Wachstumsbeitrag der Bruttoanlageinvestitionen. Die OECD revidierte die Wachstumsprognose für 2019 um -0,6 PP auf nunmehr 0,8%. Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) hat sich im vierten Quartal 2018 merklich verringert (0,7%, Q3 2018: 1,3%, jeweils Quartal auf Quartal), die Konjunktur bleibt aber vorläufig weiter solide.

Im Euroraum lag das Wirtschaftswachstum im vierten Quartal 2018 wie bereits im Quartal zuvor bei nur 0,2% (Quartal auf Quartal). Erneut spielte dafür die schwache Konjunktur in Deutschland eine wichtige Rolle (2018Q3: -0,2%, 2018Q4: 0,0%). Hinter der deutschen Wachstumsschwäche stehen eine Reihe von Sonderfaktoren (etwa neue Abgasnormen für die Automobilindustrie und Behinderungen der Transportketten aufgrund Niedrigwassers). Italien befand sich mit jeweils -0,2% Quartalswachstum im dritten und im vierten Quartal 2018 in einer technischen Rezession. Die EZB revidierte in ihrer aktuellen Prognose vom März gegenüber der Prognose des Eurosystems vom Dezember 2018 die Wachstumsaussichten für 2019 um 0,6 PP und für 2020 um 0,1 PP nach unten. Sie erwartet für den Euroraum für 2019 und 2020 ein Wachstum von 1,1% bzw. 1,6% (OECD: 1,0% bzw. 1,2%). Die HVPI-Inflation lag im Februar 2019 bei 1,5%. Die EZB revidierte die Inflationsprognosen für 2019 bzw. 2020 ebenfalls nach unten und erwartet nun eine HVPI-Inflation von 1,2% (-0,3 PP) bzw. 1,5% (-0,2 PP). In Folge der erheblichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Euroraum, die die Annäherung der Inflationsentwicklung an das Preisstabilitätsziel bremst, beschloss der EZB-Rat in seiner Sitzung am 7. März 2019 die geldpolitische Ausrichtung weiter zu lockern (Verlängerung der Foreward Guidance sowie der Vollzuteilung in den geldpolitischen Operationen). Damit gehen die gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte, die sogenannten TLTROs, in die dritte Runde.

Auch Österreichs Wirtschaft sieht sich zusehends mit der globalen Konjunkturabschwächung konfrontiert. Die OeNB erwartet aber trotz des schwierigen Umfelds aufgrund der robusten Inlandskonjunktur eine nur geringfügige Abschwächung des Wachstumstempos auf 0,3% im ersten Quartal 2019 (Q4 2018: 0,4%). Für das zweite Quartal wird wieder mit einer leichten Beschleunigung auf 0,4% gerechnet. Für das Jahr 2019 erwartet die OeNB zwar ein höheres Wachstum als im Euroraum, es wird aber deutlich unter jenem des Jahres 2018 liegen. Die österreichische HVPI-Jahresinflationsrate belief sich im Jänner 2019 auf 1,7% und zeigte sich damit gegenüber Dezember 2018 unverändert.

[1] Autor: Christian Ragacs (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Schwaches zweites Halbjahr 2018 dämpft Wachstumsausblick[2]

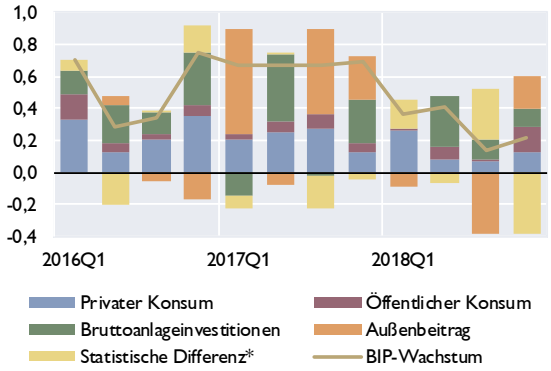
Euroraum: Deutliche Abwärtsrevisionen wichtiger Prognosen

In der zweiten Jahreshälfte 2018 hat die wirtschaftliche Entwicklung die Erwartungen enttäuscht. Das Wachstum des realen BIP ist deutlich geringer ausgefallen, als die wichtigsten Prognosen vorhergesagt hatten. Italien ist erneut in eine Rezession geschlittert, Deutschland entging der Rezession dank Nullwachstum nur knapp.

Im vierten Quartal 2018 lag das Wachstum des realen BIP im Euroraum bei 0,2% und damit etwas höher als im Quartal zuvor (+0,1%). Auf Komponentenebene zeigt sich ein relativ ausgewogenes Bild mit Wachstumsbeiträgen im Bereich 0,1-0,2 Prozentpunkten. Der Außenbeitrag war wieder positiv und lag bei 0,2 Prozentpunkten, während die Summe der Beiträge von privatem und öffentlichem Konsum und Investitionen (+0,4 Prozentpunkte) zur Gänze von der negativen statistischen Differenz (inkl. Lager) ausgeglichen wurde.

Euroraum: Wachstumsbeitrag zum realen BIP

in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

Euroraum: Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber Vorquartal (saison- & arbeitstägig bereinigt)

Quelle: Eurostat.

Erneut spielte die schwache Konjunktur in Deutschland eine wesentliche Rolle. Nach dem deutlichen Wachstumseinbruch im dritten Quartal 2018 (-0,2% nach noch +0,5% im zweiten Quartal) konnte die Wirtschaft in Deutschland im Schlussquartal 2018 immerhin ein Nullwachstum erreichen und sich somit der technischen Definition einer Rezession (zwei aufeinanderfolgende Quartale negativen Wachstums) gerade noch entziehen[3]. Hinter der deutschen Wachstumsschwäche stehen eine Reihe von Sonderfaktoren: Aufgrund technischer Probleme bei der Umstellung auf den neuen KFZ-Abgas-Prüfstand WLTP bekamen nicht alle Automodelle rechtzeitig eine Genehmigung für eine Neuzulassung, sodass die Produktion heruntergefahren werden musste. Gleichzeitig warteten die Konsumenten mit Autokäufen ab. Die allgemein erwarteten Aufholeffekte haben sich seither noch nicht realisiert. Im vierten Quartal 2018 kamen dann Behinderungen der Produktionsketten aufgrund des niedrigen

[2] Maria Silgoner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

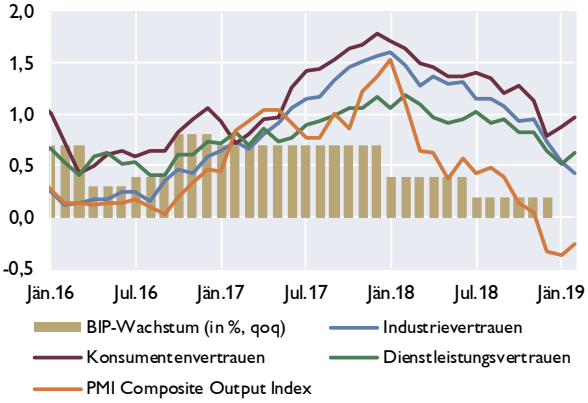
[3] Vorläufige Daten, eine Aufwärtsrevision zeichnet sich ab.

Wasserstands in wichtigen deutschen Flüssen hinzu, weswegen Güterschiffe nicht zur Gänze beladen werden konnten. Das traf vor allem Schlüsselbranchen wie die chemische Industrie oder die Stahlindustrie. Die Energieproduktion wurde durch Lieferprobleme bei Kohlekraftwerken sowie durch Einschränkungen bei Wasserkraftwerken belastet.

Ebenfalls schwach zeigte sich die Wirtschaft in Italien, die vor dem Hintergrund (fiskal-)politischer Unsicherheiten und angesichts der Probleme im Bankensektor nun zum zweiten Mal in Folge schrumpfte (-0,1% im dritten und vierten Quartal 2018) und somit in die Rezession schlitterte. Die griechische Wirtschaft schrumpfte zum ersten Mal seit über zwei Jahren wieder (-0,1%), sowohl der private Konsum als auch die Investitionen gaben nach. In den meisten anderen Euroraumländern setzte sich der Erholungskurs fort. In Frankreich und Portugal expandierte die Wirtschaft erneut um 0,3%, Spanien konnte seinen Wachstumsvorsprung sogar noch ausbauen (+0,7%). Aktuelle Kurzfristprognosen für den Euroraum sind für das erste Quartal 2019 weiterhin eher vorsichtig und rechnen mit einem Wachstum von rund 0,3%. Für die darauffolgenden Quartale wird das Bild eines soliden Erholungspfads mit Wachstumsraten im Bereich 0,4-0,5% gezeichnet. Darauf deuten auch die jüngsten Stimmungsindikatoren hin, die nach starken Rückgängen über den gesamten Jahresverlauf 2018 nun im Februar 2019 erstmals wieder Zuwächse beim Konsumenten- und Dienstleistungsvertrauen verzeichnen konnten. Auch hinter der Verbesserung des umfassenden Composite-PMI-Index steht das positivere Bild im Dienstleistungssektor, während die Stimmung im Industriesektor nach den derzeit verfügbaren Indikatoren weiterhin schwächelt.

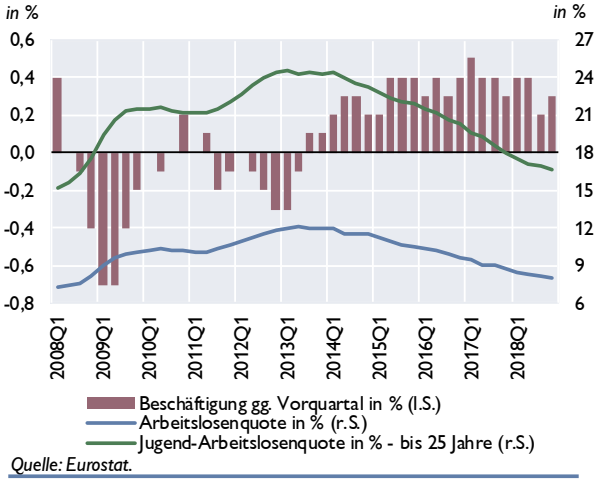
Euroraum: Stimmungsindikatoren

Indizes um Mittelwert bereinigt relativ zur Standardabweichung



Quelle: Eurostat, EK, Markit, eigene Berechnungen.

Euroraum: Beschäftigung und Arbeitslosenquote



Quelle: Eurostat.

Ein positiver Beitrag zur Entwicklung des privaten Konsums wird vom Arbeitsmarkt ausgehen. Mit 7,8% im Jänner 2019 liegt die Arbeitslosenquote bereits um 4,3 Prozentpunkte unter den Höchstständen von Mitte 2013. Besonders stark reduziert hat sich die Jugendarbeitslosigkeit; sie lag im Jänner bei 16,5%. Die EZB rechnet in ihrer Prognose von Ende 2018 damit, dass die Arbeitslosenquote bis 2021 weiter bis auf 7,1% zurückgehen wird. Damit würde sie sogar den niedrigsten Stand vor der Krise (7,3%) unterschreiten.

Angesichts des schwachen zweiten Halbjahrs 2018 haben internationale Organisationen ihre Wachstumsprognosen deutlich nach unten revidiert. So rechnet die Europäische Kommission für 2019 nun nur mehr mit einem BIP-Wachstum von 1,3%, um 0,6 Prozentpunkte weniger als noch in der Herbstprognose. Die EZB ist noch pessimistischer und erwartet nach aktueller Prognose vom März gar nur mehr ein Wachstum von 1,1%. Für das Jahr 2020 fielen die Abwärtsrevisionen weniger drastisch aus, sowohl Europäische Kommission also auch EZB erwarten ein BIP-Wachstum von 1,6%. Die aktuelle Wachstumsabschwächung basiert auf einer Kombination aus

externen und internen Faktoren. In der zweiten Jahreshälfte hat sich das Welthandelswachstum abgeschwächt, eine Folge der Handelsrestriktionen und des rückläufigen Trends der Weltindustrieproduktion. Der Euroraum ist aufgrund seiner geographischen Orientierung und Produktspezialisierung davon besonders stark betroffen. Die Binnennachfrage belasten temporäre Sonderfaktoren (Automobilindustrie), sowie soziale Spannungen und fiskalpolitische Unsicherheiten in einigen Mitgliedsstaaten. Die zugrundeliegenden Wachstumsfaktoren bleiben insgesamt jedoch solide: Die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt, die günstigen Finanzierungsbedingungen und die leicht expansive Fiskalpolitik unterstützen einen fortgesetzten Aufschwung. Die Abwärtsrisiken bleiben jedoch bedeutend und hängen primär von wichtigen anstehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen ab (Handelsstreitigkeiten, Brexit).

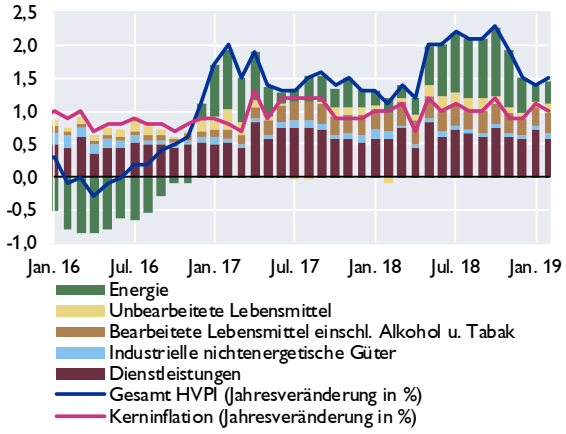
Steigender Lohnkostendruck bei moderater Inflation

Um den Jahreswechsel 2018/19 befand sich die HVPI-Inflation im Euroraum wieder auf einem deutlich niedrigeren Niveau als in den Monaten Mai bis November 2018. Damals hatten die Energiepreise die Inflation nach oben verzerrt, während die um diesen Faktor bereinigte Kerninflationsrate über den gesamten Jahresverlauf 2018 weitgehend stabil bei rund 1% gelegen hatte. Im Herbst sind die Rohölpreise dann angesichts historischer Höchststände beim Angebot aus den führenden Produktionsländern (USA, Russland, Saudi-Arabien) deutlich zurückgegangen, was auch die HVPI-Inflationsrate verringerte. Sie erreichte im Februar 2018 1,5% und lag damit um einen halben Prozentpunkt über der Kerninflationsrate. Der Ölpreis hat seit dem Jahresanfang knapp die Hälfte seiner Preisverluste wieder wettmachen können, was sich aber bislang noch nicht in der Energiepreiskomponente des HVPI niederschlug. Die EZB rechnet in ihrer aktuellen Prognose für 2019 und 2020 mit Inflationsraten von 1,2% bzw. 1,5%.

Der von den Arbeitskosten ausgehende Preisdruck hat sich weiter verstärkt. Das Wachstum der Tariflöhne hat sich seit Ende 2017 schrittweise erhöht und lag im dritten Quartal 2018 bei 2,1%. Bereits seit gut einem Jahr übersteigt das Wachstum der Arbeitnehmerentgelte (+2,5%) jenes der Tariflöhne. Diese positive Lohndrift reflektiert den Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und die günstige konjunkturelle Entwicklung der vergangenen Jahre. Aufgrund des weiterhin niedrigen Wachstums der Arbeitsproduktivität (+0,3%) stiegen im dritten Quartal 2018 die Lohnstückkosten um 2,1%. Die Lohnstückkosten sind ein wichtiger Vorlaufindikator für die Inflationsrate. Die Diskrepanz zwischen steigendem Kostendruck aus Löhnen und stagnierender Kerninflation deuten darauf hin, dass steigende Kosten nicht zur Gänze an die Kunden weitergegeben werden, sondern durch sinkende Gewinnmargen abgepuffert werden.

Euroraum: HVPI-Inflationsrate und Komponenten

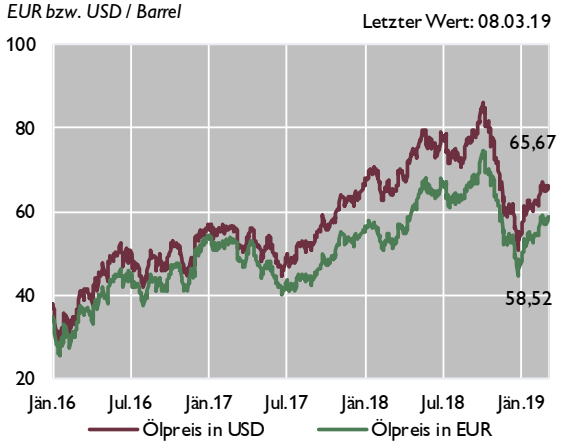
Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

Preisentwicklung auf den Spot-Märkten

EUR bzw. USD / Barrel



Quelle: Macrobond.

Weltwirtschaft: Unsicherheiten belasten Konjunktur

Die Aussichten für die globale Konjunktur werden derzeit von Unsicherheiten über wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen wie den Brexit, die internationalen Handelskonflikte oder die Ausgestaltung der Fiskalpolitik in den USA bestimmt. Diese Faktoren haben auch Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen in Schwellenländern. Der IWF hat im Jänner ein Prognoseupdate vorgelegt und dabei erneut das Weltwirtschaftswachstum für 2019 auf nunmehr 3,5% nach unten revidiert. Auch der IWF nennt das schwache zweite Halbjahr 2018 als Hauptfaktor für die Abwärtsrevision. Er nahm sowohl bei Industriestaaten, als auch bei Entwicklungs- und Schwellenländern Wachstumskorrekturen vor. Im Jahr 2020 soll die globale Wirtschaft um 3,6% expandieren.

USA: Strategieänderung der Fed bewirkt Kursanstieg an Börsen

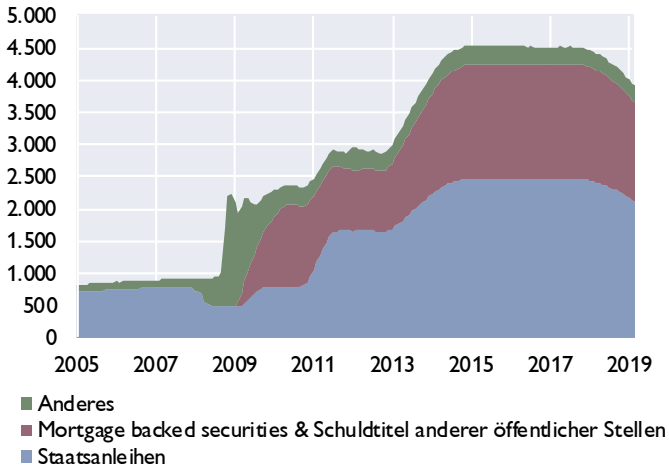
Das Wirtschaftswachstum in den USA übersteigt weiterhin deutlich jenes im Euroraum und in anderen wichtigen Regionen der Weltwirtschaft. Allerdings ging es laut Erstschätzung im vierten Quartal 2018 zuletzt weiter zurück und lag bei 0,7% gegenüber dem Vorquartal (nach +0,9% im dritten Quartal). Ursache sind vor allem niedrigere Wachstumsbeiträge der Investitionen sowie des privaten Konsums, Folge der langsam auslaufenden positiven Effekte der expansiven Fiskalpolitik. Aber auch 2019 werden die fiskalischen Impulse noch positiv zum Wachstum beitragen. Für das laufende erste Quartal 2019 rechnet die Fed New York mit einem Wachstum von 1,2%. Die Arbeitslosenquote ist zuletzt leicht gestiegen, blieb aber im Jänner mit 4,0% weiterhin sehr niedrig. Allerdings fielen die realen Lohnzuwächse bislang eher bescheiden aus, und nicht alle Bevölkerungsgruppen partizipieren gleichermaßen am Aufschwung. Entsprechend blieb auch die Inflationsrate bisher moderat, sie lag im Jänner 2019, gemessen am VPI, bei 1,5%.

Weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen lassen für 2019 und 2020 hohe Unternehmensinvestitionen erwarten. Der IWF hat in seinem Interimsupdate die Wachstumsprognosen für die USA unverändert bei 2,5% (2019) und 1,8% (2020) belassen, beides Raten über dem Potenzialwachstum. An der abnehmenden Dynamik lässt sich das Auslaufen der konjunkturstützenden Geld- und Fiskalpolitik ablesen. Risiken für die US-Wirtschaft ergeben sich aus der erheblichen privaten und öffentlichen Verschuldung.

Nach den Kursverlusten Ende 2018 konnten die wichtigsten Börsen in den USA seit dem Jahreswechsel wieder deutliche Gewinne verzeichnen. Ursache sind Signale der Fed, die darauf schließen lassen, dass für heuer kaum mehr weitere Zinsanhebungen bevorstehen und dass das Tempo der Reduktion der Notenbankbilanz verringert werden könnte. Zuletzt hat die Fed die Zinsen im Dezember angehoben. Seither liegt die *federal funds rate* bei 2,25-2,5%.

USA: Bilanzreduktion der Fed

in Mrd USD



Quelle: Fed.

China: Expansive Wirtschaftspolitik stützt Wachstum

Das Wachstum des realen BIP in China hat sich in den vergangenen Quartalen verlangsamt. Im vierten Quartal 2018 lag es gegenüber dem Vorjahresquartal nur mehr bei 6,4%. Der IWF rechnet in seinem Prognoseupdate mit einer weiteren Verlangsamung auf jeweils 6,2% im Jahresschnitt 2019 bzw. 2020. Dieser Trend ist vor allem auf den geringeren Beitrag des privaten Konsums zurückzuführen, der weiterhin vornehmlich durch Kredite finanziert wird. Die Leistungsbilanz, die vor der Krise noch Überschüsse von bis zu 10% des BIP ausgewiesen hatte, ist mittlerweile weitgehend ausgeglichen. Im dritten Quartal 2018 lag der Leistungsbilanzüberschuss bei 0,7% des BIP.

Das Wachstum wird zukünftig durch neue wirtschaftspolitische Maßnahmen gestützt. So wurde im Jänner 2019 der Mindestreservesatz für Geschäftsbanken weiter gesenkt. Die dadurch freiwerdenden Mittel sollen für zusätzliche Kredite an Haushalte und Unternehmen verwendet werden und damit Konsum und Investitionen stimulieren. Zusätzlich hat die Regierung neue Fiskalmaßnahmen angekündigt, wodurch (potenzielle) Auswirkungen von US-Handelsbeschränkungen abgefedert werden sollen. Allerdings wird sich China zukünftig verstärkt mit den Herausforderungen im Bereich der Finanzmarktstabilität befassen müssen, was wachstumsdämpfende Effekte haben würde. Zwar ging die Verschuldung des Unternehmenssektors zuletzt leicht zurück, die Verschuldung der privaten Haushalte steigt jedoch deutlich an. Durch regulatorische Maßnahmen muss das Schattenbankenwesen zugunsten traditioneller Bankkredite zurückgedrängt werden und so die Qualität der Verschuldung verbessert werden.

UK: Unsicherheit über Brexit bleibt hoch

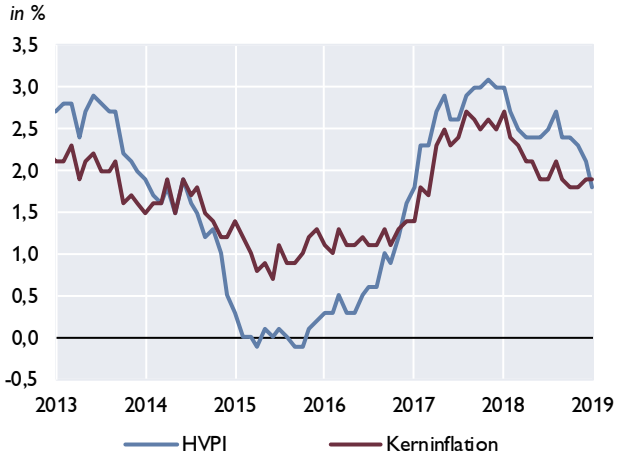
Im vierten Quartal 2018 ist das Wachstum des realen BIP im Vereinigten Königreich auf 0,2% gesunken. Der Wachstumsbeitrag der Bruttoanlageinvestitionen war negativ, woran sich die hohe Unsicherheit über den weiteren Verlauf des EU-Ausstiegsprozesses ablesen lässt. Gestützt wurde das Wachstum durch den öffentlichen Konsum. Die expansive Fiskalpolitik ist auch für Aufwärtsrevisionen der Europäischen Kommission im Rahmen ihrer Interimsprognose vom Februar verantwortlich. Sie rechnet für das Vereinigte Königreich nun für 2019 und 2020 jeweils mit einem BIP-Wachstum von 1,3%. Mittelfristig soll die öffentliche Verschuldung allerdings nicht bedeutend steigen, die Maßnahmen entfalten ihre Wirkung vor allem in diesem und im nächsten Jahr.

Positive Signale kommen vom Arbeitsmarkt, wo sich die Beschäftigungsquote mit beinahe 76% auf Rekordniveau befindet. Die historisch niedrige Arbeitslosenquote von 4% und die rückläufige Migration aus den EU-Ländern (teilweise kompensiert durch eine höhere Nettozuwanderung aus Nicht-EU Ländern) machen sich in einem Arbeitskräfteengpass bemerkbar. Die Reallöhne stiegen im Dezember 2018 um 1,3%. Zu einem der Hauptrisiken für die weitere Entwicklung im Vereinigten Königreich zählt das hohe Handelsbilanzdefizit. Selbst die signifikante Abwertung des Pfund nach dem Referendum im Juni 2016 konnte an dieser Ausgangslage nichts ändern.

Der Wechselkurs des Pfund erholte sich zuletzt wieder etwas, sowohl gegenüber dem Euro als auch gegenüber dem US-Dollar. Die HVPI-Inflation lag im Jänner 2019 bei 1,8%, dem niedrigsten Wert seit Anfang 2017. Sie liegt damit nun nicht mehr über dem Zielwert der Bank of England (BoE) von 2%. Vor diesem Hintergrund beließ die britische Notenbank den Zinssatz in der letzten Sitzung vom Februar bei 0,75% und geht auch für die Zukunft von „graduellen" Zinssteigerungen aus. Die BoE hat angedeutet, dass im Falle eines geordneten Brexits weitere Leitzinserhöhungen und eine Verringerung der Bilanzsumme erforderlich sein könnten. Um die

Liquidität des Bankensektors rund um den EU-Austrittstag sicherzustellen, hat die BoE zudem angekündigt, in den Wochen davor und danach indexierte langfristige Repo-Operationen statt in monatlicher in wöchentlicher Frequenz anzubieten. In ähnlicher Weise hat die BoE bereits nach dem EU-Austrittsreferendum für Stabilität im Markt gesorgt.

UK: HVPI-Inflationsrate und Kerninflation



Quelle: Eurostat.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunkturabkühlung zum Jahresende 2018[4]

Wachstum fällt im vierten Quartal 2018 erwartungsgemäß schwächer aus

Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) hat sich im vierten Quartal 2018 merklich verringert. Aufgrund der konjunkturellen Abkühlung im Euroraum sowie der seit Anfang 2018 zu beobachtenden Abschwächung bei wichtigen Vorlauf- und Vertrauensindikatoren war mit dieser Entwicklung aber allgemein gerechnet worden. Erste verfügbare Schnellschätzungen deuten darauf hin, dass das regionale Bruttoinlandsprodukt zum Jahresende nur noch um rund 0,7% (im Vergleich zum Vorquartal) zunahm. Im dritten Quartal 2018 betrug das Wachstum noch 1,3%. Auf Länderebene gab die Konjunktur vor allem in Polen und Rumänien – der größten und der zweitgrößten Volkswirtschaft der Region – nach. Aus Litauen und der Tschechischen Republik wurde hingegen ein etwas stärkeres Wirtschaftswachstum berichtet.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2018	2018q2	2018q3	2018q4*
Bulgarien	3.3	0.8	0.7	0.7
Estland	..	1.4	0.4	..
Kroatien	2.6	1.1	0.6	0.1
Lettland	5.0	1.0	1.7	1.1
Litauen	3.4	0.9	−0.3	1.6
Polen	5.1	1.1	1.7	0.5
Rumänien	4.1	1.5	1.9	0.7
Slowakei	4.1	1.2	1.1	0.8
Slowenien	..	0.8	1.3	..
Tschechische Rep.	3.0	0.7	0.6	0.9
Ungarn	5.0	1.0	1.3	1.1
Gesamte Region	**..**	**1.1**	**1.3**	**..**

*) Schnellschätzung

Quelle: Eurostat.

Kurzfristig verfügbare Aktivitätsindikatoren legen nahe, dass vor allem die Investitionen und der Außenbeitrag für die schwächere Dynamik verantwortlich waren. So wuchs etwa die Produktion im Bausektor im vierten Quartal deutlich schwächer als noch im dritten Quartal 2018 (9% im Vergleich zu 12,3%, jeweils im Vergleich zum Vorjahr). Das Wachstum der Industrieproduktion nahm ebenso ab. Statistiken zu den Umsätzen der Industrie belegen, dass vor allem das Geschäft in Exportmärkten schlechter ausgefallen ist. Darin spiegelt sich der schwächere Welthandel im Allgemeinen und die nachlassende Konjunktur in wichtigen Absatzmärkten im Besonderen wider. Darüber hinaus könnte aber auch die internationale Nachfrage unter einer gewissen Erosion der preislichen Wettbewerbsfähigkeit vor dem Hintergrund des in den letzten Quartalen zu beobachtenden sehr hohen Lohnwachstums gelitten haben. Im zweiten Halbjahr 2018 nahmen die durchschnittlichen nominalen Stundenlöhne um mehr als 10% zu.

Im Gegensatz dazu dürfte sich der private Konsum auch zum Jahresende 2018 weiter positiv entwickelt haben. Darauf deuten gute Vertrauenswerte bei den Konsumenten und die robuste Entwicklung der Einzelhandelsumsätze angesichts boomender Arbeitsmärkte hin. Die starke Importnachfrage der Haushalte dürfte den Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft aber zusätzlich gedämpft haben.

Konjunktur bleibt dennoch vorläufig weiter solide

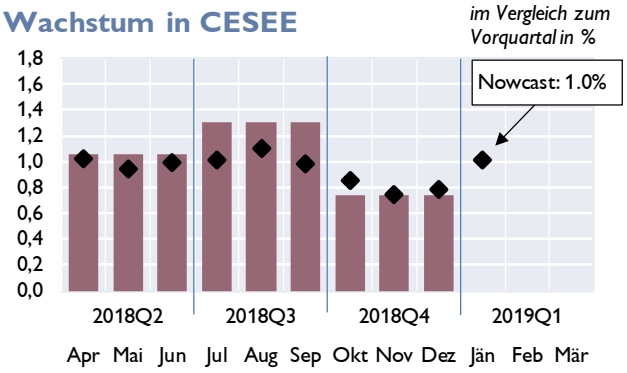
Trotz der im vierten Quartal 2018 zu beobachtenden Wachstumsabschwächung steht die Konjunktur in den CESEE EU-Mitgliedstaaten weiterhin auf einem stabilen Fundament. Das wird unter anderem durch den OeNB Nowcast bestätigt. Der OeNB Nowcast ist eine neu entwickelte

[4] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Methode zur Abschätzung der kurzfristigen Wachstumsdynamik in der CESEE-Region. Der Nowcast prognostiziert die BIP-Entwicklung im laufenden Quartal unter Zuhilfenahme unterschiedlicher statistischer Modelle und einer Reihe wichtiger monatlich verfügbarer makroökonomischer Kenngrößen (Arbeitslosigkeit, Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen, Ölpreis, Industrieproduktion, Wirtschaftsvertrauen, etc.)[5]. Der Nowcast erlaubt damit Aussagen zum Wirtschaftswachstum im laufenden Quartal lange bevor offizielle BIP-Statistiken verfügbar sind.

Der aktuelle OeNB Nowcast basiert auf Daten bis Jänner 2019 und erwartet ein durchschnittliches Wachstum in der CESEE-Region von 1% (im Vergleich zum Vorquartal) für das erste Quartal 2019. Das würde eine Wachstumsbeschleunigung von 0,3 Prozentpunkten gegenüber dem vierten Quartal 2018 bedeuten. Im Vergleich zum Vorjahresquartal wird das Wachstum im ersten Quartal 2019 in etwa gleich hoch ausfallen wie im vierten Quartal 2018 (rund 4,2%). Die regionale Dynamik wird vor allem von Polen und Rumänien angetrieben. Die prognostizierte Wachstumsbeschleunigung ist damit zum Teil auf einen Basiseffekt nach dem schwachen Wachstum der beiden Länder im vierten Quartal zurückzuführen.

OeNB Nowcast für das reale BIP-Wachstum in CESEE



Quelle: Eurostat, OeNB nowcasting Modell

Die aktuelle Prognose der Europäischen Kommission erwartet ebenso eine leichte Wachstumsbeschleunigung zu Jahresbeginn 2019 und stimmt damit mit dem aktuellen OeNB Nowcast überein. Im Gesamtjahr 2019 wird das Wachstum aber schwächer ausfallen als im Jahr 2018 (+4,1%). Mit einem durchschnittlichen erwarteten Plus von 3,4% in der CESEE-Region bleibt die wirtschaftliche Dynamik im langjährigen Vergleich jedoch weiterhin robust. Überdurchschnittlich stark wird sich laut Kommission vor allem die Slowakei entwickeln. Stärkere Zuwächse werden aber auch für Rumänien und Bulgarien erwartet. Ein deutlich unterdurchschnittliches Wachstum wird für die baltischen Länder und Kroatien, aber auch für die Tschechische Republik prognostiziert.

Deutlicher Rückgang der Teuerung vor dem Hintergrund niedrigerer Energiepreise

Im Jänner 2019 betrug die durchschnittliche Inflationsrate in den CESEE EU-Mitgliedstaaten 1,6% und lag damit um 0,9 Prozentpunkte unter ihrem Höchstwert vom September 2018. Der disinflationäre Trend wurde in erster Line von Energiepreisen getragen, deren Beitrag zur allgemeinen Teuerung zwischen September und Jänner um 0,8 Prozentpunkte sank. Ein niedrigerer Preisdruck wurde auch für unverarbeitete Lebensmittel berichtet.

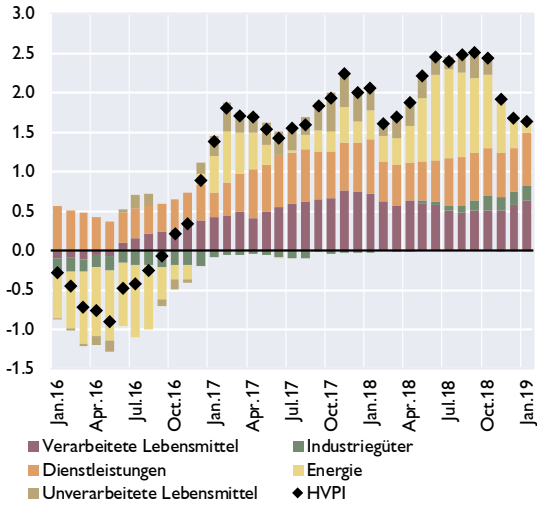
Die übrigen Komponenten trugen leicht stärker zur Teuerung bei, wodurch sich zuletzt die Kerninflation (allgemeine Inflationsrate bereinigt um die volatilen und durch die Geldpolitik nur begrenzt steuerbaren Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel) erhöhte. Im Jänner 2019 lag die Kerninflationsrate mit durchschnittlich 1,9% das erste Mal seit Ende 2016 wieder über der allgemeinen Inflationsrate. Dieser Anstieg könnte nicht zuletzt auf den Einfluss der in den letzten Quartalen stark steigenden Löhne auf die Preisentwicklung zurückzuführen sein. Ein

[5] Siehe: Riedl, A. and J. Wörz (2018): "A simple approach to nowcasting GDP growth in CESEE economies", *Focus on European Economic Integration Q4/18*. Wien: OeNB.

höherer binnenwirtschaftlicher Preisdruck wird auch durch die positive Produktionslücke signalisiert. Die Produktionslücke sollte laut Prognosen 2019 weitestgehend unverändert bleiben und sich erst 2020 zu schließen beginnen. Eine starke Auslastung der Produktionsfaktoren wird auch durch Zahlen zur Kapazitätsauslastung und Umfragen zu Arbeitskräfteknappheit belegt: Beide Indikatoren befinden sich zurzeit nahe bzw. über ihren historischen Höchstständen.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-MS

in Prozentpunkten, HVPI in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Trotz dieser Entwicklungen gehen aktuelle Prognosen nicht von einem deutlichen Anstieg der Inflation in der CESEE-Region aus. So erwartet etwa die Europäische Kommission für 2019 eine durchschnittliche Inflationsrate von 2,4% nach 2,1% im Jahr 2018. Auf Länderebene sind gegenläufige Trends zu beobachten: So wird etwa die Teuerung in Rumänien und Bulgarien im heurigen Jahr nachlassen. Beide Länder berichteten 2018 noch deutlich überdurchschnittliche Inflationsraten. Gleichzeitig wird sich der Preisanstieg vor allem in Polen beschleunigen, wodurch die regionale Streuung bei den Inflationsraten abnehmen wird.

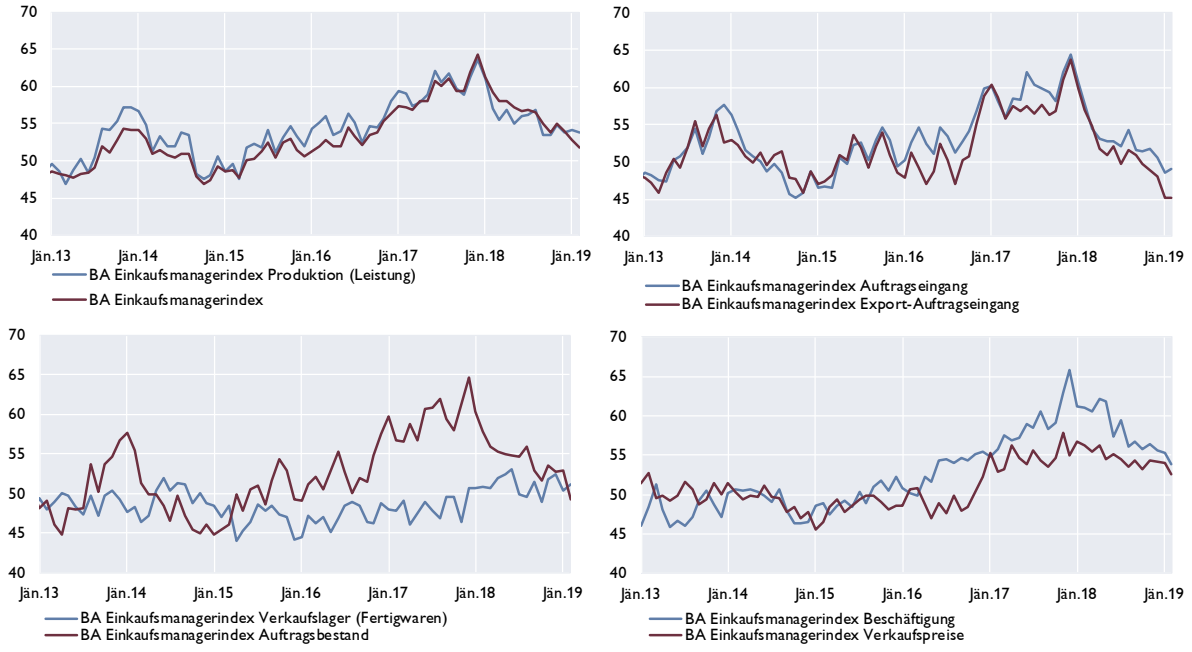
Globaler Gegenwind führt auch in Österreich zu Abwärtsrevision der Wachstumsprognose[6]

Österreichs Wirtschaft sieht sich zusehends mit globalen Konjunkturrisiken konfrontiert und verliert deshalb an Schwung. Aufgrund der robusten Inlandskonjunktur wird die Wachstumsabschwächung in Österreich aber weniger stark ausfallen als im Euroraum. Ein Konjunktureinbruch zeichnet sich für Österreich nicht ab. Der OeNB-Konjunkturindikator erwartet für das erste und zweite Quartal 2019 einen Anstieg des realen BIP um 0,3 % bzw. 0,4% (gegenüber dem Vorquartal). Gegenüber der letzten Prognose wurden die Wachstumserwartungen um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte zurückgenommen. Die schwächeren Aussichten für das erste Halbjahr führen auch in Österreich zu einer Abwärtsrevision der Wachstumsprognose für das Gesamtjahr 2019.

Vertrauensindikatoren signalisieren weitere Abkühlung in der Industrie

Sowohl der Economic Sentiment Indicator (ESI) als auch der EinkaufsManagerIndex (EMI) signalisieren eine weitere Abschwächung der Industriekonjunktur. Beide Indikatoren haben seit ihren jeweiligen Höhepunkten Ende 2017 markant verloren und notieren aktuell auf dem Niveau von Ende 2016.

Industrievertrauen laut EinkaufsManagerIndex



Quelle: Bank Austria EinkaufsManagerIndex

Darüber hinaus zeigen beide Umfragen, dass (1) die Auftragseingänge zunehmend schwächer ausfallen, insbesondere jene aus dem Ausland entfalten aktuell eine bremsende Wirkung (ein Wert kleiner 50 deutet auf eine rückläufige Entwicklung hin). (2) Trotz der schwächeren Auftragseingänge haben die Industriebetriebe ihre Produktion im Februar kaum eingeschränkt und auch den Beschäftigungsaufbau nicht merklich reduziert. Der Auftragsbestand verringert sich aber bereits und findet sein Pendant gegenwärtig in steigenden Verkaufslagern. Diese Tendenzen

[6] Autoren: Gerhard Fenz, Fabio Rumler, Martin Schneider und Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

werden (3) von einer Abschwächung des Preisauftriebs der Einkaufs- und Verkaufspreise begleitet, welche die nachlassende Nachfrage widerspiegeln.

Trotz dieser beschriebenen Abschwächungen befinden sich sowohl der ESI als auch der EMI für Österreich noch immer im Expansionsbereich und über den Niveaus dieser beiden Indikatoren für den Euroraum. Dies deckt sich mit der Einschätzung einer weniger stark ausgeprägten Abschwächung des heimischen BIP-Wachstums im Vergleich zum Euroraum.

Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators für das 1. Halbjahr 2019

Das außenwirtschaftliche Umfeld ist seit geraumer Zeit durch eine Reihe von unerwartet schlechten Entwicklungen sowie weiteren Abwärtsrisiken gekennzeichnet: Die technische Rezession in Italien, eine Stagnation zu Jahresende in Deutschland sowie Unsicherheiten rund um den Brexit und die Gefahr einer erneuten Verschärfung des Handelskonflikts zwischen den USA und Europa prägen das Bild. Österreichs Wirtschaft kann sich dieser Dynamik nicht gänzlich entziehen, zeigt sich aber dank einer kräftigen Inlandskonjunktur vergleichsweise robust. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung ist insbesondere im exportorientierten Industriesektor zu spüren. Stabilisierend wirkt der Dienstleistungssektor, der zuletzt deutlich stärker als die Industrieproduktion gewachsen ist. Dazu trägt nicht zuletzt der Tourismus bei, der im Vorjahr erneut einen neuen Nächtigungsrekord erzielte und einen guten Start in die aktuelle Wintersaison vorweisen kann.

Die Inlandsnachfrage ist weiterhin eine zentrale Stütze der Konjunktur und hilft außenwirtschaftliche Schocks abzufedern. Zwar verlieren die stark von der Industrie- und Exportkonjunktur bestimmten Ausrüstungsinvestitionen an Dynamik, aber die Wohnbauinvestitionen werden sich auch in den kommenden Monaten stabil entwickeln. Sie werden kaum von globalen Konjunkturtrends bestimmt und profitieren von einer starken Nachfrage, steigenden Immobilienpreisen und anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen.

Auch vom privaten Konsum werden im ersten Halbjahr kräftige Konjunkturimpulse ausgehen. Dies steht in engem Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt, auf dem die Verlangsamung der Wachstumsdynamik noch kaum bemerkbar ist. Im Jänner war das Beschäftigungswachstum gegenüber dem Jänner des Jahres 2018 mit +1,9% noch kräftig (Dezember 2018: +2,2%). Saisonbereinigt war der Beschäftigungszuwachs im Jänner gegenüber dem Vormonat mit +0,2% gleich stark wie im Dezember des Vorjahres. Gleichzeitig ist jedoch im Jänner erstmals die saisonbereinigte Summe der arbeitslosen und sich in Schulung befindlichen Personen leicht angestiegen (+0,3% gegenüber dem Vormonat; Dezember: -1,5%). Die Vorlaufindikatoren für die zukünftige Entwicklung der Beschäftigung zeigen aber noch keine Abschwächung der Dynamik an. Die Zahl der offenen Stellen ist saisonbereinigt um 0,8% kräftig angestiegen (Dezember 2018: -0,8%) und die Anzahl der beabsichtigten Kündigungen laut AMS-Frühwarnsystems lag auch im Jänner nur knapp über dem Durchschnitt des letzten Jahres. Neben der Arbeitsmarktentwicklung stützen auch die im Vergleich zum Vorjahr höheren Lohnabschlüsse für das Jahr 2019 das Konsumwachstum, ebenso wie der Rückgang der Inflation auf zuletzt 1,7%.

Vor diesem Hintergrund erwartet die OeNB trotz des schwierigen Umfelds eine geringfügige Abschwächung des Wachstumstempos von 0,4% im vierten Quartal 2018 auf 0,3% im ersten Quartal 2019. Zur Jahresmitte wird der mit Jänner 2019 in Kraft getretene Familienbonus Plus seine Wirksamkeit entfalten und auch die Probleme in der Automobilbranche aufgrund der neuen Abgastests sollten dann weitgehend gelöst sein. Für das zweite Quartal wird daher mit einer leichten Wachstumsbeschleunigung auf 0,4% gerechnet.

Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das erste und zweite Quartal 2019 (saison- und arbeitstägig bereinigte Trendreihe)

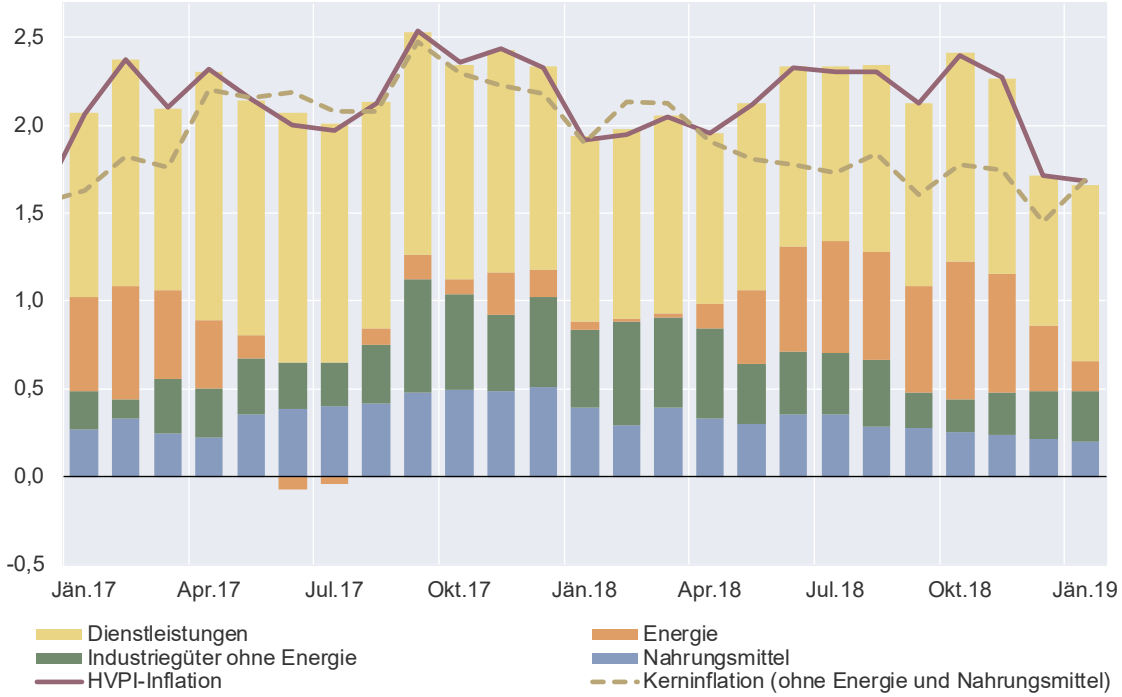
Quelle: OeNB-Konjunkturindikator Februar 2019, WIFO.

Die österreichische HVPI-Inflation im Jänner 2019 erneut bei 1,7%

Die österreichische HVPI-Jahresinflationsrate belief sich im Jänner 2019 auf 1,7% und zeigte sich damit gegenüber dem Dezember 2018 unverändert, nachdem sie im November 2018 noch 2,3% betragen hatte. Dabei lag die Teuerungsrate von Dienstleistungen, die knapp die Hälfte des Warenkorbs ausmachen, im Jänner mit 2,1% weiterhin über der Gesamtinflation, während sich Nahrungsmittel (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak) nur um 1,3% verteuerten. Die Inflationsrate von Energieprodukten war vor allem wegen sinkender Treibstoffpreise in den letzten Monaten rückläufig und belief sich im Jänner auf 2,3% (nach 4,8% im Dezember), während die Jahresteuerung von nichtenergetischen Industriegütern mit 0,9% auf demselben Niveau wie im Vormonat verharrte. Die Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak) lag im Jänner ebenfalls bei 1,7%, erhöhte sich aber vor allem wegen des leichten Anstiegs der Dienstleistungsinflation gegenüber Dezember um 0,3 Prozentpunkte.

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation und Kerninflation

Inflationsraten in % (Veränderung zum Vorjahr);
Inflationsbeiträge der Komponenten in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria, OeNB. Prognose: Februar 2019 bis Dezember 2019.

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats[7]

EZB-Rat am 7. März 2019

Auf Grundlage der regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 7. März 2019 unter Berücksichtigung der jüngsten von Experten erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet eine gründliche Beurteilung der Wirtschafts- und Inflationsaussichten vorgenommen. Auf dieser Grundlage hat der EZB-Rat mit Blick auf sein Preisstabilitätsziel die folgenden Beschlüsse gefasst:

Erstens haben wir beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Wir gehen inzwischen davon aus, dass die Leitzinsen der EZB mindestens über das Ende 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2% auf mittlere Sicht sicherzustellen.

Zweitens beabsichtigen wir, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem wir mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnen, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

Drittens haben wir beschlossen, eine neue Reihe von vierteljährlichen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG III) mit jeweils zweijähriger Laufzeit von September 2019 bis März 2021 durchzuführen. Diese neuen Geschäfte werden zur Aufrechterhaltung günstiger Kreditvergabekonditionen der Banken und zur reibungslosen Transmission der Geldpolitik beitragen. Geschäftspartner können im Rahmen der GLRG III Mittel in Höhe von bis zu 30 % des Bestands an anrechenbaren Krediten zum 28. Februar 2019 aufnehmen. Der Zinssatz ist über die Laufzeit der einzelnen Geschäfte an den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte indexiert. Wie das ausstehende GLRG-Programm werden die GLRG III Anreize enthalten, die dafür sorgen, dass die Kreditbedingungen günstig bleiben. Weitere Einzelheiten zu den genauen Bedingungen der GLRG III werden zu gegebener Zeit veröffentlicht.

Viertens werden wir unsere Kreditgeschäfte so lange wie erforderlich und mindestens bis zum Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode, die im März 2021 beginnt, weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung durchführen.

Mit den heutigen geldpolitischen Beschlüssen soll eine fortgesetzte nachhaltige Inflationsentwicklung auf ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht sichergestellt werden. Auch wenn es Anzeichen dafür gibt, dass einige der wachstumshemmenden idiosynkratischen Binnenfaktoren nachzulassen beginnen, deuten die schwächeren Konjunkturdaten auf eine erhebliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums hin, die sich in das aktuelle Jahr hinein fortsetzen wird. Anhaltende Unsicherheiten im Zusammenhang mit geopolitischen Faktoren, der Gefahr von Protektionismus und Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften scheinen das Konjunkturklima zu belasten. Die zugrunde liegende Inflation entwickelt sich zudem weiterhin verhalten. Die Anpassung der Inflationsentwicklung an unser Ziel wird durch die schwächere Konjunkturentwicklung gebremst. Das Wachstum im Euroraum und der allmählich zunehmende Inflationsdruck werden zugleich weiterhin durch die günstigen Finanzierungsbedingungen, die positive Dynamik am Arbeitsmarkt und das höhere Lohnwachstum gestützt. Die heutigen Beschlüsse unterstützen den weiteren Aufbau eines

[7] Der Bericht ist die gekürzte Version der einleitenden Bemerkungen des EZB-Präsidenten nach dem EZB-Rat, die sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar sind: http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2019/html/index.en.html.

binnenwirtschaftlichen Preisdrucks und die Entwicklung der Gesamtinflation auf mittlere Sicht. Unsere Forward Guidance im Hinblick auf die Leitzinsen der EZB erzeugt weiterhin erhebliche geldpolitische Impulse, untermauert durch die Reinvestitionen des beträchtlichen Bestands an erworbenen Vermögenswerten und die neue GLRG-Serie. In jedem Fall ist der EZB-Rat bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate weiterhin auf nachhaltige Weise dem vom EZB-Rat gesetzten Inflationsziel nähert.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums erhöhte sich im Schlussquartal 2018 um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal, nachdem das Wachstum im dritten Jahresviertel bei 0,1 % gelegen hatte. Angesichts der Verlangsamung der Auslandsnachfrage, die durch einige länder- und sektorspezifische Faktoren verstärkt wird, fallen die aktuellen Daten insbesondere für das verarbeitende Gewerbe nach wie vor schwach aus. Der Einfluss dieser Faktoren hält etwas länger an, was darauf hindeutet, dass die kurzfristigen Wachstumsaussichten schwächer ausfallen werden, als zuvor erwartet. Auf längere Sicht dürften die Auswirkungen dieser ungünstigen Faktoren nachlassen. Das Wachstum im Eurogebiet wird weiterhin von den günstigen Finanzierungsbedingungen, erneuten Beschäftigungszuwächsen, steigenden Löhnen und dem anhaltenden, wenn auch etwas schwächeren, weltweiten Konjunkturaufschwung getragen.

Diese Einschätzung deckt sich weitgehend mit den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom März 2019. Das jährliche reale BIP wird den Projektionen zufolge 2019 um 1,1 %, 2020 um 1,6 % und 2021 um 1,5 % zulegen. Gegenüber den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Dezember 2018 wurde der Ausblick für das Wachstum des realen BIP für das Jahr 2019 in größerem Umfang und für das Jahr 2020 leicht nach unten korrigiert.

Angesichts der anhaltenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit geopolitischen Faktoren, der Gefahr von Protektionismus und Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften überwiegen mit Blick auf die Wachstumsaussichten des Euroraums nach wie vor die Abwärtsrisiken.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerung im Eurogebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Februar 2019 auf 1,5 % nach 1,4 % im Januar, was einem leicht stärkeren Preisauftrieb bei Energie und Nahrungsmitteln geschuldet war. Ausgehend von den aktuellen Terminpreisen für Öl dürfte die Gesamtinflation in etwa auf dem derzeitigen Niveau bleiben, bevor sie gegen Ende des Jahres sinkt. Die Messgrößen der zugrunde liegenden Inflation entwickeln sich zwar weiterhin insgesamt verhalten, aber vor dem Hintergrund einer hohen Kapazitätsauslastung und einer zunehmend angespannten Lage an den Arbeitsmärkten hat der Arbeitskostendruck an Stärke und Breite gewonnen. Getragen von unseren geldpolitischen Maßnahmen, dem anhaltenden Konjunkturaufschwung und einem höheren Lohnwachstum dürfte die zugrunde liegende Inflation auf mittlere Sicht zunehmen.

Diese Einschätzung deckt sich auch weitgehend mit den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom März 2019. Den dort enthaltenen Berechnungen zufolge wird sich die jährliche HVPI-Inflation 2019 auf 1,2 %, 2020 auf 1,5 % und 2021 auf 1,6 % belaufen. Gegenüber den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Dezember 2018 wurde der Ausblick für die HVPI-Inflation über den Projektionszeitraum hinweg nach unten korrigiert, was vor allem auf die verhalteneren kurzfristigen Wachstumsaussichten zurückzuführen ist.

Was die monetäre Analyse betrifft, so verringerte sich das Wachstum der weit gefassten Geldmenge (M3) von 4,1 % im Dezember 2018 auf 3,8 % im Januar 2019. Das Wachstum von M3 wird trotz der jüngsten Abschwächung der Kreditdynamik weiterhin durch die Vergabe von Bankkrediten gestützt. Das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 hatte nach wie vor den größten Anteil am Wachstum der weit gefassten Geldmenge.

Die jährliche Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften ging von 3,9 % im Dezember 2018 auf 3,3 % im Januar 2019 zurück. Ursächlich hierfür war ein Basiseffekt, in einigen Ländern aber auch die typische verzögerte Reaktion auf die konjunkturelle Abkühlung. Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte lag hingegen unverändert bei 3,2 %. Die Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte sind nach wie vor günstig, da die seit Juni 2014 ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen den Zugang insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln unterstützen. Die heute beschlossenen geldpolitischen Maßnahmen und insbesondere die neue GLRG-Serie werden dazu beitragen, dass die Kreditvergabebedingungen der Banken auch in Zukunft günstig bleiben.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigte, dass für eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht weiterhin eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung erforderlich ist.

Andere Politikbereiche müssen entschlossener dazu beitragen, das längerfristige Wachstumspotenzial zu steigern und Schwachstellen abzubauen, damit unsere geldpolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können. Die Umsetzung von Strukturreformen muss in den Euro-Ländern deutlich intensiviert werden, um die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu verringern und die Produktivität sowie das Wachstumspotenzial im Euroraum zu steigern. Wie die Europäische Kommission vor Kurzem mitteilte, ist dies insbesondere vor dem Hintergrund einer insgesamt begrenzten Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 2018 wichtig. Was die Finanzpolitik betrifft, so stützen der leicht expansive finanzpolitische Kurs im Euroraum und das Wirken automatischer Stabilisatoren die Wirtschaftstätigkeit. Gleichzeitig müssen in Ländern mit hohen öffentlichen Schuldenständen nach wie vor die Finanzpolster erneut aufgestockt werden. Alle Länder sollten ihre Anstrengungen im Hinblick auf eine wachstumsfreundlichere Ausgestaltung der öffentlichen Finanzen weiter verstärken. Außerdem ist eine im Zeitverlauf und länderübergreifend transparente und einheitliche Umsetzung des finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der Europäischen Union nach wie vor unerlässlich, um die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft im Eurogebiet zu stärken. Die Verbesserung der Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion ist weiterhin eine Priorität. Der EZB-Rat begrüßt die aktuellen Anstrengungen und drängt auf weitere spezifische und entschlossene Schritte zur Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion.

EZB-Rat am 24. Jänner 2019

Auf Grundlage der regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 24. Jänner 2019 beschlossen, die EZB-Leitzinsen unverändert zu belassen. Wir gehen weiterhin davon aus, dass sie mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2% auf mittlere Sicht sicherzustellen.

Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so beabsichtigen wir, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem wir mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnen, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

Die aktuellen Daten fallen angesichts einer geringeren Auslandsnachfrage und einiger länder- und sektorspezifischer Faktoren nach wie vor schwächer aus als erwartet. Anhaltende Unsicherheiten insbesondere

im Zusammenhang mit geopolitischen Faktoren und der Gefahr von Protektionismus belasten das Konjunkturklima. Das Wachstum im Euroraum und der allmählich zunehmende Inflationsdruck erhalten zugleich weiterhin Unterstützung durch die günstigen Finanzierungsbedingungen, die positive Dynamik am Arbeitsmarkt und das höhere Lohnwachstum. Dies nährt unser Vertrauen in eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2% auf mittlere Sicht. Erhebliche geldpolitische Impulse sind nach wie vor unerlässlich, um den weiteren Aufbau eines binnenwirtschaftlichen Preisdrucks und die Entwicklung der Gesamtinflation auf mittlere Sicht zu stützen. Erzielt wird dies durch unsere Forward Guidance im Hinblick auf die Leitzinsen der EZB, untermauert durch die Reinvestitionen des beträchtlichen Bestands an erworbenen Vermögenswerten. In jedem Fall ist der EZB-Rat bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate weiterhin auf nachhaltige Weise dem vom EZB-Rat gesetzten Inflationsziel nähert.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums erhöhte sich im dritten Quartal 2018 um 0,2% gegenüber dem Vorquartal, nachdem das Wachstum in den beiden vorangegangenen Quartalen jeweils 0,4% betragen hatte. Die aktuellen Daten fallen angesichts einer Verlangsamung der Auslandsnachfrage, die durch einige länder- und sektorspezifische Faktoren verstärkt wird, nach wie vor schwächer aus als erwartet. Obwohl sich der Einfluss einiger dieser Faktoren voraussichtlich abschwächt, dürfte die kurzfristige Wachstumsdynamik schwächer ausfallen als zuvor erwartet. Auf mittlere Sicht wird das Wachstum im Eurogebiet weiterhin von den günstigen Finanzierungsbedingungen, erneuten Beschäftigungszuwächsen, steigenden Löhnen, niedrigeren Energiepreisen und dem anhaltenden, wenn auch etwas schwächeren, weltweiten Konjunkturaufschwung getragen.

Bei den Risiken für die Wachstumsaussichten des Eurogebiets hat angesichts der anhaltenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit geopolitischen Faktoren, der Gefahr von Protektionismus, Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften und Finanzmarktvolatilität eine Verschiebung in Richtung Abwärtsrisiken stattgefunden.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerung im Eurogebiet sank im Dezember 2018 auf 1,6% nach 1,9% im Vormonat, was in erster Linie einem geringeren Preisauftrieb bei den Energiepreisen geschuldet war. Ausgehend von den aktuellen Terminpreisen für Öl dürfte die Gesamtinflation in den nächsten Monaten weiter zurückgehen. Die Messgrößen der zugrunde liegenden Inflation entwickeln sich zwar weiterhin insgesamt verhalten, aber vor dem Hintergrund einer hohen Kapazitätsauslastung und einer zunehmend angespannten Lage an den Arbeitsmärkten gewinnt der Arbeitskostendruck an Stärke und Breite. Getragen von unseren geldpolitischen Maßnahmen, dem anhaltenden Konjunkturaufschwung und einem höheren Lohnwachstum dürfte die zugrunde liegende Inflation auf mittlere Sicht zunehmen.

Was die monetäre Analyse betrifft, so schwächte sich das Wachstum der weit gefassten Geldmenge (M3) von 3,9% im Oktober auf 3,7% im November 2018 ab. Das Wachstum von M3 wird weiterhin durch die Vergabe von Bankkrediten gestützt. Das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 hatte nach wie vor den größten Anteil am Wachstum der weit gefassten Geldmenge.

Die jährliche Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften belief sich im November 2018 auf 4,0%, nachdem sie im Oktober 3,9% betragen hatte, während die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte mit 3,3% weitgehend unverändert blieb. Aus der Umfrage zum Kreditgeschäft im Euroraum für das vierte Quartal 2018 geht hervor, dass die Kreditvergabebedingungen der Banken insgesamt weiterhin vorteilhaft sind, nachdem über einen längeren Zeitraum per saldo eine Lockerung zu beobachten war, und dass die Nachfrage nach Bankkrediten weiter stieg und damit das Kreditwachstum unterstützte.

Die Transmission der seit Juni 2014 ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen wirkt sich nach wie vor deutlich positiv auf die Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte, auf den Zugang insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln sowie auf die Kreditströme im gesamten Eurogebiet aus.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigte, dass für eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2% auf mittlere Sicht weiterhin eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung erforderlich ist.

Andere Politikbereiche müssen entschlossener dazu beitragen, das längerfristige Wachstumspotenzial zu steigern und Schwachstellen abzubauen, damit unsere geldpolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können. Die Umsetzung von Strukturreformen muss in den Euro-Ländern deutlich intensiviert werden, um die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu verringern und die Produktivität sowie das Wachstumspotenzial im Euroraum zu steigern. Was die Finanzpolitik betrifft, so bekräftigt der EZB-Rat die Notwendigkeit einer erneuten Aufstockung der Finanzpolster. Besonders wichtig ist dies in Ländern mit hohen öffentlichen Schuldenständen, in denen eine vollständige Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts von entscheidender Bedeutung ist, um solide Haushaltspositionen sicherzustellen. Ebenso ist eine im Zeitverlauf und länderübergreifend transparente und einheitliche Umsetzung des finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der EU nach wie vor unerlässlich, um die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft im Eurogebiet zu stärken. Die Verbesserung der Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion ist weiterhin eine Priorität. Der EZB-Rat begrüßt die laufenden Arbeiten und drängt auf weitere spezifische und entschlossene Schritte zur Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion.

EZB-Rat am 13. Dezember 2018

Auf Grundlage der regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 13. Dezember 2018 beschlossen, die EZB-Leitzinsen unverändert zu belassen. Wir gehen weiterhin davon aus, dass sie mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2% auf mittlere Sicht sicherzustellen.

Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so werden die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) im Dezember 2018 beendet. Gleichzeitig erweitern wir unsere Forward Guidance zu Reinvestitionen. Dementsprechend beabsichtigen wir, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere nach Abschluss des Nettoerwerbs von Vermögenswerten für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, wenn der EZB-Rat mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

Zwar fallen die aktuellen Daten etwas schwächer aus als erwartet, worin sich eine geringere Auslandsnachfrage, aber auch einige länder- und sektorspezifische Faktoren widerspiegeln, jedoch unterstützt die zugrunde liegende Stärke der Binnennachfrage weiterhin das Wachstum im Eurogebiet und einen allmählich anziehenden Inflationsdruck. Dies nährt unser Vertrauen, dass die nachhaltige Annäherung der Inflation an unser Ziel sich fortsetzen und auch nach Beendigung unseres Nettoerwerbs von Vermögenswerten anhalten wird. Zugleich sind Unsicherheiten im Zusammenhang mit geopolitischen Faktoren, die Gefahr von Protektionismus, Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften und Finanzmarktvolatilität weiterhin

von Bedeutung. Es sind noch erhebliche geldpolitische Impulse erforderlich, um den weiteren Aufbau eines binnenwirtschaftlichen Preisdrucks und die Entwicklung der Gesamtinflation auf mittlere Sicht zu stützen. Unsere Forward Guidance im Hinblick auf die EZB-Leitzinsen, untermauert durch die Reinvestitionen des beträchtlichen Bestands an erworbenen Vermögenswerten, sorgt weiterhin für das nötige Maß an geldpolitischer Akkommodierung für die nachhaltige Annäherung der Inflation an unser Ziel. In jedem Fall ist der EZB-Rat bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate weiterhin auf nachhaltige Weise dem vom EZB-Rat gesetzten Inflationsziel nähert.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums erhöhte sich im dritten Quartal 2018 um 0,2% gegenüber dem Vorquartal, nachdem das Wachstum in den beiden vorangegangenen Quartalen jeweils 0,4% betragen hatte. Die jüngsten Daten und Umfrageergebnisse sind schwächer ausgefallen als erwartet, worin sich ein sinkender Beitrag der Auslandsnachfrage und einige länder- und sektorspezifische Faktoren widerspiegeln. Obwohl sich einige dieser Faktoren auflösen dürften, könnte dies darauf hindeuten, dass eine gewisse Abschwächung der Wachstumsdynamik bevorsteht. Gleichzeitig unterstützt die Binnennachfrage, auch getragen durch unseren akkommodierenden geldpolitischen Kurs, weiterhin das wirtschaftliche Wachstum im Euroraum. Die privaten Konsumausgaben profitieren nach wie vor von der Stärke des Arbeitsmarktes, die sich in einem anhaltenden Beschäftigungszuwachs und steigenden Löhnen widerspiegelt. Zudem werden die Unternehmensinvestitionen von der Binnennachfrage, günstigen Finanzierungsbedingungen und sich verbessernden Bilanzen unterstützt. Die Wohnungsbauinvestitionen sind weiterhin robust. Darüber hinaus dürfte die Expansion der Weltwirtschaft – wenn auch verlangsamt – weiter anhalten und die Ausfuhren des Euroraums begünstigen.

Diese Einschätzung deckt sich weitgehend mit den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Dezember 2018. Das jährliche reale BIP wird den Projektionen zufolge 2018 um 1,9%, 2019 um 1,7%, 2020 um 1,7% und 2021 um 1,5% steigen. Gegenüber den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom September 2018 wurde der Ausblick für das Wachstum des realen BIP für die Jahre 2018 und 2019 leicht nach unten korrigiert.

Die Risiken für die Wachstumsaussichten des Eurogebiets können noch immer als weitgehend ausgewogen erachtet werden. Angesichts der anhaltenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit geopolitischen Faktoren, der Gefahr von Protektionismus, Anfälligkeiten in den Schwellenländern und Finanzmarktvolatilität ist jedoch eine Verschiebung in Richtung Abwärtsrisiken zu beobachten.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Euro-Währungsgebiet ist der Vorausschätzung von Eurostat zufolge von 2,2% im Oktober 2018 auf 2,0% im November gesunken. Ursächlich hierfür ist vor allem eine geringere Teuerung der Energiepreise. Ausgehend von den aktuellen Terminpreisen für Öl dürfte die Gesamtinflation in den nächsten Monaten zurückgehen. Die Messgrößen der zugrunde liegenden Inflation entwickeln sich zwar weiterhin insgesamt verhalten, aber vor dem Hintergrund einer hohen Kapazitätsauslastung und einer zunehmend angespannten Lage an den Arbeitsmärkten, was dem Lohnwachstum Auftrieb verleiht, gewinnt der binnenwirtschaftliche Kostendruck an Stärke und Breite. Getragen von unseren geldpolitischen Maßnahmen, dem anhaltenden Konjunkturaufschwung und einem höheren Lohnwachstum dürfte die zugrunde liegende Inflation auf mittlere Sicht zunehmen.

Diese Einschätzung deckt sich auch weitgehend mit den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Dezember 2018. Den dort enthaltenen Berechnungen zufolge wird sich die jährliche HVPI-Inflation 2018 auf 1,8%, 2019 auf 1,6%, 2020 auf 1,7% und 2021 auf 1,8% belaufen. Gegenüber den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen

Projektionen vom September 2018 wurde der Ausblick für die HVPI-Inflation für 2018 leicht nach oben und für 2019 leicht nach unten korrigiert.

Was die monetäre Analyse betrifft, so erhöhte sich das Wachstum der weit gefassten Geldmenge (M3) von 3,6% im September auf 3,9% im Oktober 2018. Bei einer geringfügigen monatlichen Volatilität wird das Wachstum von M3 weiterhin durch die Vergabe von Bankkrediten unterstützt. Das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 hatte nach wie vor den größten Anteil am Wachstum der weit gefassten Geldmenge.

Im Einklang mit dem seit Anfang 2014 zu beobachtenden Aufwärtstrend stützt das Wachstum der Kreditvergabe an den privaten Sektor die wirtschaftliche Expansion weiter. Die jährliche Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften belief sich im Oktober 2018 auf 3,9%, nachdem sie im September 4,3% betragen hatte, während die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte mit 3,2% unverändert blieb. Die Transmission der seit Juni 2014 ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen wirkt sich nach wie vor deutlich positiv auf die Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte, auf den Zugang insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln sowie auf die Kreditströme im gesamten Eurogebiet aus.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigte, dass für eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2% auf mittlere Sicht weiterhin eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung erforderlich ist.

[…]

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems 2018-2019

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen
7. März 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Jedoch verlängert er seine *Forward Guidance* und geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über das Ende 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden. Dementsprechend verlängert sich auch der Zeitraum, in dem die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbenen Wertpapiere wieder angelegt werden. Weiters einigt sich der EZB-Rat auf eine neue Reihe von vierteljährlichen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTROs III). Von September 2019 bis März 2021 werden diese Operationen mit jeweils zweijähriger Laufzeit einmal im Quartal angeboten werden. Der Zinssatz ist über die Laufzeit der einzelnen Geschäfte an den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte indexiert. Schließlich werden die Kreditgeschäfte des Eurosystems mit einer Laufzeit von einer Woche bzw. drei Monaten so lange wie erforderlich und mindestens bis zum Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode, die im März 2021 beginnt, weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung durchgeführt
5. März 2019	Die EZB und die Bank of England (BoE) haben beschlossen, eine unbefristete Swap-Vereinbarung zu aktivieren, wodurch die BoE in der Lage sein wird, britischen Banken auf wöchentlicher Basis Euro zu leihen. Im Tausch gegen Euro wird die EZB Pfund Sterling von der BoE erhalten. Im Rahmen dieser Vereinbarung wäre auch das Eurosystem bereit, Banken im Euroraum bei Bedarf Pfund Sterling zu leihen.
30. Jänner 2019	Ab April 2019 wird die EZB regelmäßig eine Umfrage zu den Erwartungen im Hinblick auf den geldpolitischen Kurs durchführen, um umfassende, strukturierte und systematische Informationen zu den Erwartungen der Marktteilnehmer im Hinblick auf die künftige Entwicklung wesentlicher geldpolitischer Parameter zu sammeln. Sie soll achtmal pro Jahr durchgeführt werden, wobei die Befragung auf die Termine der geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats abgestimmt sein wird. Die Veröffentlichung der Ergebnisse ist nach einer Pilotphase (sieben Umfragerunden) vorgesehen.
24. Jänner 2019	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw. -0,40 % zu belassen. Weiters geht er davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden
13. Dezember 2018	Der EZB-Rat wird die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) mit Ende Dezember 2018 beenden. Gleichzeitig beabsichtigt er, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, wenn er mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit weiterhin vollumfänglich wieder anzulegen, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten. Die Reinvestitionen in allen vier Teilprogrammen des APP sollen das Volumen des jeweiligen Portfolios mit Endstand Dezember 2018 aufrechterhalten. Der Bestand an Anleihen im PSPP orientiert sich am aktuellen Schlüssel für die Zeichnung des Kapitals der EZB.

13. Dezember 2018 (Fortsetzung)	D.h., es wird eine graduelle Anpassung an den neuen Kapitalschlüssel stattfinden. Der Bestand an Wertpapieren in den drei anderen Teilpro-grammen orientiert sich an der jeweiligen Marktkapitalisierung. Käufe am Primär-markt sind hier (nicht jedoch beim PSPP) zulässig, sollen aber nur durchgeführt werden, wenn es notwendig ist.
3. Dezember 2018	Der neue Schlüssel für die Zeichnung des Kapitals der EZB, der ab 1. Jänner 2019 gelten wird, wurde heute bekannt gegeben. Die NZBen werden durch die Übertragung von Kapitalanteilen untereinander dafür sorgen, dass die Verteilung der Anteile dem angepassten neuen Schlüssel entsprechen wird. Insgesamt beläuft sich das gezeichnete Kapital der EZB weiterhin unverändert auf 10 825 007 069,61 EUR. Bei jeder Anpassung des Kapitalschlüssels alle fünf Jahre wird auch die Gruppen-einteilung der Zentralbankpräsidenten in Bezug auf das Rotationssystem ihrer Stimmrechte überprüft. Diese bleibt jedoch unverändert.
25. Oktober 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Weiters geht er davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
13. September 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Nettoerwerb im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) von September bis Dezember 2019 auf einen Umfang von 15 Mrd € zu reduzieren. Sofern die neu verfügbaren Daten die mittelfristigen Inflationsaussichten bestätigen, geht der EZB-Rat davon aus, dass die Nettoankäufe mit Ende Dezember 2018 beendet werden. Zudem hat heute die Arbeitsgruppe des privaten Sektors zu risikofreien Zinssätzen für das Euro-Währungsgebiet ESTER als neuen risikofreien Euro-Zinssatz empfohlen. Die Arbeitsgruppe spricht sich insbesondere dafür aus, den EONIA durch ESTER zu ersetzen. Grund hierfür ist, dass der EONIA in seiner jetzigen Form nicht länger den Kriterien der EU-Benchmark-Verordnung genügt und seine Verwendung daher ab dem 1. Januar 2020 eingeschränkt wird. Die Empfehlung der Arbeitsgruppe ist für die Marktteilnehmer nicht rechtsverbindlich. Sie bietet allerdings eine Orientierungshilfe und bildet den Marktkonsens in Bezug auf den präferierten risikofreien Euro-Zinssatz ab, auf den die Marktteilnehmer nun beginnen können umzustellen.
26. Juli 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Weiters geht er davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
28. Juni 2018	Die EZB wird ab Oktober 2019 einen neuen unbesicherten Geldmarktzinssatz für Übernachtkredite in Euro von Banken im Euroraum veröffentlichen, der komplementär zum EONIA zu verstehen ist. Der neue Zinssatz wird ESTER heißen und basiert auf der Aggregation von sämtlichen Einzeltransaktionen von 52 Melde-banken. Ab Sommer 2018 werden bereits pre-ESTER Daten veröffentlicht, damit der Markt das Verhalten dieses Zinssatzes kennenlernen kann und – sollte ESTER ein neuer Benchmarkzinssatz werden – ein nahtloser Übergang ermöglicht wird.

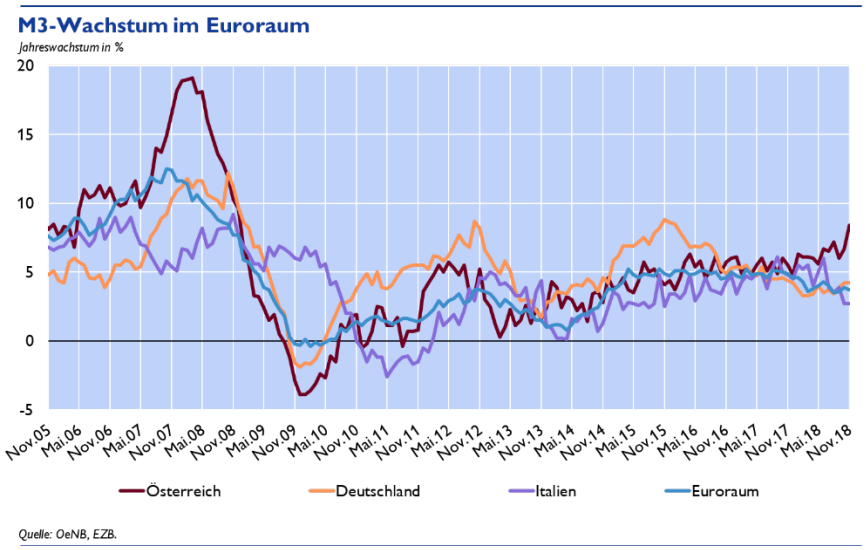
14. Juni 2018	Der EZB-Rat wird den Nettoerwerb von Vermögenswerten im Rahmen des APP im Umfang von monatlich 30 Mrd EUR bis Ende September 2018 fortsetzen. Sofern die neu verfügbaren Daten die mittelfristigen Inflationsaussichten des EZB-Rats bestätigen, wird der Nettoerwerb von Oktober bis Ende Dezember 2018 auf monatlich 15 Mrd EUR reduziert. Danach wird der Nettoerwerb enden. Die Reinvestition der abreifenden Papiere wird für längere Zeit nach Dezember 2018 und in jedem Fall so lange wie erforderlich fortgeführt. Die EZB-Leitzinsen werden unverändert beibehalten; sie werden mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben, um sicherzustellen, dass die Inflationsentwicklung weiterhin mit den derzeitigen Erwartungen eines nachhaltigen Anpassungspfads übereinstimmt.
26. April 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
15. März 2018	Die EZB startet einen zweiten Konsultationsprozess zur Ausgestaltung des geplanten Referenzzinssatzes für den unbesicherten Euro-Übernachtgeldmarkt. Marktteilnehmer sowie alle anderen interessierten Parteien können ihre Meinung bezüglich der dem Zinssatz zugrunde liegenden Methodik sowie zu den wesentlichen operativen und technischen Parametern einbringen.
8. März 2018 25. Jänner 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.

Quelle: EZB.

10-Jahreshoch beim Geldmengenwachstum M3 in Österreich im November 2018[8]

Der österreichische Beitrag zum Geldmengenwachstum M3 im Euroraum entwickelte sich im November 2018 mit 8,4% bzw. +28,9 Mrd. EUR so stark wie schon seit 10 Jahren nicht mehr. Bei Betrachtung der einzelnen Euroraum-Länder wies lediglich Litauen mit 11,3% eine stärkere Dynamik als Österreich auf. Der Anteil Litauens am gesamten Geldmengenaggregat in der Eurozone ist jedoch mit 0,2% (27,0 Mrd. EUR) sehr gering. Österreichs Beitrag zur Geldmenge im Euroraum lag mit 3,0% (374,2 Mrd. EUR) deutlich darüber. Im Euroraum insgesamt war im Verlauf des Jahres 2018 ein Abflachen des Wachstums beim Geldmengenaggregat M3 erkennbar, welches im November 2018 nur noch 3,7% erreichte (November 2017: 4,9%). Insbesondere in Italien war im Laufe des Jahres 2018 eine geringere Dynamik bei der Geldmengenentwicklung zu erkennen. Die entsprechende Jahreswachstumsrate ging von Jänner 2018 (5,5%) bis November 2018 (2,7%) um 2,8%-Punkte zurück.

Grafik 1



Betrachtet man die Einzelkomponenten der Geldmenge, so zeigt sich, dass sowohl in Österreich als auch im Euroraum insgesamt weiterhin täglich fällige Einlagen und somit das Geldmengenaggregat M1 für das deutlich positive Geldmengenwachstum verantwortlich waren. Täglich fällige Einlagen weiteten sich im Jahresverlauf in Österreich um 15,0% bzw. +32,4 Mrd. EUR aus (Euroraum: +7,1% bzw. +468,1 Mrd. EUR), wobei der mit Abstand größte Teil des Anstiegs (85%) auf private Haushalte (+16,3% bzw. +22,7 Mrd. EUR) und nichtfinanzielle Unternehmen (+9,2% bzw. +4,9 Mrd. EUR) zurückzuführen war. Bei privaten Haushalten nahm die Dynamik des Wachstums täglich fälliger Einlagen im Laufe der letzten 12 Monate weiter zu, während bei Unternehmen ein Abflachen der Dynamik erkennbar war. Ein hohes Wachstum an täglich fälligen Einlagen wiesen auch sonstige Finanzintermediäre (18,5%), der sonstige Staatssektor (18,6%) und Versicherungen und Pensionskassen (24,5%) auf, die allerdings nur geringe Beiträge (von 0,37 bis 1,20 Prozentpunkte) zum gesamten Wachstum (15,0%) leisteten.

[8] Autor: Mag. Martin Bartmann (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

Im Euroraum waren es ebenfalls private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen, die das Wachstum täglich fälliger Einlagen dominierten und einen Anteil von 88% an der gesamten Ausweitung (+7,1% bzw. 468,1 Mrd. EUR) hatten. Sowohl bei privaten Haushalten als auch bei nichtfinanziellen Unternehmen lag das Einlagenwachstum in diesem Segment mit 8,5% bzw. 5,3% unter den Österreich-Vergleichswerten.

Tabelle 1

Täglich fällige Einlagen nach Sektoren

Nov 18		Bestand		monatlicher Flow		jährlicher Flow		Jahreswachstum in %	
in Mrd EUR		AT	Euroraum	AT	Euroraum	AT	Euroraum	AT	Euroraum
Summe täglich fällige Einlagen		250	7.091	1,3	46,9	32,4	468,1	15,0	7,1
1	**Private Haushalte**	162	4.005	1,6	20,6	22,7	314,9	16,3	8,5
2	**Nichtfinanzielle Unternehmen**	58	1.892	-0,3	0,3	4,9	95,7	9,2	5,3
3	**Sonstige Finanzintermediäre**	17	745	0,2	19,7	2,6	28,8	18,5	4,0
4	**Versicherungen und Pensionskassen**	4	152	-0,4	0,3	0,8	1,2	24,5	0,8
5	**Sonstiger Staat**	9	297	0,2	6,0	1,5	27,5	18,6	10,2

Quelle: OeNB.

Die sonstigen kurzfristigen Einlagen, welche in Österreich fast ausschließlich (zu 96%) aus Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu zwei Jahren bestehen, lieferten sowohl in Österreich als auch im Euroraum insgesamt einen negativen Beitrag zum M3-Wachstum. Die rückläufige Entwicklung fiel in Österreich im November 2018 mit einer Jahresveränderung von -4,8% bzw. -4,8 Mrd. EUR wesentlich deutlicher als im Euroraum-Durchschnitt (-1,0% bzw. -35,1 Mrd. EUR) aus. Verantwortlich für den starken Rückgang in Österreich waren insbesondere private Haushalte, welche mit rund 67,8 Mrd. EUR den größten Anteil am aushaftenden Gesamtvolumen von Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu zwei Jahren hatten (90,2 Mrd. EUR). Seit September 2012 waren in dieser Kategorie durchgehend negative Wachstumsraten zu beobachten, diese führten zu einem Rückgang des aushaftenden Volumens um -38,7 Mrd. EUR bzw. -30%. Grund für die starken Rückgänge bei Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zwei Jahre dürfte die deutliche Reduktion des Zinsvorteils (von 1,2 %-Punkte im Dezember 2011 auf 0,15 %-Punkte im November 2018) gegenüber täglich fälligen Einlagen sein. Seit April 2018 reduzierte sich die negative Dynamik allerdings von -12,0% auf -5,1% bzw. -4,8 Mrd. EUR. Nichtfinanzielle Unternehmen bauten Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu zwei Jahren in einem ähnlichen Ausmaß ab (-6,3% bzw. -0,7 Mrd. EUR).

Im Euroraum-Durchschnitt machten Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von bis zu zwei Jahren lediglich 33% der sonstigen kurzfristigen Einlagen, die zu 67% aus Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten bestehen, aus. Einlagen mit vereinbarter Laufzeit gingen im Euroraum mit -6,6% bzw. -79,7 Mrd. EUR ähnlich stark wie in Österreich zurück. Diese Entwicklung wurde insbesondere von Italien (-27,4% bzw. -20,9 Mrd. EUR) und Spanien (-16,8% bzw. -40,5 Mrd. EUR) beeinflusst. Trotzdem hatten auch Italien und Spanien einen positiven Beitrag zum Geldmengenwachstum im Euroraum, da der Anstieg bei täglich fälligen Einlagen in beiden Ländern (Italien: +6,1% bzw. +66,5 Mrd. EUR, Spanien: +9,7% bzw. +87,8 Mrd. EUR) die soeben beschriebenen Rückgänge bei Einlagen mit vereinbarter Laufzeit überkompensierte. Einlagen mit Kündigungsfrist bis drei Monate entwickelten sich im Euroraum mit +2,0% bzw. 44,6 Mrd. EUR positiv. Mit einem Jahreswachstum von 3,9% bzw. 25,3 Mrd. EUR ist diese Kategorie insbesondere in Frankreich von Bedeutung.

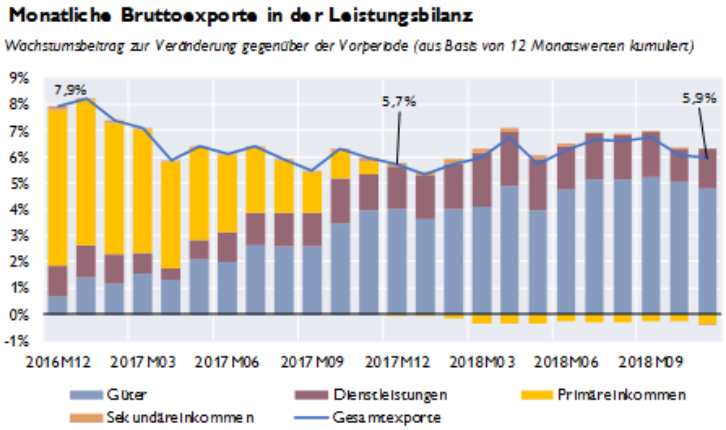
Kurzfristige marktfähige Finanzinstrumente (Repogeschäfte, begebene Geldmarktfondsanteile, begebene Wertpapiere mit Laufzeit bis zwei Jahre) haben in Österreich kaum eine

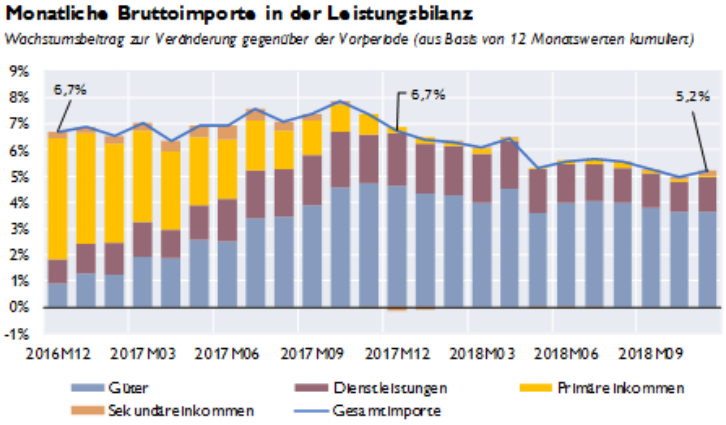
Bedeutung. Das gesamte aushaftende Volumen lag in dieser Kategorie bei weniger als 0,5 Mrd. EUR, sodass auch deren Einfluss auf die Geldmenge zu vernachlässigen ist. Auch im Euroraum insgesamt haben kurzfristige marktfähige Finanzinstrumente nur einen geringen Anteil an der Geldmenge und leisteten bei einem Jahreswachstum von -5,9% lediglich einen geringen negativen Beitrag (-0,3%-Punkte) zum Geldmengenwachstum.

Leistungsbilanzsaldo 2018 trotz Abschwächung in den letzten Monaten deutlicher im Plus[9]

In der kumulierten 12-Monatsbetrachtung bis November 2018 zeigt sich eine Abschwächung des positiven Leistungsbilanzsaldos. Der kumulierte Saldo stieg seit Oktober 2017 kontinuierlich bis September 2018 (9,4 Mrd EUR). Nach einem leichten Abschwung im Oktober (-0,1 Mrd EUR) und einem stärkeren im November (-0,4 Mrd EUR) liegt nun der kumulierte Saldo mit rund 9,0 Mrd EUR auf dem Niveau vom Juni 2018. Dies entspricht aber noch immer einem Wachstum des Saldos um 2,1 Mrd gegenüber November letzten Jahres, denn damals betrug der Saldo 6,9 Mrd EUR. Das Wachstum von 2,1 Mrd EUR wird hauptsächlich durch die Entwicklung von den Gütern (+2,9 Mrd EUR) und Dienstleistungen (+0,6 Mrd EUR) determiniert. Diesen realwirtschaftlichen Entwicklungen steht eine Verschlechterung des Saldos aus Primär- und Sekundäreinkommen um -1,0 Mrd EUR bzw. um -0,5 Mrd EUR gegenüber.

Dem Saldo zugrundeliegende Bruttoströme zeigen sowohl auf der Exportseite (244,6 Mrd EUR; +5,9 %) als auch importseitig (235,6 Mrd EUR; +5,2 %) von Dezember 2017 bis November 2018 ein höheres Wachstum als im Vorjahresvergleichszeitraum. Die Impulse setzen beidseitig Güter (im Export +4,8 %, im Import +3,6 %) und Dienstleistungen (+1,5 % bzw. +1,3 %). Die Sekundäreinkommen sind beidseitig marginal gewachsen (+0,0 % bzw. +0,2%), die Primäreinkommen exportseitig geschrumpft (-0,4 %), aber importseitig geringfügig gewachsen (+0,1 %).





Quelle: OeNB.

Die Ergebnisse des OeNB-Exportindikators vom Jänner zeigen einen Güterexport im Gesamtjahr 2018 von 150 Mrd EUR, das bedeutet ein Wachstum um 5,9%. Die Wachstumsrate wird damit geringer ausfallen als 2017 (+8,2%), allerdings dürfte die Verlangsamung der Wachstumsrate auf der Importseite stärker ausfallen. Die Außenhandelsstatistik der Statistik Austria (Daten bis Oktober 2018) zeigt insbesondere bei Fahrzeugen kein Wachstum.

Die aktuellsten Prognosen von OeNB bzw. WIFO (jeweils Dez. 2018) erwarten für das Gesamtjahr 2018 einen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 2,1% bzw. 2,3% des BIP. Der

[9] Autoren: Bianca Ully, Jacob Wagner, Thomas Cernohous (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

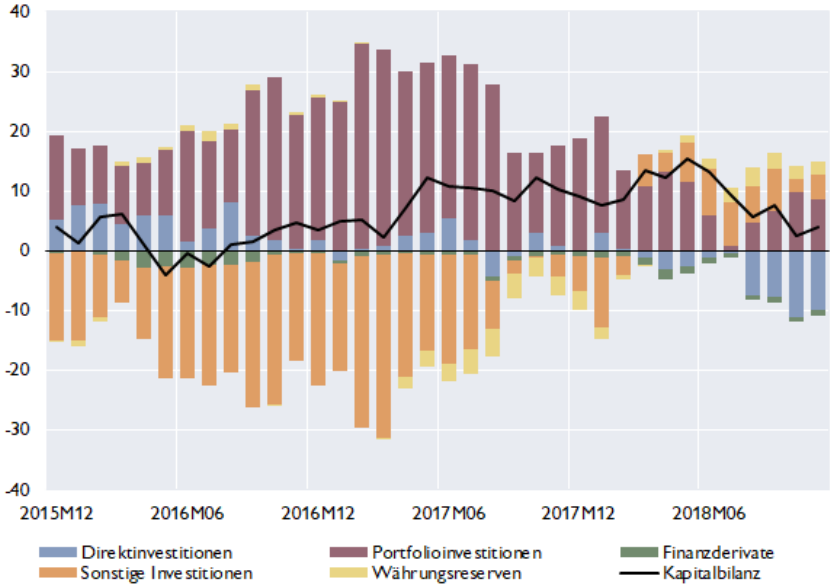
Saldo dürfte damit leicht unter dem Durchschnittswert der gesamten Überschussperiode seit 2002 von 2,4% liegen.

Der Saldo der Kapitalbilanz der letzten zwölf Monate (Dezember 2017 bis November 2018) schwächte sich im Laufe des Jahre 2018 ebenfalls ab.

Der Saldo der kumulierten Forderungen abzüglich der Verbindlichkeiten aus Direktinvestitionen ist mit -9,9 Mrd EUR deutlich negativ. Dieser Kapitalrückfluss ist auf einen Abbau von passiven Direktinvestitionen – unter anderem die Umstrukturierung des Steinhoff-Konzerns am aktuellen Rand – zurückzuführen. Der kumulierte Saldo der Portfolioinvestitionen betrug 8,5 Mrd EUR und lag deutlich unter dem Vorjahresniveau (16,8 Mrd EUR). Der Rückgang ergibt sich einerseits aus den per saldo geringeren Käufen ausländischer Wertpapiere inländischer Investoren und einem verstärkten Interesse ausländischer Investoren an inländischen Emissionen. Das Vermögenseinkommen aus Finanzanlagen betrug im Beobachtungszeitraum -0,3 Mrd EUR (Vergleichszeitraum 2017: +0,2 Mrd EUR).

Monatliche Kapitalbilanz

kumulierte 12 Monatsbetrachtung in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

Spezielle Kurzanalysen

Brexit: Studien zu Auswirkungen auf Österreich im Überblick[10]

Um einen ungeordneten (Hard-) Brexit zu verhindern, muss bis 29. März eine politische Lösung im Streit um den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU im britischen Parlament gefunden werden. Mit einem ungeordneten Austritt gingen – empirischen Studien zufolge – beachtliche wirtschaftliche Einbußen und damit volkswirtschaftliche Kosten für die britische Volkswirtschaft und auch für die EU einher. Gegenwärtig zeichnet sich auf britischer Seite noch kein (innenpolitischer) Kompromiss ab. Die Entscheidung der Briten aus der EU austreten zu wollen und die damit im Zusammenhang stehende Unsicherheit über die Abwicklung dieses Vorhabens dürfte bereits in den letzten zwei Jahren Wachstumseinbußen für die britische Volkswirtschaft mit sich gebracht haben. Die ökonomischen Auswirkungen des Brexits sind Gegenstand zahlreicher empirischer Studien. Da sich die vorliegenden Studien im Hinblick auf die unterstellten Annahmen stark unterscheiden, sind ihre Ergebnisse nicht direkt vergleichbar. Trotzdem lassen sie eine Einschätzung der zu erwartenden ökonomischen Effekte zu. So kann davon ausgegangen werden, dass der Austritt aus der EU für das Vereinigte Königreich beträchtliche negative BIP-Effekte – und damit Einkommensverluste – mit sich bringen wird, während die Auswirkungen auf die EU insgesamt deutlich schwächer sein dürften. Allerdings dürften diese für die einzelnen Mitgliedstaaten der EU unterschiedlich stark ausfallen; für die österreichische Volkswirtschaft werden sie – den Studien zufolge – vergleichsweise gering sein.

Brexit: Es braucht eine Entscheidung bis 29. März 2019

Nachdem bei der Volksabstimmung am 23. Juni 2016 51,89% der Briten zugunsten des Austritts des Vereinigten Königreichs (VK) aus der EU (Brexit) gestimmt haben, leitete die britische Regierung am 29. März 2017 den Austrittsprozess gemäß Artikel 50 des Vertrags der Europäischen Union ein. Demnach soll das Vereinigte Königreich mit 29. März 2019 aus der Europäischen Union ausscheiden. Allerdings wurde der zwischen der britischen Regierung und den verbleibenden EU-27 Ländern ausverhandelte Austrittsvertrag vom britischen Parlament am 15. Jänner 2019 abgelehnt. Sechs Wochen vor dem geplanten EU-Austritt des Vereinigten Königreichs herrscht somit keine Klarheit darüber, wann und in welcher Form der Brexit umgesetzt wird.

Von EU-Seite wird betont, dass der ausverhandelte Austrittsvertrag nicht nochmals aufgeschnürt wird – auch keine Einzelteile. Im Gegensatz dazu verlangt das britische Parlament von der britischen Regierung, dass v.a. die Backstop-Lösung[11] mit der EU neu verhandelt werden soll. Diese soll eine harte EU-Außengrenze zwischen Irland und Nordirland nach dem britischen Austritt verhindern. Das britische Parlament hat darüber hinaus die britische Regierung aufgefordert, einen Hard-Brexit (Austritt aus der EU ohne Vertrag) auszuschließen. Diese Forderung ist für die Regierung allerdings nicht bindend.

Vier Wochen vor dem 29. März ist somit nach wie vor offen, zu welcher Lösung es kommen wird. Das britische Parlament könnte doch noch dem ausverhandelten – und eventuell mit Zusatzklauseln erweiterten – Vertrag zustimmen. Diese Variante ist jedoch aufgrund der deutlichen Ablehnung (432 zu 202 Stimmen) eher unwahrscheinlich. Auch die Gründung einer neuen Bewegung im britischen Unterhaus durch von der konservativen Partei (Tories) und der

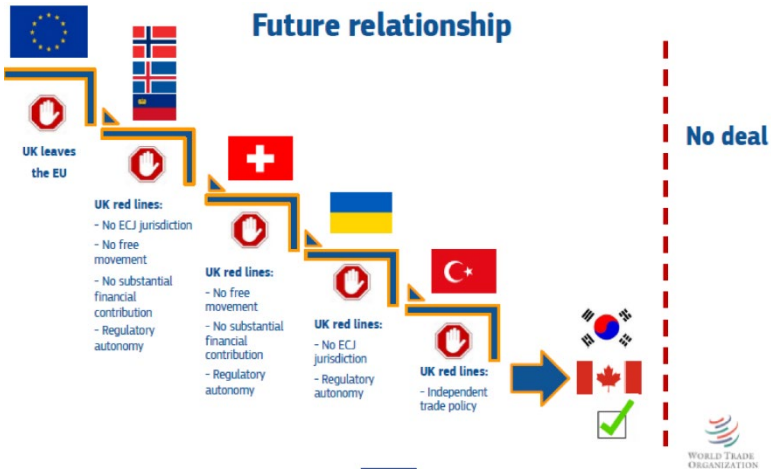
[10] Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

[11] Für den Fall, dass nach der Übergangsfrist keine Einigung über die weiteren Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich vorliegt, kann das VK die bis dahin weiter aufrechte Zollunion mit der EU nur unter beidseitigem Einverständnis verlassen.

Arbeiterpartei (Labour Party) ausgetretene Parlamentarier und die danach erfolgte Richtungsänderung der Labour-Party zugunsten einer zweiten Brexit-Abstimmung hat die Unsicherheit über die weitere Entwicklung nicht verringert. Allerdings könnte es zu einer Verschiebung des Austrittsdatums um maximal drei Monate kommen. Einer längeren Verschiebung steht aber die Wahl zum Europaparlament Ende Mai (konstituierende Sitzung: 2. Juli) entgegen. Wäre das Vereinigte Königreich zum Zeitpunkt dieser Wahl noch EU-Mitglied, wären die britischen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt – ein Szenario, das in Brüssel jedoch bereits ausgeschlossen wurde. Alternative Lösungswege, wie etwa eine Rücknahme des Austrittsgesuchs oder Neuwahlen (aus Sicht des Vereinten Königreichs) oder eine unmittelbare Verhandlung über die zukünftigen Beziehungen ohne Einigung auf einen Austrittsvertrag (aus EU-Sicht) können gegenwärtig als eher unwahrscheinlich bis ausgeschlossen eingestuft werden. Eine erneute Volksabstimmung zum Brexit wird von der britischen Regierung nach wie vor ausgeschlossen.

Sollte bis zum Austrittsdatum keine politische Lösung gefunden werden, kommt es zu einem „harten" Brexit, d.h. einem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ohne Austrittsvertrag. Das würde bedeuten, dass künftig der Außenhandel zwischen der EU und dem VK gemäß den Regeln der WTO abgewickelt werden würde, inklusive Zölle und Handelsbeschränkungen. Ein ungeordnetes Ausscheiden hätte aber auch für viele andere Bereiche unmittelbare Konsequenzen (Aufenthaltsgenehmigungen, Flugverkehr, Austauschprogramme, etc.).

Jede zu einem ungeordneten Austritt alternative Lösung wird als „sanfter" Brexit bezeichnet. Im Falle einer Verhandlungslösung ergeben sich unterschiedliche Möglichkeiten hinsichtlich der Gestaltung der künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem VK. Wie eng die Beziehungen in Zukunft sein werden, hängt gegenwärtig primär von den Entscheidungen auf britischer Seite ab. Die nebenstehende Übersicht aus einer Präsentation von Michel Barnier zeigt mögliche Varianten für die Ausgestaltung der künftigen Beziehungen.



Quelle: Europäische Kommission (2017)

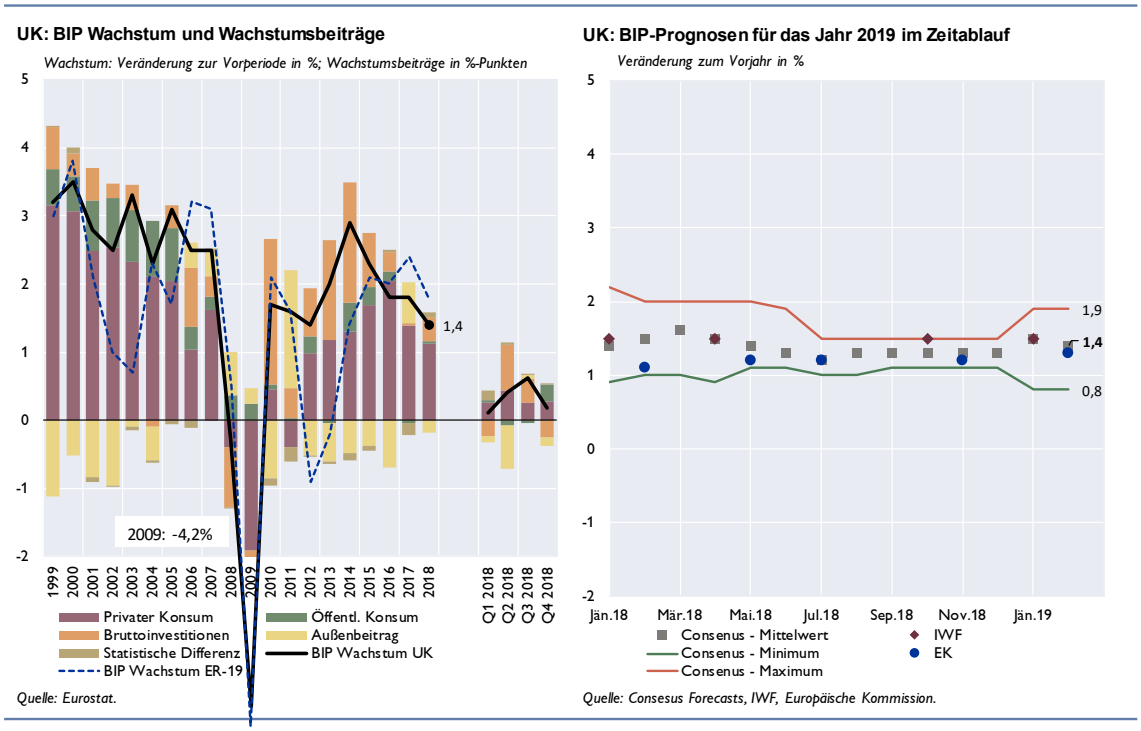
Im Folgenden wird zunächst auf die konjunkturelle Situation im Vereinigten Königreich eingegangen. Im Anschluss werden die Ergebnisse mehrerer Studien dargestellt, die die langfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen eines sanften- oder eines harten Brexits quantifizieren.

Vereinigtes Königreich: Aktuelle Konjunkturlage und Aussichten für 2019

Die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU (fünftgrößte der Welt) wies im Durchschnitt in den letzten 20 Jahren ein um 0,5 Prozentpunkt höheres BIP-Wachstum auf als der Euroraum. Der Konjunkturzyklus verlief nur teilweise synchron mit jenem der EU bzw. des Euroraums – die Hochkonjunktur 2006/07 war im Euroraum stärker ausgeprägt als im VK, das VK befand sich

aber bereits im Jahr 2008 in einer Rezession, war aber in den Jahren 2012 bzw. 2013 nicht von einer zweiten Rezession betroffen.

Die Folgen des Brexit-Votums zeigen sich in der vergleichsweise gedämpften Wachstumsperformance in den Jahren 2017 und 2018. Mit einem Zuwachs von 1,8% (2017) und 1,4% (2018) fiel das britische BIP-Wachstum trotz eines günstigen außenwirtschaftlichen Umfelds (weltweiter Aufschwung), einer weiterhin expansiven Geldpolitik und einer niedrigen Arbeitslosigkeit relativ gedämpft aus; der Euroraum wuchs in diesem Zeitraum um rund ½ Prozentpunkt stärker als das VK. Gebremst wurde die Wachstumsdynamik durch die hohe Unsicherheit, die mit dem anvisierten Brexit einhergeht und die sich in einer vergleichsweise schwachen Investitionsnachfrage und einem nur moderaten Wachstum des privaten Konsums niedergeschlagen hat.



Die Wirtschaftsindikatoren für das VK signalisieren auch für das heurige Jahr ein unverändert schwaches Wachstum. Die diesbezüglichen BIP-Prognosen basieren alle auf der Annahme eines sanften Brexits bzw. eines geordneten Austritts Ende März, einhergehend mit einer Übergangsphase bis zumindest Ende 2020, in der die künftigen Beziehungen (v.a. über einen Handelsvertrag) detailliert erarbeitet werden sollen. Bis zum Ende dieser Übergangsphase wäre das Vereinigte Königreich nach wie vor Mitglied der EU und damit dem EU-Binnenmarktregelwerk unterworfen (inklusive der Verpflichtung, den EU-Beitrag zu leisten sowie der Berechtigung, EU-Förderungen in Anspruch nehmen zu können). Mit Beginn der Übergangsphase würde das VK jedoch sein Mitspracherecht in den EU-Gremien verlieren. Da es in dieser Periode um die Klärung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen geht, bleibt folglich auch im sanften Austrittsszenario die Unsicherheit hoch. Die Prognosen für das heurige Wirtschaftswachstum sind seit Anfang 2018 beinahe unverändert geblieben; dies ist angesichts der gegenwärtigen Entwicklung bzw. der erhöhten Wahrscheinlichkeit eines harten Brexits überraschend.

Auswirkungen des Austritts des Vereinigten Königsreichs aus der EU – ein Überblick über die Ergebnisse der empirischen Studien

Infolge des Brexit-Votums wurde eine Vielzahl von Studien erstellt, die die Auswirkungen des EU-Austritts auf das Vereinigte Königreich, auf die EU-27 und zum Teil auch auf die einzelnen Mitgliedsländer der EU zu quantifizieren versuchen. Um die ökonomischen Effekte umfassend abzubilden, müssen verschiedenste Wirkungskanäle analysiert werden. Darüber hinaus bauen die verschiedenen Studien auf recht unterschiedlichen Annahmen bzw. auf unterschiedlichen Szenarien auf. Inhaltlich handelt es sich zumeist um Steady State Analysen, d.h. es wird der Status quo mit einem neuen langfristigen Gleichgewichtszustand verglichen, ohne allerdings Informationen über den Anpassungspfad zu geben. Die Studien fokussieren auf die langfristigen Auswirkungen (Effekte nach 5-15 Jahren). Alle Arbeiten beinhalten die Quantifizierung der direkten Handelseffekte infolge der Einführung von Zöllen und anderer nicht-tarifärer Handelshemmnisse; einige Studien versuchen auch Wechselkurs-, FDI-, Produktivitäts- und Kapitalstockeffekte sowie Migrations-, EU-Budget- oder Finanzmarkteffekte zu analysieren bzw. zu quantifizieren.

Aus Platzgründen wird in dieser Ausarbeitung verzichtet, die vorliegenden Studien im Detail zu diskutieren.[12] Aufgrund der methodischen Unterschiede bzw. der den Studien unterlegten Annahmen und Szenarien sind die Studienergebnisse nur bedingt miteinander vergleichbar. Trotzdem ermöglicht die Vielfalt der Studien eine Einschätzung der potenziellen Brexit-Effekte auf das VK, die EU bzw. verschiedene EU-Mitgliedsländer, wie etwa Österreich. Auch ermöglichen sie, die ökonomischen Effekte eines sanften- und harten Brexits zu vergleichen.

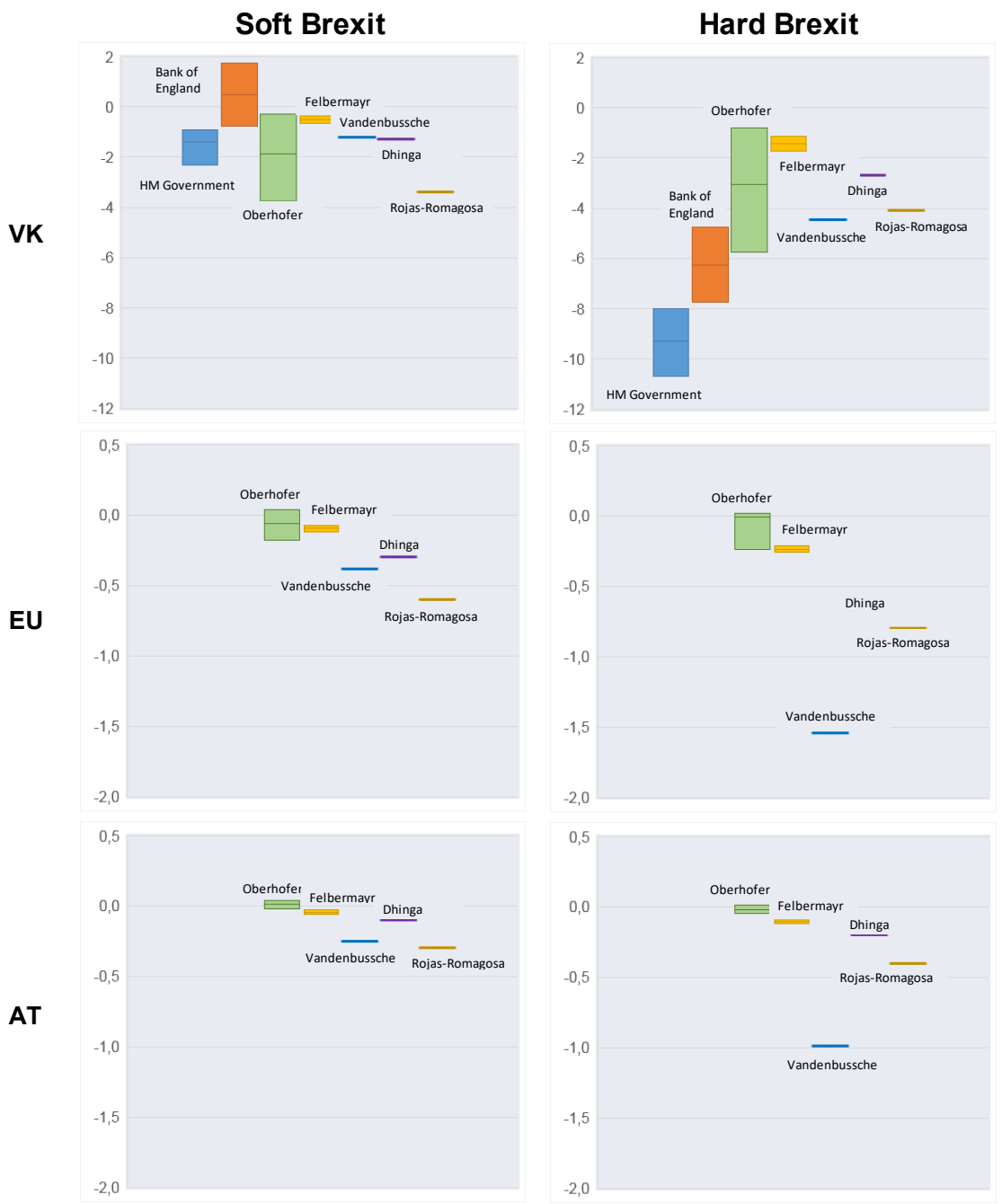
Die nachfolgende Grafik gibt einen selektiven Überblick, der die Ergebnisse der Studien der britischen Regierung (HM Government, Her Majesty's Government) und der britischen Notenbank (Bank of England) sowie jener Studien umfasst, die Schätzungen[13] auch für Österreich bieten. Ergebnisse werden (1) für das Vereinigte Königreich, (2) die EU-27 und (3) Österreich gezeigt. Verschiedene Szenarien der einzelnen Studien werden hierbei entweder als Soft- oder Hard-Brexit kategorisiert. Die Ergebnisse sind entweder als Bandbreite (inkl. Punktschätzer) oder nur als Punktschätzer verfügbar.

[12] Bisciari (2019) gibt einen umfassenden Überblick über alle bislang veröffentlichten Studien zu den ökonomischen Effekten des Brexits.

[13] Siehe auch Levell et al (2018), IMF (2018) sowie Vicard (2018).

Überblick zu geschätzten Brexit-Effekten

Veränderung des BIP-Niveaus in % nach 6 bis 15 Jahren



Quelle: HM Government (2018), Bank of England (2018), Oberhofer und Pfaffermayr (2017,2018), Felbermayr et al. (2017), Dhinga et al. (2017), Vandenbussche et al. (2017), Rojas- Romagosa (2016); eigene Darstellung.

Der Überblick zeigt, dass (1) für das Vereinigte Königreich beinahe alle Studien in fast allen Spezifikationen (klar) negative Auswirkungen auf das BIP erwarten.[14] Im Gegensatz dazu sind (2) die erwarteten Effekte für die EU-27 vergleichsweise gering. Die Auswirkungen auf die einzelnen

[14] Einzig in der Soft-Brexit Abschätzung der Bank of England sind auch positive Effekte möglich. Dies liegt daran, dass die Bank of England die der britischen Wirtschaft infolge des Referendums bereits entstandenen Einkommenseinbußen der letzten beiden Jahre mitberücksichtigt.

Mitgliedsländer der EU sind aber heterogen. Es zeigt sich (3), dass Österreich zu jenen EU-Ländern zählt, die vom Brexit makroökonomisch vergleichsweise gering betroffen sind. Der negative langfristige BIP-Niveauunterschied in Österreich selbst im Falle eines harten Brexit liegt in allen Studien (ausgenommen Vandenbussche et al. (2018)) bei weniger als 0,5%, d.h. das österreichische BIP-Niveau wäre ohne Brexit (je nach Studie nach 5-15 Jahren) um max. 0,5% höher als in einem Szenario mit dem britischen Austritt. Allerdings können sich infolge eines harten Brexits durchaus spürbare negative Effekte auf einzelne österreichische Unternehmen oder auch Regionen (z.B. Orte mit hohem Nächtigungsanteil von Briten) ergeben.

Literatur

Bisciari, P. (2019): A survey of the long-term impact of Brexit on the UK and the EU27 economies. Working Paper Document No 366, National Bank of Belgium. January.

Bank of England (2018): EU withdrawal scenarios and monetary and financial stability. November.

Dhingra, S., Huang, H. Ottaviano, G., Pessoa, J.P., Sampson, T. und Van Reenen, J. (2017): The Costs and Benefits of Leaving the EU: Trade Effects. Economic Policy, Volume 32, Issue 92, October.

Felbermayr, G., Gröschl, J., Heiland, I., Braml, M. und Steiniger M. (2017): Ökonomische Effekte eines Brexit auf die deutsche und europäische Wirtschaft. ifo Forschungsbericht 85, Juni.

HM Government (2018): EU Exit Long-term economic analysis. November 2018.

IMF (2018): Long-term impact of Brexit on the EU, Selected Issue, Euro area, Article IV Consultation Staff paper, July.

Levell, P., Menon, A., Portes, J. and Sampson, Th. (2018): The Economic Consequences of the Brexit Deal. Centre for Economic Performance (LSE) and The UK in a Changing Europe, London, November.

Oberhofer, H. und **Pfaffermayr**, M. (2017/2018): Estimating the Trade and Welfare Effects of Brexit: A Panel Data Structural Gravity Model. CESifo Working Papers 6828, Dezember.

Rojas-Romagosa, H. (2016): Trade effects of Brexit for the Netherlands. CPB Background Documents, June.

Vandenbussche, H. Connell, W. und Simons, W. (2017): Global value chains, trade shocks and jobs: An application to Brexit. CEPR Discussion paper 12303.

Vicard, V. (2018): Une estimation de l'impact des politques commerciales sur le PIB par les nouveaux modéles quantitatifs de commerce. Focus du Conseil d'Analyse économique, n°22, juillet.

Volkswirtschaftliche Auswirkungen der jüngsten Umweltschutzmaßnahmen im Bereich der KFZ-Industrie[15]

Unter der österreichischen Ratspräsidentschaft einigte sich die EU auf niedrigere CO_2-Grenzwerte für KFZ ab 2030. Demgemäß sollen die Grenzwerte für Neuwagen um ca. ein Drittel unter den ab 2021 geltenden Limits liegen. Die Regulierung entspricht der Selbstverpflichtung der EU im Rahmen des Klimaabkommens von Paris im Jahr 2015. Die Umsetzung dieses Vorhabens bedarf großer Anstrengungen, da gegenwärtig noch an der Erreichung der ab 2021 gültigen Abgasnormen gearbeitet wird. Europas Autoindustrie steht darüber hinaus unter starkem Anpassungsdruck, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, d.h. mit China und den USA Schritt zu halten. Gegenwärtig liegt Europa in Bezug auf die technologischen Fortschritte im Bereich der E-Mobilität und der autonomen Fortbewegung sowohl hinter China als auch hinter den USA. Empirische Studien zu den Auswirkungen der strengeren CO_2-Abgasnormen auf die Automobilindustrie einerseits und die Gesamtwirtschaft andererseits kommen zu sehr unterschiedlichen – wenn nicht sogar widersprüchlichen - Ergebnissen.

Der durch die umweltpolitischen Lenkungsmaßnahmen eingeleitete technologische Wandel der Automobilindustrie wird sich auch auf die österreichische Volkswirtschaft auswirken, jedoch ist hiervon ein – im Vergleich zum EU- und Euroraumdurchschnitt – geringerer Teil der heimischen Industrie betroffen. Für einzelne große Zulieferbetriebe der Automobilindustrie i.w.S. wird sich jedoch ein beträchtlicher Anpassungs- und damit Innovationsdruck ergeben; dies gilt insbesondere für jene Unternehmen, deren Entwicklungs- und Produktionsschwerpunkt auf Diesel-Verbrennungsmotoren liegt. Die hohe Innovationsbereitschaft und die clusterhafte Unternehmensstruktur mit zahlreichen flexiblen mittelgroßen Unternehmen stellen aber eine gute Voraussetzung für den österreichischen Automobilsektor dar, um die Herausforderungen des technologischen Wandels erfolgreich zu meistern. Insgesamt scheint der Standort Österreich trotz des starken Fokus der Zulieferindustrie auf Deutschland vergleichsweise gut abgesichert.

Europäischer Umweltrat beschließt Reduktion der Kfz-Emissionen

Unter der österreichischen Ratspräsidentschaft einigte sich die EU (Parlament, Kommission und Rat) auf niedrigere Grenzwerte für den CO_2-Ausstoß von PKWs und leichten Nutzfahrzeugen ab dem Jahr 2030. Gemäß dieser Richtlinie[16] müssen die CO_2-Emissionen von Neuwagen um 37,5% (PKW) bzw. 31% (leichte Nutzfahrzeuge, LNF) unter den beschlossenen Emissionslimits ab dem Jahr 2021 liegen. Die nunmehrige verschärfte Regelung entspringt der Selbstverpflichtung der EU im Rahmen des im Jahr 2015 in Paris verabschiedeten Klimaabkommens sowie der darauf basierenden Strategie zur Erreichung einer klimaneutralen Wirtschaft bis zum Jahr 2050.

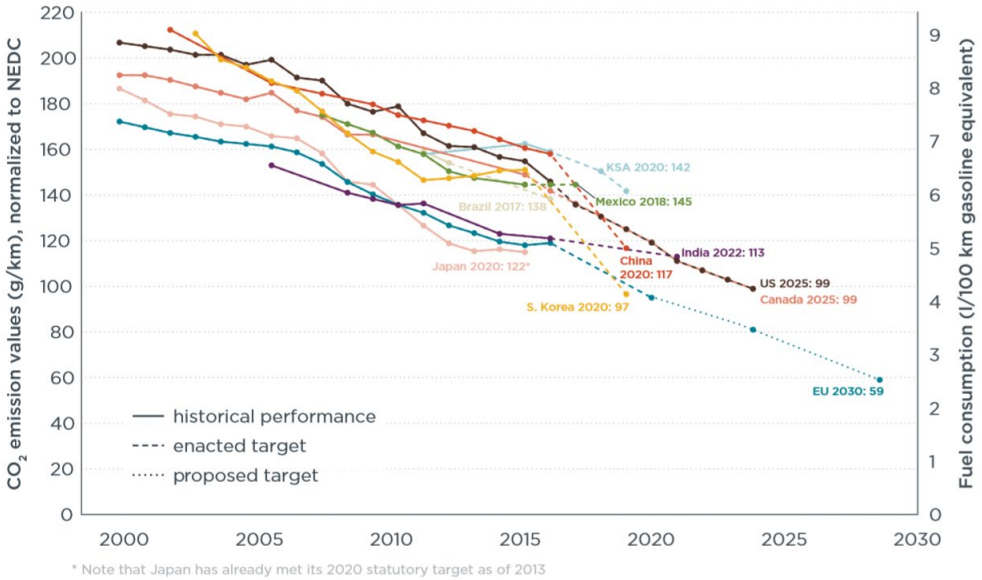
Die Automobilbranche steht nicht nur aufgrund des politischen Drucks in Richtung saubere Mobilität (Reduktion der CO_2-Emissionen), sondern auch aufgrund der Innovationen im Bereich der autonomen Fortbewegung und der Entwicklung von alternativen Antriebsystemen vor großen Veränderungen. In den letzten Jahren kam es in Europa überwiegend zu einer Substitution von

[15] Autoren: Andreas Breitenfellner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland), Gerhard Fenz und Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

[16] Siehe: https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/12/20/co2-emission-standards-for-trucks-council-agrees-its-position/

Diesel- durch Benzinmotoren (2014 bis 2017: Benzin 42% → 49%, Diesel: 54% → 45% Alternativ: 4% → 6%; Quelle: European Automobile Manufactures Association, ACEA). Der Anteil von PKWs mit alternativem Antrieb ist in den europäischen Ländern – ausgenommen Norwegen (über 50%) – nach wie vor sehr gering (Quelle Center of Automotive Management, CAM).

Vergleich der globalen CO_2-Regulierung für neue PKWs



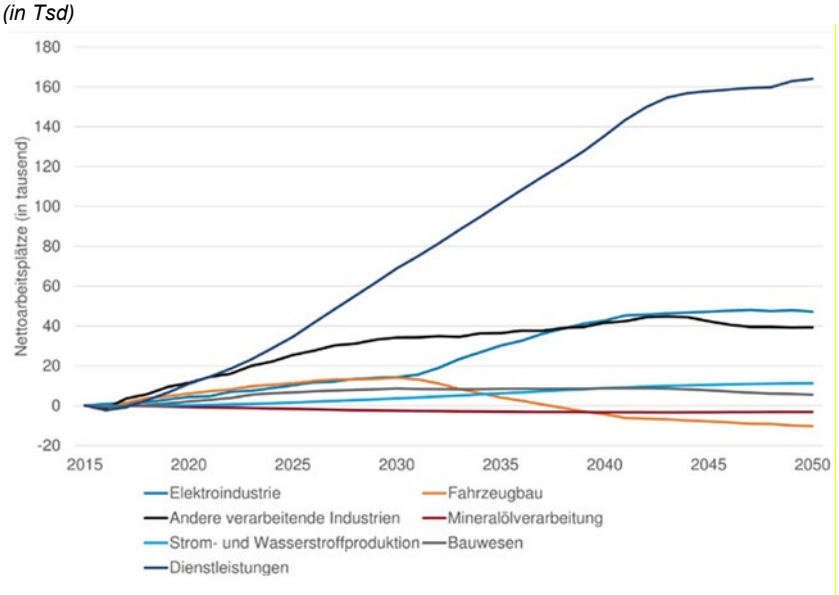
Quelle: International Council on Clean Transportation

Die weltweit größten Länder verfolgen trotz insgesamt ähnlicher Zielrichtung aktuell unterschiedliche Strategien: Während die US-Umweltbehörde im Frühjahr 2018 ankündigte, den Zeitrahmen für zuvor beschlossene Emissionsstandards für PKW und LKW zu strecken sowie die vorgegebenen Standards zu senken, setzt China im Kontext seiner Strategie „Made in China 2025" voll auf das technologische Upgrade seiner Exportindustrien. Dazu zählen auch Komponenten für elektrische Autos, insbesondere Batterien, aber auch komplette Elektroautos. Gleichzeitig will China die Effizienz von traditionellen Verbrennungsmotoren durch entsprechende Vorschriften erhöhen.

In Deutschland reagierte der Verband der Automobilindustrie skeptisch auf die CO_2-Reduktionsbeschlüsse der EU-Umweltminister, da sie bislang selbst von der Erfüllung der ab 2021 geltenden Abgasnormen noch weit entfernt sind. Dennoch haben sich die großen deutschen Autobauer (Volkswagen, Daimler und BMW) ambitionierte und mit den EU-Vorgaben weitgehend konsistente Ziele gesetzt. Wohl auch deshalb, weil sie durch den Wettbewerb und den Dieselskandal unter Anpassungsdruck gerieten.

Beschäftigungseffekte nach Industriezweig in DE durch emissionsarme PKW

(in Tsd)



Quelle: Cambridge Econometrics

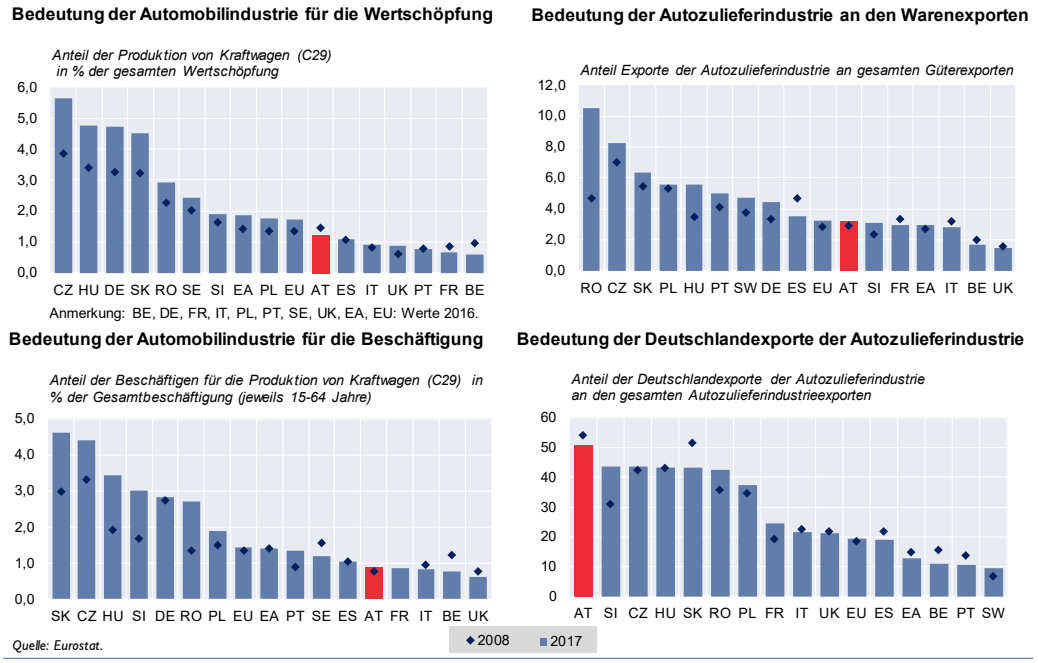
Die Schätzung bzw. Quantifizierung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen der beschlossenen CO_2-Reduktionsziele ist mit großen Unsicherheiten behaftet. Daher verwundert es nicht, dass Studien sowohl in Bezug auf die für die Automobilindustrie selbst, als auch in Bezug auf die zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Effekte zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Einige Studien kommen zum Schluss, dass die Umstellung mit positiven gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekten einhergeht; auch in der Automobilindustrie selbst wird dort für die nächste Dekade kein nennenswerter Beschäftigungsrückgang erwartet. Allerdings sind Umschichtungen von der Motoren- zur Batterieproduktion wahrscheinlich.

Bedeutung der Auto(zuliefer)industrie in Österreich

Es sind keine spezifischen Untersuchungen zu den Auswirkungen der (jüngsten) Umweltschutzmaßnahmen auf die österreichische KFZ-Zulieferindustrie bekannt. Die Struktur des Sektors lässt jedoch Rückschlüsse auf die Anpassungsfähigkeit zu. Die Wertschöpfung der Fahrzeugindustrie (Sektor C29: Herstellung von KFZ- und Kfz-Teilen[17]) betrug in Österreich im Jahr 2017 4,1 Mrd EUR; das entspricht einem Anteil von 1,2% an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Damit ist die Fahrzeugindustrie in Österreich für die Gesamtwirtschaft weniger wichtig als im EU- und Euroraum-Durchschnitt (1,7% bzw. 1,9%) und weitaus weniger bedeutend als in Deutschland (4,7%). Der Produktionswert der Fahrzeugindustrie in Österreich lag im Jahr 2017 bei 15,9 Mrd EUR (VGR); das entspricht einem Anteil von 2,3 % der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Dies ist um einen Faktor 3 weniger als in Deutschland, dort trug die Fahrzeugindustrie im Jahr 2016 mit 7% zur Gesamtproduktion bei. 39.000 unselbstständig Beschäftigte (Labor Force Survey, 15- bis 64-Jährige) – dies entspricht 0,9% der Gesamtbeschäftigung bzw. 5,6% der Industriebeschäftigung (Sektoren B-D) – waren im Jahr 2017

[17] Der Sektor C30: Sonstiger Fahrzeugbau wird in dieser Ausarbeitung nicht betrachtet, hier wird die Produktion von Schiffen, Schienenfahrzeuge, Luft – und Raumfahrzeugen, Krafträdern und Fahrrädern erfasst, die nicht im Zentrum dieser Auswertung stehen.

in Österreich in der Fahrzeugindustrie beschäftigt. Im Gegensatz dazu beschäftigt dieser Bereich in Deutschland 2,8% der Gesamtbeschäftigten.



Während aufgrund des Fehlens von OEMs[18] die Bedeutung der Exporte der Autoindustrie im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich ist (2017: 8,9% der weltweiten Güterexporte Österreichs; Euroraum: 11,8%, Deutschland 17,7%, Slowakei: 26,5%), liegt Österreich beim Export von Produkten der Autozulieferindustrie etwa im EU- und Euroraum-Durchschnitt (2017: 3,1%). In den CESEE-Ländern Rumänien, Tschechien, Slowakei, Polen und Ungarn liegt der Anteil hingegen deutlich höher (zwischen 5 ½ und 10 ½ %).

Österreichs Automobilindustrie ist durch ein hohes Maß an Internationalisierung gekennzeichnet. Die Exportquote liegt je nach Abgrenzung der Bereiche zwischen 80% und 90%. Deutschlands Bedeutung als wichtiger Endfertigungsstandort innerhalb der zentraleuropäischen Automobil-Wertschöpfungskette spiegelt sich im hohen Anteil Deutschlands an der Summe aller exportierten Autozulieferprodukte wider. Mit einem Anteil von über 50% weisen Österreichs Autozulieferexporteure allerdings die höchste Fokussierung auf Deutschland auf. Diese hohe Konzentration auf Deutschland führt natürlich dazu, dass die österreichische Zulieferindustrie in sehr hohem Maße abhängig von den Entwicklungen / Veränderungen in Deutschland ist.

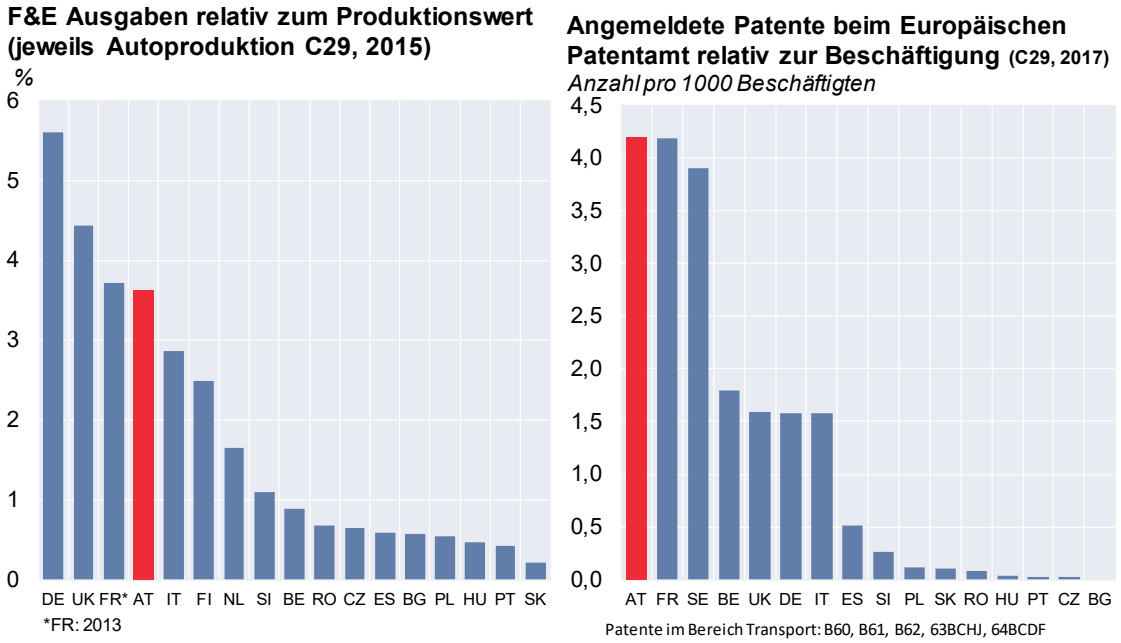
Hohe F&E-Ausgaben der Autoindustrie in Österreich signalisieren eine hohe Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit der Branche

Die Notwendigkeit der Produktionsumstellung zu KFZ mit alternativem Antrieb erfordert ein hohes Maß an Innovationen in den kommenden Jahren. Gemäß dem EU Industrial R&D Investment Scoreboard belaufen sich die F&E-Ausgaben in der EU auf 50 Mrd EUR und liegen damit deutlich über jenen Japans (knapp 30 Mrd EUR) und der USA (knapp 20 Mrd EUR; Quelle ACEA, 2016). Die EU ist somit bei den generellen F&E-Ausgaben im Automobilsektor weltweit führend. Die Auswertung basiert auf Daten der weltweit 2.500 größten Unternehmen,

[18] OEM: Orginal Equipment Manufacturer / Erstausrüster, die ihre Produkte unter eigenem Namen in den Handel bringen.

unterscheidet aber nicht in welchem Technologiebereich (Diesel, Benzin, Elektroauto, autonomes Fahren, Smart Mobility…) investiert wird. Innerhalb Europas liegt Österreich bei der Innovationstätigkeit (gemessen an den F&E-Ausgaben der Automobilindustrie relativ zum Produktionswert sowie bei den angemeldeten Patenten beim Europäischen Patentamt relativ zu den Beschäftigten) in der Automobilindustrie im Spitzenfeld. Im Gegensatz zu Österreich zeigt sich bei diesen beiden Indikatoren, dass die CESEE-Länder, die zwar wesentliche Produktionsschritte im Rahmen der Wertschöpfungskette erledigen, vergleichsweise weniger innovativ sind.

Autoindustrie Österreichs mit hoher Innovationstätigkeit



Quelle: Eurostat, Europäisches Patentamt.

Die wichtigsten Automobil- und Automobilzulieferbetriebe in Österreich

Sieben der 15 größten in Österreich produzierenden Unternehmen im Bereich der Automobilproduktion sowie der Fahrzeugzulieferindustrie haben österreichische Eigentümer, fünf Unternehmen gehören zu deutschen Konzernen, darüber hinaus sind zwei kanadische und ein britisches Unternehmen in Österreich tätig. Die beiden größten Unternehmen sind das BMW Werk in Steyr und Magna Steyr (produziert in Graz).

Im Jahr 2017 waren 222 Unternehmen im Bereich C29 (Herstellung von Kraftwagen und –teilen) tätig, 14 davon produzierten Motoren, 145 Karosserien und Aufbauten und 63 Teile und Zubehör für Kfz. Die Unternehmen tätigten 2016 bei einem Umsatz von 16 Mrd EUR Bruttoinvestitionen von 628 Mio EUR.

Im internationalen Vergleich spielen in Österreich – auch bedingt durch das Fehlen großer OEMs – mittelgroße Unternehmen eine bedeutende Rolle. Die Detailergebnisse der Leistungs- und Strukturstatistik 2016 zeigen, dass 24 der 222 Unternehmen mehr als 250 Beschäftigte haben. Knapp 100 Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte. Die sechs größten Unternehmen haben knapp 19.000 Mitarbeiter und beschäftigen damit fast 2/3 aller in diesem Bereich tätigen Personen (2016). Neben diesen sechs größeren Unternehmen gibt es noch zahlreiche mittelgroße Unternehmen, wovon einige in ihrem Gebiet Weltmarktführerschaft besitzen.

Standort Österreich vergleichsweise gut abgesichert

Die Auto- und Autozulieferindustrie ist ein wichtiger Teil der österreichischen Industrie, mit einem hohen Internationalisierungsgrad und Deutschland als wichtigstem Zielland. Der durch die umweltpolitischen Lenkungsmaßnahmen begleitete technologische Wandel der Automobilindustrie wird sich auch auf die österreichische Industrie auswirken, auch wenn nur ein geringerer Teil der heimischen Wirtschaft betroffen ist als dies im EU- und Euroraum-Durchschnitt der Fall ist. Für einzelne große Betriebe, insbesondere für jene, die einen Schwerpunkt auf Diesel-Verbrennungsmotoren haben, gibt es bereits jetzt einen durchaus starken Anpassungsdruck. Die hohe Innovationsbereitschaft und die clusterhafte Unternehmensstruktur mit zahlreichen flexiblen mittelgroßen Unternehmen sind gute Voraussetzungen dafür, dass der österreichische Automobilsektor die Herausforderungen des technologischen Wandels erfolgreich meistern kann. Insgesamt scheint der Standort Österreich trotz des starken Fokus der Zulieferindustrie auf Deutschland vergleichsweise gut abgesichert.

Die Wohnausgaben der österreichischen Haushalte im Jahr 2017 – einige Erhebungsergebnisse[19]

Die Daten des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) zeigen, dass österreichische Haushalte im Jahr 2017 im Durchschnitt 29% ihres Haushaltsnettoeinkommens für Wohnen inkl. Energie ausgaben. Die Wohnausgabenquote sinkt mit steigendem Einkommen. So hatten Haushalte im niedrigsten Einkommensquartil mit 40% eine deutlich höhere durchschnittliche Wohnausgabenquote als jene im höchsten Einkommensquartil mit 19%. Mieter haben mit durchschnittlich 38% eine höhere Wohnausgabenquote als Eigentümer. Mieter im untersten Einkommensquartil gaben ungefähr die Hälfte des Haushaltsnettoeinkommens für Wohnzwecke aus. Bei den Eigentümern hängt die Wohnausgabenquote stark davon ab, ob Zahlungsverpflichtungen für Kredite zur Finanzierung des Hauptwohnsitzes bestanden (durchschnittliche Wohnausgabenquote 33%) oder nicht (17%). Im Vergleich zum Jahr 2014 war sowohl bei den Eigentümern als auch bei den Mietern ein leichter Rückgang der Wohnausgabenquote zu verzeichnen. Geringe Zuwächse hat es bei den Mietern im niedrigsten Einkommensquartil und bei den Eigentümern im zweiten Einkommensquartil gegeben.

Datenquelle und Berechnung der Wohnausgaben

Wir analysieren die Wohnausgaben der österreichischen Haushalte im Jahr 2017 mit jüngst veröffentlichten Daten aus der dritten Welle des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) und vergleichen diese mit Ergebnissen aus dem Jahr 2014 (vgl. Beer und Wagner, 2017a, b). Die Wohnausgabenquote wird als Anteil der monatlichen Ausgaben für das Wohnen am Haushaltsnettoeinkommen definiert. Bei Mietern gehen in die Berechnung der monatlichen Ausgaben die Miete, die Betriebskosten und die Ausgaben für Energie, Heizung und Wasser ein. Zudem inkludieren wir bei Mietern von gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen etwaige Rückzahlungen eines Kredits, der für den Finanzierungbeitrag aufgenommen wurde. Bei den Eigentümern gehen die Betriebskosten und die Ausgaben für Energie, Heizung und Wasser, Instandhaltung sowie Raten für einen eventuell ausstehenden Kredit[20] ein. Es werden nur Ausgaben für den Hauptwohnsitz berücksichtigt.[21]

2017 betrug die durchschnittliche Wohnausgabenquote 29% (Median 26%); bei den Eigentümern waren es 22% (Median 17%) und bei den Mietern 38% (Median 35%). Ungefähr 60% aller Mieter lebten gemäß HFCS-Daten in geförderten Wohnungen (z.B. Genossenschaftswohnungen, Gemeindebauten). Diese Mieter wiesen eine um fünf Prozentpunkte niedrigere Wohnausgabenquote auf als Mieter anderer Wohnungen. Eigentümer mit Rückzahlungsverpflichtungen für Kredite zur Finanzierung des Hauptwohnsitzes (29% der Eigentümer) hatten mit durchschnittlich 33% (Median 30%) eine wesentlich höhere Wohnausgabenquote als Eigentümer ohne derartige Verpflichtungen (Mittelwert 17%, Median 14%).

---

[19] Autoren: Christian Beer und Karin Wagner (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

[20] Da wir eine Ausgabenperspektive einnehmen, gehen sowohl Zinszahlungen als auch Tilgungen in die Berechnung der Wohnausgaben ein. Bei endfälligen Krediten wird anstelle der Tilgung der Betrag, der monatlich für die Rückzahlung gespart wird, berücksichtigt. Dies ist ein Unterschied zu Beer und Wagner (2017b), da beim dort durchgeführten internationalen Vergleich die entsprechende Variable des Datensatzes der EZB herangezogen wurde, die diese Ausgaben nicht berücksichtigt.

[21] Für eine ausführlichere Darstellung siehe Beer und Wagner (2017b). Zu HFCS 2017 siehe Fessler et al. (2018).

Die Wohnausgabenquote der österreichischen Haushalte

Tabelle 1

Wohnausgabenquote

in % des Haushaltsnettoeinkommens

	HFCS 2. Welle (2014)				HFCS 3. Welle (2017)			
	Mittelwert		Median		Mittelwert		Median	
Insgesamt	29,3	(0,2)	26,4	(0,1)	28,6	(0,3)	25,7	(0,3)
Eigentümer	22,1	(0,3)	18,4	(0,2)	21,7	(0,5)	17,4	(0,5)
ohne Kredite	17,3	(0,2)	15,6	(0,2)	16,9	(0,3)	14,4	(0,2)
mit Krediten	34,6	(0,8)	31,5	(0,6)	33,4	(1,5)	30,0	(1,4)
Mieter	39,2	(0,1)	37,0	(0,2)	38,0	(0,5)	35,2	(0,4)
geförderte Wohnungen	37,8	(0,2)	35,9	(0,4)	36,1	(0,4)	33,3	(0,5)
andere	41,5	(0,3)	39,1	(0,4)	41,1	(0,8)	37,9	(0,5)
Unentgeltliche Benutzung	14,1	(0,2)	11,7	(0,3)	12,0	(0,4)	10,0	(0,4)
Region								
außerhalb von Wien	28,8	(0,1)	24,8	n.a.	27,2	(0,3)	23,6	(0,4)
Wien	33,8	(0,2)	31,4	n.a.	33,5	(0,5)	30,3	(0,4)
nach Nettovermögensquartilen								
1	40,9	(0,4)	39,9	n.a.	40,2	(0,9)	38,3	(0,6)
2	31,6	(0,5)	30,2	(0,4)	30,8	(0,5)	28,9	(0,6)
3	24,6	(0,6)	20,9	(0,7)	23,1	(0,5)	20,3	(0,7)
4	20,1	(0,3)	17,0	(0,4)	20,4	(0,4)	16,3	(0,2)

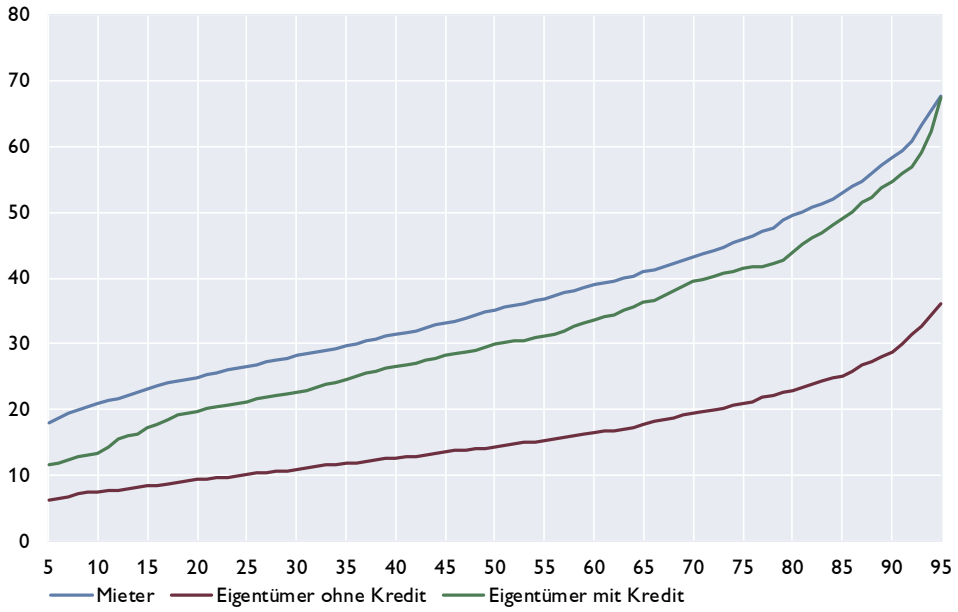
Quelle: OeNB, eigene Berechnungen auf Basis von HFCS 2014 und HFCS 2017, Standardfehler in Klammern.

Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, gaben 2017 nur ungefähr 35% der Mieter und 50% der Eigentümer mit aushaftenden Krediten weniger als 30% des Haushaltsnettoeinkommens für Wohnen aus. Die Abbildung zeigt deutlich den Unterschied zwischen Eigentümern mit aushaftenden Krediten und jenen ohne einer solchen. So lag die Wohnausgabenquote für über 90% der Eigentümer ohne Kreditrückzahlungsverpflichtungen bei unter 30% ihres Einkommens.

Abbildung 1

Verteilung der Wohnausgabenquote

in % des Haushaltsnettoeinkommens



Quelle: OeNB, eigene Berechnungen auf Basis von HFCS 2017.

Regional betrachtet lag die Wohnausgabenquote in Wien über jener im übrigen Bundesgebiet. Dies dürfte in erster Linie auf den hohen Anteil der Mieter in Wien zurückzuführen sein, wohingegen in den übrigen Bundesländern Eigentümer ohne Kreditrückzahlungsverpflichtungen

dominieren. Der Effekt des höheren Mieteranteils auf die Wohnausgabenbelastung wird in Wien allerdings durch den hohen Anteil an geförderten Wohnungen gedämpft.

Tabelle 2

Wohnausgabenquote nach Einkommensquartilen

in % des Haushaltsnettoeinkommens

	HFCS 2. Welle (2014)				HFCS 3. Welle (2017)			
	Mittelwert		Median		Mittelwert		Median	
Haushalte gesamt								
1. Einkommensquartil	41,3	(0,2)	39,9	n.a.	40,3	(0,8)	39,3	(0,3)
2. Einkommensquartil	30,3	(0,1)	29,0	(0,2)	29,6	(0,6)	28,6	(0,5)
3. Einkommensquartil	25,8	(0,7)	23,5	(0,8)	24,8	(0,6)	23,2	(0,7)
4. Einkommensquartil	19,6	(0,2)	16,7	(0,3)	18,5	(0,4)	16,1	(0,7)
Wohnkosten der Mieter								
1. Einkommensquartil	49,6	(0,4)	47,7	n.a	50,7	(1,0)	47,1	(1,0)
2. Einkommensquartil	39,2	(0,3)	38,4	(0,4)	37,3	(0,2)	35,9	(0,2)
3. Einkommensquartil	31,8	(0,1)	30,3	(0,5)	29,6	(0,6)	28,2	(0,6)
4. Einkommensquartil	25,2	(0,3)	24,4	(0,3)	24,0	(0,3)	22,4	(0,4)
Wohnkosten der Eigentümer								
1. Einkommensquartil	31,3	(0,6)	27,6	n.a.	28,6	(1,2)	23,9	(0,8)
2. Einkommensquartil	23,1	(0,7)	20,6	n.a.	24,7	(1,4)	20,7	(1,0)
3. Einkommensquartil	22,5	(1,1)	17,4	(0,4)	21,8	(0,7)	16,7	(0,3)
4. Einkommensquartil	18,1	(0,4)	13,3	(0,3)	16,6	(0,4)	12,2	(0,3)

Quelle: OeNB, eigene Berechnungen auf Basis von HFCS 2014 und HFCS 2017, Standardfehler in Klammern.

Die Wohnausgabenquote sinkt mit steigendem Einkommen. Für Haushalte im ersten (d. h. untersten) Nettoeinkommensquartil betrug die durchschnittliche Wohnausgabenquote 2017 40%; für jene im vierten Quartil lediglich 19% (Tabelle 2). Betrachtet man die Wohnausgabenbelastung nach Einkommenshöhe separat für Mieter und Eigentümer zeigt sich, dass Mieterhaushalte im niedrigsten Einkommensviertel die Hälfte des Haushaltsnettoeinkommens für Wohnzwecke ausgaben. Eigentümer im höchsten Einkommensquartil wiesen hingegen eine sehr geringe Wohnausgabenquote auf (17%). Auch mit steigendem Nettovermögen ist ein Rückgang der Höhe der Wohnausgabenquote zu beobachten (Tabelle 1). Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Einkommen und Nettovermögen stark korreliert sind und dass bei Haushalten mit höherem Nettovermögen der Anteil von Eigentümerhaushalten ohne aushaftende Kredite höher ist.

Wie hat sich die Höhe der Wohnausgaben zwischen 2014 und 2017 verändert?

Im Vergleich zum Jahr 2014 war sowohl bei den Eigentümern als auch bei den Mietern ein leichter Rückgang der Wohnausgabenquote zu verzeichnen (Tabelle 1).[22] Der Anstieg der absoluten Wohnausgaben (von ca. 7%) wurde durch den Anstieg der nominellen Haushaltseinkommen kompensiert.

Eine Betrachtung der Veränderung nach Einkommensquartilen (Tabelle 2) zeigt, dass ein leichter Zuwachs der Wohnausgabenquote bei den Mietern im untersten Einkommensquartil (1,1 Prozentpunkte) sowie bei Eigentümern im zweiten Quartil (1,6 Prozentpunkte) zu verzeichnen war. Bei allen anderen Quartilen – sowohl bei Mietern als auch bei Eigentümern – kam es zu Rückgängen der Wohnausgabenbelastung relativ zum Haushaltsnettoeinkommen Der Rückgang war für Eigentümer im ersten Einkommensquartil mit 2,7 Prozentpunkten am deutlichsten.

[22] Man muss bei diesem Vergleich bedenken, dass die Daten keine Paneldaten sind und damit auf unterschiedlichen Stichproben basieren.

Literaturhinweise

Beer, C. und K. Wagner. 2017a. Die Wohnkostenbelastung der österreichischen Mieterhaushalte – einige Erhebungsergebnisse. In: Konjunktur Aktuell Juni 2017, S. 31–34.

Beer, C. und K. Wagner. 2017b. Household's housing expenditure in Austria, Germany and Italy. In: Monetary Policy and the Economy Q4/17, S. 48–61.

Fessler, P., P. Lindner und M. Schürz. 2018. Eurosystem Household Finance and Consumption Survey 2017 for Austria. Monetary Policy and the Economy Q4/18, S. 36 – 66.

Rumäniens Steuer auf Bankaktiva stößt auf Kritik[23]

Die rumänische Regierung beschloss Ende 2018 die Einführung einer Steuer auf Bankaktiva per 1.1.2019. Die Steuer stieß national und international auf heftige Kritik. Die Hauptkritikpunkte umfassen: die überhastete Einführung ohne Konsultationsprozess mit nationalen und europäischen Institutionen, die Kopplung an die Interbankzinsen und das Ausmaß der Steuerbelastung, welches sich aus dem derzeitigen Interbankzinsniveau ergibt. Die Steuerbelastung erscheint sowohl im CESEE-Vergleich als auch im Vergleich zur Ertragslage der Banken unverhältnismäßig hoch. Nach Einführung der Steuer laufen nun Diskussionen über mögliche Änderungen.

Wie und vor welchem Hintergrund kam die Steuer zustande?

Infolge einer expansiven und prozyklischen Fiskalpolitik stand das Budgetdefizit des öffentlichen Sektors in Rumänien in den letzten Jahren an der Kippe zur Überschreitung der 3%-Defizitgrenze gemäß EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt. Im Jahr 2018 kam das Budgetdefizit laut Angaben des rumänischen Finanzministeriums – wie schon im Jahr zuvor – bei 2,9% des BIP zu liegen, wobei es sich beim BIP um eine Schätzung handelt und die Fiskaldaten noch von Eurostat validiert werden müssen. Vor dem Hintergrund der herausfordernden Fiskalsituation kündigte die rumänische Regierung am 19.12.2018 eine Reihe fiskalischer Maßnahmen an, unter anderem eine Steuer auf Bankaktiva und zusätzliche Steuern für Energieunternehmen. Nur zwei Tage später, am 21.12.2018, wurden die fiskalischen Maßnahmen mit einigen Abänderungen im Rahmen einer Eilverordnung beschlossen.

Wie wurde die Steuer konkret ausgestaltet?

Banken sind nun verpflichtet, Steuern auf ihre finanziellen Vermögenswerte in Abhängigkeit der Höhe der Interbankenzinsen zu zahlen, wenn der jeweilige Quartalsdurchschnitt des 3- und 6-monatigen ROBORs (rumänische Interbankenzinssätze) einen Referenzwert von 2% überschreitet. Der Steuersatz beträgt:

- 0,1% bei Überschreitung in der Höhe von bis zu 0,5 Prozentpunkten (Pp),
- 0,2% bei Überschreitung in der Höhe von 0,51 bis 1 Pp,
- 0,3% bei Überschreitung in der Höhe von 1,01 bis 1,5 Pp,
- 0,4% bei Überschreitung in der Höhe von 1,51 bis 2 Pp,
- 0,5% bei Überschreitung in der Höhe von mehr als 2 Pp.

Im vierten Quartal 2018 lag der Durchschnitt der Quartalsdurchschnitte von 3- und 6-monatigen ROBOR bei 3,3%. Bei einem solchen Interbankenzinsniveau ergibt sich eine (zusätzliche) Besteuerung in Höhe von 0,3% der finanziellen Vermögenswerte pro Quartal, d.h. 1,2% pro Jahr bei gleichbleibender Überschreitung des ROBOR-Referenzwerts.

Welche Kritik wurde an der Einführung der Steuer geübt?

Ein erster Kritikpunkt an der neu eingeführten Steuer bezog sich darauf, dass keine angemessene Diskussion mit der rumänischen Notenbank (NBR), den Banken und europäischen

[23] Mathias Lahnsteiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

Institutionen vor Beschlussfassung erfolgte. Die EZB brachte laut Pressemeldungen gegenüber dem rumänischen Finanzministerium ihr Unbehagen wegen der Nicht-Konsultierung zum Ausdruck und verwies in diesem Zusammenhang auf gesetzliche Verpflichtungen, die auf EU-Ebene dazu bestehen. Die Vorgangsweise, welche zu Sorge hinsichtlich der Vorhersagbarkeit der Wirtschaftspolitik Anlass gibt, und die Tatsache, dass man mit der Steuer zum Großteil ausländische Eigentümer (drei Viertel des Bankensektors befinden sich im ausländischen Mehrheitseigentum) trifft, dürfte jedenfalls das Vertrauen ausländischer Investoren in Mitleidenschaft ziehen. Dies könnte sich in einer Investitionszurückhaltung und damit in einer Verlangsamung des realen Konvergenzprozesses niederschlagen.

Ein weiterer Hauptkritikpunkt, der aus nachvollziehbaren Gründen mit Nachdruck von der NBR ins Treffen geführt wurde, zielt auf die Kopplung der Steuer an das Interbankzinsniveau ab. Denn dieser Mechanismus macht die Höhe der zu entrichtenden Bankensteuer von der Geldpolitik abhängig, wodurch die NBR ihre Unabhängigkeit gefährdet sieht. Ein höherer Leitzins oder FX-Interventionen zur Stützung des Leu würden sich über höhere Interbankzinsen in einer höheren Steuerbelastung der Banken niederschlagen, wenn dadurch der relevante Durchschnitt der Interbankenzinsen den nächsten Schwellenwert überschreitet. Die Notenbankpolitik könnte somit den ohnehin schon zu erwartenden negativen Effekt auf die Kreditvergabe weiter verstärken. Hinsichtlich der Anwendung von FX-Interventionen ist anzumerken, dass Marktteilnehmer im vergangenen Jahr von FX-Interventionen der Notenbank zur Stützung des Leu berichteten.[24] Das Leistungsbilanzdefizit und die Lohnstückkosten stiegen in den letzten Jahren, wodurch sich auch das Wechselkursrisiko tendenziell erhöht hat.

Neben NBR und EZB teilte auch die EBRD, die Anteile an zwei rumänischen Banken hält, der rumänischen Regierung ihre Bedenken zur Steuer auf Bankaktiva mit. Deutliche Kritik kam darüber hinaus von den in Rumänien tätigen Banken.

Die Banken sind durch die Steuer einer substantiellen Belastung ausgesetzt, mit möglichen negativen Auswirkungen auf die Finanzstabilität. Der Return-on-Assets (RoA, Ertrag im Verhältnis zu den Aktiva) des Bankensektors belief sich im Jahr 2018 auf 1,6%. Bleiben ROBOR und Gewinnsituation heuer stabil, so würde die Besteuerung in der Höhe von 1,2% auf Bankensektorebene drei Viertel der Gewinne betragen. 2016 und 2017 lag der RoA mit 1,1% und 1,3% allerdings unter dem Wert, der 2018 erzielt werden konnte.

Bei Betrachtung der Gewinnsituation der Jahre 2016 und 2017 auf Basis von Einzelbankdaten, die etwa 90% des Gesamtsektors abdecken, zeigt sich folgendes Bild:

- Zwei Banken mit einem Marktanteil von insgesamt etwa einem Viertel des Gesamtmarktes sind besonders profitabel. Für diese Institute würde die Steuer auf Bankaktiva etwa die Hälfte ihrer Gewinne ausmachen.
- Knapp die Hälfte des gesamten Bankenmarktes erzielt Gewinne, die nahe oder leicht über der Höhe der Bankaktiva-Steuer liegen. Dazu gehören auch die beiden österreichischen Banken (Raiffeisen Bank SA und Banca Comerciala Romana SA / Erste Group), deren Anteil am rumänischen Gesamt-Bankenmarkt in Summe bei etwa 25% liegt.

[24] Die NBR veröffentlicht keine Daten zu FX-Interventionen.

- Die verbleibenden Banken mit einem Marktanteil von insgesamt etwa 20% weisen entweder deutlich geringere Gewinne oder Verluste auf. Die größte von diesen Banken ist die CEC Bank (7% Marktanteil), die sich im Staatsbesitz befindet.

Wie stellt sich die Steuer im Vergleich zur in Ungarn und Polen eingeführten Steuer auf Bankaktiva dar?

Vergleiche zu anderen in der CESEE-Region eingeführten Steuern auf Bankaktiva sind aufgrund der ungewöhnlichen Kopplung an die Interbankzinsen nur begrenzt möglich. Bei der Einführung der Bankensteuer in Ungarn 2010 belief sich der Steuersatz auf 0,5% pro Jahr (ab 50 Mrd. HUF, darunter 0,15%) der modifizierten Bilanzsumme (Bilanzsumme minus Interbankenforderungen, Bankschuldverschreibungen und Bankaktien). Die Steuerbasis war bis einschließlich 2016 die modifizierte Bilanzsumme von Ende 2009, ab 2017 wird die modifizierte Bilanzsumme des jeweils vorletzten Jahres als Steuerbasis herangezogen. Der Steuersatz wurde zunächst (2011) auf 0,53% erhöht, danach im Jahr 2016 auf 0,31% gesenkt, 2017 auf 0,21% und 2019 auf 0,20% zurückgenommen (unter 50 Mrd. HUF Steuerbasis weiterhin 0,15%). In Polen sind Banken seit Februar 2016 verpflichtet, eine Steuer auf jene Aktiva zu zahlen, die einen Grenzwert von 4 Mrd. PLN überschreiten. Der Steuersatz beträgt 0,44% pro Jahr. Eigenmittel und von den Banken gehaltene Staatsanleihen sind von der Steuerbasis abziehbar. Die rumänische Variante der Steuer auf Bankaktiva fällt also im CESEE-Vergleich durch eine Ausgestaltung auf, die in einer sehr hohen Belastung für die Banken resultiert. Außerdem besteht in keinem anderen Land ein Konnex zu einer geldpolitischen Steuerungsvariable.

Warum der Steuersatz in Rumänien (bei derzeitigem Interbankzinsniveau) deutlich höher ausfällt als etwa in Ungarn und Polen[25], lässt sich aus der Steuereinnahmenperspektive erklären. Das Niveau der Finanzintermediation (Verhältnis zwischen Finanzaktiva und BIP) liegt in Rumänien deutlich niedriger als in den anderen beiden CESEE-Ländern. Daher ist der Steuersatz in Rumänien höher anzusetzen, wenn (ceteris paribus) vergleichbare Einnahmen wie in den beiden anderen Ländern erzielt werden sollen. In Ungarn beliefen sich die Bankensektor-Aktiva im Jahr der Einführung der Bankensteuer auf 133% des BIP und in Polen auf 96% des BIP, in Rumänien zuletzt (zum Ende des dritten Quartals 2018) jedoch nur auf 52%.

Dem gegenüber steht der Umstand, dass die neue Steuer Anreize zur Reduzierung von Bankaktiva schafft. Damit läuft sie einer weiteren Vertiefung der Finanzintermediation zuwider und erschwert die Finanzierung des Aufholprozesses.

Welche Änderungsvorschläge stehen im Raum?

Am 18. Februar 2019 wurde im Rahmen des nationalen Komitees für makroprudenzielle Aufsicht, in dem NBR, Finanzaufsicht und Finanzministerium vertreten sind, über mögliche Änderungen der Steuer auf Bankaktiva zugrundeliegenden Eilverordnung diskutiert. Bislang wurde aber noch keine Einigung auf konkrete Schritte kommuniziert. Laut Regierungsvertretern fanden auch bereits Gespräche mit den Banken statt.

Im Vorfeld der Sitzung vom 18. Februar 2019 gab der Notenbank-Gouverneur bekannt, dass sich die NBR-Vorschläge nicht nur auf die Entkopplung der Steuerberechnung von Interbankzinsen beziehen. Die NBR schlug etwa auch vor, die Mindestreserve und die von den

[25] Auch die Slowakei führte eine Bankenabgabe ein, die allerdings auf die Passivseite abstellt. Die Steuerbelastung für die Banken blieb auch dort unter dem Niveau Rumäniens, selbst als die Abgabe 2012 ausgeweitet wurde. Damals wurde ein Steuersatz von 0,4% pro Jahr auf ausgewählte Verbindlichkeiten angewendet, mittlerweile wurde der Steuersatz auf 0,2% pro Jahr gesenkt, und es ist geplant, die Abgabe 2020 auslaufen zu lassen.

Banken gehaltenen Staatsanleihen von der Steuerbasis abzuziehen. Ende Februar signalisierte der rumänische Finanzminister, dass bestimmte Aktiva von der Steuer ausgenommen werden könnten und auch die Kopplung an einen Referenzwert überdacht werden könnte. Da die Steuer erstmals nach Ablauf des ersten Quartals 2019 fällig wird, dürften sich die Akteure um eine rasche Lösung bemühen.

Internationale Rolle des Euro und die Empfehlung im Energiebereich[26]

*Der **Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker** hat in der **Rede zur Lage der Union** vom 12. September 2018 den **Euro als Werkzeug und Gesicht der europäischen Souveränität** bezeichnet, deren internationale Bedeutung gestärkt werden soll.*

*Am 5. Dezember 2018 veröffentlichte die Europäische Kommission (EK) eine **Mitteilung „Hin zu einer international stärkeren Rolle des Euro“**. Darin wird der Euro seit seiner Einführung am 1.Jänner 1999 als Symbol der Einheit, Souveränität und Stabilität beschrieben. Dazu bedarf es u.a. der Vollendung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.*

*Neben weiteren Initiativen zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro wurde am 5. Dezember 2018 ebenfalls eine „**Empfehlung zur internationalen Rolle des Euro im Energiebereich**“ von der EK veröffentlicht. Eine stärkere Nutzung des Euro im Energiebereich, insbesondere auf den Öl- und Gasmärkten, kann mittel- bis langfristig zu mehr Entscheidungsautonomie und ökonomischer Unabhängigkeit der EU führen.*

Hintergrund

Der Präsident der EK Jean-Claude Juncker hat in der Rede zur Lage der Union vom 12. September 2018 den Euro als Werkzeug und Gesicht der europäischen Souveränität bezeichnet, deren internationale Bedeutung gestärkt werden soll.

Seit der Euro-Einführung am 1.Jänner 1999 hat sich der Euro als die zweitgrößte Währung weltweit etabliert und laut aktuellen Informationen der EK[27] liegt der Euro-Anteil an den weltenweiten Devisenreserven bei ca. 20% (US-Dollar: 60%). Zusätzlich haben sechzig Länder ihre Währung an den Euro gebunden. Somit sind gute Startbedingungen für den weiteren Ausbau der internationalen Rolle des Euro gegeben.

Der Euro dient auch als Stabilitätsanker im täglichen Leben. Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger im Euroraum ist groß, wie eine aktuelle Umfrage der EK[28] zeigt: Rund 74% der Befragten meinten, dass der Euro gut für die EU sei. Unter den 19 Euro-Staaten war die Zustimmung mit 76% in Österreich am dritthöchsten was die Aussage betrifft, ob der Euro gut für den eigenen Mitgliedsstaat sei.

Hin zu einer international stärkeren Rolle des Euro

Am 5.Dezember veröffentlichte die EK die Mitteilung „Hin zu einer international stärkeren Rolle des Euro“ [29]. Vor allem durch die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion soll der

[26] Autorin: Erza Aruqaj (Abteilung Repräsentanz Brüssel/ Statistik für Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik).

[27] International role of the euro: https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/euro-area/international-role-euro_en

[28] Eurobarometer (November 2018): Support for the euro steady at all-time high levels: https://ec.europa.eu/info/news/eurobarometer-2018-nov-20_en

[29] Mitteilung „Hin zu einer international stärkeren Rolle des Euro“: https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/com-2018-796-communication_de.pdf

Euro mehr Möglichkeiten bekommen, um weltweit an Bedeutung zu gewinnen und so seine politische, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit auszuschöpfen. Dies ist insbesondere in der derzeitigen weltweiten geopolitischen Unsicherheit ein notwendiger Schritt, um geeint als EU aufzutreten.

Aufgrund von internationalen und geopolitischen Trends, beispielsweise die neue Wirtschaftsmacht der Volksrepublik China oder einseitige Maßnahmen von Drittstaaten, wie die Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen den Iran, ist laut EK-Mitteilung eine regelbasierte internationale Wirtschafts- und Weltordnung für die EU notwendig, um die wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Souveränität zu bewahren und zu stärken. Zusätzlich sollen Chancen genützt werden um Afrika (technisch) zu unterstützen, den Euro als internationale Zahlungswährung zu verwenden.

Laut der EK-Mitteilung soll eine stärkere Rolle des Euro u.a. Vorteile wie niedrigere Kosten und weniger Risiko für europäische Unternehmen im weltweiten Handel sowie mehr Autonomie und eine erhöhte Widerstandsfähigkeit des internationalen Finanzsystems bringen.

Die wichtigsten Elemente des EK-Vorschlags sind insbesondere:

- Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion, der Bankenunion und der Kapitalmarktunion, um erhöhte Widerstandsfähigkeiten gegen asymmetrische Schocks zu gewährleisten. Dazu zählt auch bestimmte Finanzkontrakte über spezielle Marktinfrastrukturen (Zentrale Clearing-Gegenparteien) zu clearen.
- Zusätzliche Maßnahmen für einen vertieften europäischen Finanzsektor mit stärkeren europäischen Finanzmarktinfrastrukturen, um den Euroraum gegenüber externen Einflüssen resistenter zu machen. Derzeit herrscht eine Marktdominanz von internationalen Kartenzahlungssystemen, vor allem aus den USA. Daher arbeitet die EK an Möglichkeiten, eine EU-weite „instant payment solution“ zu finden.
- Auf den internationalen Finanzsektor abstellende Initiativen. Dazu zählen die laufende Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken zur Wahrung der Finanzstabilität, die Erhöhung des auf Euro lautenden Anteils an Anleiheemissionen europäischer Institute, sowie die Weiterentwicklung und der Ausbau der Wirtschaftsdiplomatie um den Euro bei Zahlungen und als Reservewährung vermehrt zu nutzen.
- Breitere Nutzung des Euro in strategischen Schlüsselsektoren wie Energie, Rohstoffe und Verkehr. Dies beinhaltet auch gezielte Stakeholder-Konsultationen[30] im ersten Halbjahr 2019 durch die EK, welche die Ergebnisse im Sommer 2019 in Form eines Berichts publizieren wird.

Internationale Rolle des Euro im Energiebereich

Neben der EK-Mitteilung zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro wurde am 5.Dezember 2018 ebenfalls eine „Empfehlung zur internationalen Rolle des Euro im Energiebereich“[31] von der EK veröffentlicht. Darin gibt die EK nichtbindende Empfehlungen ab, um die Bedeutung des Euro im Schlüsselsektor Energie zu stärken.

[30] Konsultationen der EK zur internationalen Rolle des Euros in Schlüsselsektoren (läuft bis zum ersten Quartal 2019): https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/euro-area/international-role-euro_en

[31] Empfehlung zur internationalen Rolle des Euro im Energiebereich:
https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/c-2018-8111-recommendation_de.pdf

In der Mitteilung wird angemerkt, dass die EU der größte Energieimporteur der Welt ist, wobei die Einfuhrkosten im Schnitt bei rund 300 Mrd EUR pro Jahr liegen und rund 85% davon in US-Dollar bezahlt werden. Laut EK sind die zugrundeliegenden Verträge meist langfristig und nicht in Euro gehalten, obwohl die Energieexporteure Russland (ca. 34%), der Nahe Osten sowie Afrika (zusammen ca. 33%) sind. Zusätzlich fallen über 90% des Energiehandelsvolumens auf Öl, wobei hier alle Verträge in US-Dollar laufen.

Die Empfehlungen der EK lauten daher, den Euro in internationalen Übereinkünften und nicht verbindlichen Instrumenten im Energiebereich, bei Transaktionen europäischer Marktteilnehmer im Energiebereich sowie bei Vorhaben und Transaktionen im Energiebereich durch Unternehmen breiter zu nutzen.

Laut EK-Mitteilung ist die geringere Verwendung des Euro in diesem Sektor auf diverse Faktoren wie historische Trägheit, Netzeffekte und Liquiditätserwägungen zurückzuführen[32]. Zusätzlich ist die Verwendung des US-Dollar auf den Ölmärkten vor allem auf die niedrigeren Kosten aufgrund der Marktliquidität zurückzuführen.

Basierend darauf hat die EK auch Konsultationen für den Schlüsselsektor Energie gestartet[33]. Hierbei werden die Stakeholder über ihre Sicht zu Möglichkeiten befragt, den Euro in den Bereichen Erdöl, Raffinerieprodukte und Erdgas vermehrt zu verwenden. Vorab wurde eine Konsultation in Form einer Diskussion[34] mit den Stakeholdern von der EK organisiert. Dort kam man zu dem Schluss, dass die EU beispielsweise für eine verbesserte Euro-Liquidität auf den Energiemärkten sorgen soll, die Verwendung des Euro in Energie-Abkommen vorantreiben kann, die politische Unterstützung und Rechtssicherheit für Investoren gewährleisten sowie die Privatwirtschaft ermutigen soll, den Euro in Verträgen zu verwenden. Ein Bericht basierend auf den Ergebnissen der Konsultationen wird im Sommer 2019 von der EK publiziert.

Eine stärkere Nutzung des Euro im Energiebereich, insbesondere auf den Öl- und Gasmärkten, kann mittel- bis langfristig zu mehr Entscheidungsautonomie und ökonomischer Unabhängigkeit der EU führen.

[32] Empfehlung zur internationalen Rolle des Euro im Energiebereich:
https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/c-2018-8111-recommendation_de.pdf

[33] Die Konsultation zur Rolle des Euro im Energiebereich läuft vom Jänner bis April 2019:
https://ec.europa.eu/info/publications/promoting-international-role-euro-field-energy_de

[34] Event on The international role of the euro in the field of energy (14 February 2019):
https://ec.europa.eu/info/events/international-role-euro-field-energy-2019-feb-14_en

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 16. Jänner bis 5. März 2019[35]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
21. Jänner 2019	Eurogruppe	Schwerpunkte • Europäisches Semester: Empfehlung des Rates an die Euro-Zone mit dem Fokus auf die Kernbereiche: Vertiefter und resilienter Binnenmarkt, fiskalische Nachhaltigkeit und Investitionen, Arbeitsmarkt und Inklusion, Finanzmarktstabilität sowie Stärkung der internationalen Rolle des Euro. • WWU-Vertiefung: Geplant sind Budgetinstrumente zur Förderung von Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit auf freiwilliger Basis für Euroraum-Mitgliedsstaaten und ERM-II-Mitgliedsstaaten, als Teil des EU-Budgets. • EDIS: Einrichtung einer „High-Level Working Group", die bis Juni 2019 einen Endbericht vorlegen soll. • Internationale Rolle des Euro: Auf der Basis der EK-Kommunikation "Towards a stronger international role of the euro" von Dezember 2018 und im Auftrag des letzten Euro-Gipfels wird die Eurogruppe das Thema weiterverfolgen. • ESM-Vertragsänderung: Kommission und Rat bereiten bis Mitte 2019 Änderungsentwürfe vor.
22. Jänner 2019	ECOFIN Rat	Schwerpunkte • VO-Vorschlag zur Schaffung des InvestEU-Programms: InvestEU ist als Nachfolgeprogramm zum Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) sowie 13 andere Finanzinstrumente im nächsten „Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR)" konzipiert, und soll durch Garantien aus dem EU-Budget rund 650 Mrd EUR an zusätzlichen Investitionen in der EU auslösen. Der Rat befürwortet den EK-Vorschlag zur Schaffung des InvestEU-Programms. • Arbeitsprogramm des Rumänischen Vorsitz: Beim ersten ECOFIN-Rat unter rumänischen Vorsitz wird das Arbeitsprogramm für das erste Halbjahr 2019 vorgestellt. Die Prioritäten der rumänischen Präsidentschaft stehen unter dem Motto „Kohäsion, ein gemeinsamer europäischer Wert" und konzentrieren sich auf die Themenbereiche zur Zukunft der EU

[35] Autoren: Sylvia Gloggnitzer und Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		mit 27 Mitgliedstaaten, MFR 2021-2027, Arbeitsplätze, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, Befähigung und Schutz der Bürger, Energieunion und Klimapolitik, Freiheit, Sicherheit und Recht (Sicherheitsagenda, Migrationsagenda, Europäisches Asylsystem) und die EU als starker globaler Akteur. Am 9. Mai wird Rumänien Gastgeber eines informellen Gipfels des Europäischen Rates in Sibiu sein, bei dem die Staats- und Regierungschefs über Pläne für die Zukunft der EU diskutieren werden. Dies wird ihr letztes Treffen vor der Europawahl sein, welche zwischen dem 23. und 26. Mai stattfindet.
22. Jänner 2019	EP ECON	„Sustainable/Green Finance“: Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen Investitionen sollen angesichts von Treibhausgasemissionen, Ressourcenverknappung und Arbeitsbedingungen nachhaltiger werden. Bei Investitionen sollen daher ESG-Faktoren (Environment, Social, Governance) berücksichtigt werden. Es ist davon auszugehen, dass die nachhaltige Finanzierung der Wirtschaft auch im Mandat der nächsten Kommission eine prominente Rolle spielen und mit weiteren rechtlichen Vorschlägen zu rechnen sein wird.
28./29. Jänner 2019	EP ECON	Geld- und währungspolitischer Dialog mit EZB-Präsident Draghi, anlässlich 20 Jahre Euro • Interne Dimension des Euro: Der Euro hat zwei Jahrzehnte Preisstabilität gewährleistet. Der Euro wurde eingeführt um den Binnenmarkt zu vertiefen und die Integrität zu wahren. Im ersten Jahrzehnt: Fortsetzung einer dreißigjährigen Periode makroökonomischer Stabilität (Great Moderation). Inflation lag bei ca. 2 % p.a. Im zweiten Jahrzehnt: Schlimmste Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Great Depression. Als Reaktion darauf wurden neue Instrumente geschaffen, um die Effizienz der Währungspolitik zu gewährleisten und die Volkswirtschaften des Euroraums zu stabilisieren. In den letzten Monaten haben geopolitische Faktoren und Protektionismus die allgemeine Wirtschaftsstimmung beeinflusst. • Externe Dimension des Euro: Der Euro ist das Symbol der europäischen Einigung. Stabilität und Liquidität gehören zu den Kernaspekten einer internationalen Währung. Der Euro ist zur zweitwichtigsten Währung geworden. Umwandlung des ESM in einen Europäischen Währungsfonds (ESF) • Langfristig soll der ESM in den EU-Rechtsrahmen integriert werden damit die demokratische Kontrolle durch das EP gegeben ist. In der Zwischenzeit soll es eine Übergangslösung geben, z.B. ein Mitspracherecht bei der Auswahl des Managing Director. • Es gibt Einigkeit, dass EWF als Name nicht angemessen ist. Auf eine Alternative konnte man sich noch nicht einigen. Ein Vorschlag ist: Europäischer Stabilitätsfonds, ESF.

1. Februar 2019	EK	Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Japan und der EU Das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (JEFTA) begründet die umfassendste bilaterale Handelspartnerschaft, die jemals von der Europäischen Union ausgehandelt wurde. Mit dem Abkommen werden nicht nur die meisten Zölle, sondern auch eine Reihe regulatorischer Hindernisse abgeschafft.
11. Februar 2019	Eurogruppe	Schwerpunkte • Irland – „post program surveillance“: EK und EZB informierten die Eurogruppe über die wichtigsten Ergebnisse ihrer 10. Mission in Irland von 13.-16. November 2018; inklusive der speziellen Überwachung unter der EU Macroeconomic Imbalance Procedure (MIP). Fazit: Weiterhin gute ökonomische (höchstes Wachstum im Euroraumvergleich der letzten Jahre) und fiskalische Entwicklung in Irland. • Portugal - „post program surveillance“: EK und EZB informierten die Eurogruppe über die wichtigsten Ergebnisse ihrer 9. Mission in Portugal von 26.-30. November 2018. Trotz guter ökonomischer und fiskalischer Entwicklungen müssen Reformen fortgeführt werden, um die Staatsverschuldung zu reduzieren und das Wachstumspotenzial zu steigern.
12. Februar 2019	ECOFIN Rat	Schwerpunkte • Ernennung des EZB-Direktoriumsmitglieds Philip Lane: Die 8-jährige Amtszeit des EZB-Direktoriumsmitglieds Peter Praet (auch Chefökonom der EZB) läuft Ende Mai 2019 aus, weshalb es zur Nachbesetzung kommt. Philip Lane, derzeit irischer Notenbank-Gouverneur, ist der einzige Kandidat für die EZB-Direktoriumsposition ab Juni 2019. Es bedarf noch der finalen Entscheidung seitens des Europäischen Rats am 21./22. März. • Überprüfung des europäischen Systems der Finanzaufsicht (ESFS-Review): Allgemeine Ausrichtung zu Gesamtdossier (partielle Einigung zu Geldwäscheteil bereits im Dezember 2018). Ziel ist rascher Abschluss der Triloge vor der Europawahl.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

25. Jänner 2019	IWF	Griechenland – 1. *Post-Program Monitoring (PPM)* Im Zeitraum von 21.1 – 25.1. führte der IWF, koordiniert mit der *EU*-Kommission, der *EZB* und dem *ESM*, das erste *Post-Program Monitoring (PPM)* Griechenlands durch. Das *BIP*-Wachstum, getragen durch Exporte, Tourismuseinnahmen und Konsum wird für das laufende Jahr mit 2,4 % bzw. mittelfristig mit 1 % prognostiziert. Der *IWF* schätzt die Rückzahlungskapazität Griechenlands mittelfristig aufgrund der relativen geringen (mittelfristigen) Refinanzierungserfordernisse sowie des hohen Liquiditätspuffers als robust ein. Die Risken eines anhaltenden

		Aufschwunges sieht der *IWF* weiterhin in der hohen Verschuldung des öffentlichen und privaten Sektors, der schwach ausgeprägten Zahlungskultur (Steuern) sowie nachlassenden Bestrebungen zur Beibehaltung der mühevoll verbesserten internationalen Wettbewerbsfähigkeit (reform fatigue, anstehende Wahlen, etc.).
21. Februar 2019	IWF	Ecuador – *Staff-Level Agreement* zur Einräumung einer Erweiterten Kreditlinie *(Extended Fund Facility, EFF)* Die ecuadorianischen Währungsbehörden haben mit dem *IWF Staff* eine Vereinbarung zur Gewährung einer Erweiterten Kreditlinie in Höhe von 3,035 Mrd *SZR* (rd. 4,2 Mrd *USD*, 435 % der Quote) mit einer Laufzeit von drei Jahren erzielt. Der *IWF*-Beitrag ist Teil eines Gesamtpakets in Höhe von rd. 6,0 Mrd *USD*, an dem auch die Lateinamerikanische Entwicklungsbank *(CAF)*, die Interamerikanische Entwicklungsbank *(IDB)*, der Lateinamerikanische Reservefonds *(FLAR)* und die Weltbank beteiligt sind. Der Kreditbetrag soll einer Stärkung der Wirtschaft Ecuadors dienen, insbesondere der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Verbesserung der Schuldentragfähigkeit sowie der Governance im öffentlichen Verwaltungsbereich.
26. Februar 2019	IWF	Armenien – Einräumung eines vorsorglichen Bereitschaftskredit-abkommens *(Precautionary Stand-By Arrangement)* Die armenischen Währungsbehörden haben mit dem *IWF Staff* eine Vereinbarung zur Gewährung eines vorsorglichen Bereitschafts-abkommens in Höhe von rd. 250 Mio USD mit einer Laufzeit von drei Jahren erzielt. Die Einräumung der vorsorglichen Kreditlinie soll die Umsetzung der wirtschaftspolitischen Reformpläne der neu gewählten Regierung unterstützen und die Widerstandsfähigkeit gegen externe Schocks stärken.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 11. März 2019

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP[1)]			Inflation[1)2)]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
USA	2,9	2,6	1,9	2,5	2,4	2,2	3,9	3,5	3,5	−5,8	−6,0	−6,0	105,8	107,3	109,6	−2,4	−2,6	−2,8
Japan	1,1	1,0	0,5	0,8	1,0	1,3	2,7	2,6	2,5	−3,3	−3,1	−2,8	236,2	235,2	234,5	4,7	4,7	4,7
China	6,6	6,2	5,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	0,2	−0,2	−0,4
Euroraum	1,9	1,3	1,6	1,7	1,4	1,5	8,4	7,9	7,5	−0,6	−0,8	−0,7	86,9	84,9	82,8	3,8	3,6	3,6
EU28	1,9	1,5	1,7	1,9	1,6	1,8	6,9	6,6	6,3	−0,7	−0,8	−0,7	81,4	79,5	77,6	2,5	2,3	2,3
Österreich	2,7	1,6	1,6	2,1	2,0	2,0	4,8	4,6	4,4	−0,3	0,0	0,1	74,5	71,0	67,8	2,0	2,2	2,4
Deutschland	1,5	1,1	1,7	1,9	1,4	1,5	3,5	3,2	3,0	1,6	1,2	1,1	60,1	56,7	53,7	7,8	7,3	6,9
Vereinigtes Königreich	1,4	1,3	1,3	2,5	1,8	2,0	4,3	4,5	4,7	−1,3	−1,0	−1,0	86,0	84,5	82,6	−3,3	−3,2	−3,0
Polen	5,1	3,5	3,2	1,2	2,3	2,7	3,3	2,9	2,8	−0,9	−0,9	−1,0	49,2	48,3	47,4	−0,6	−0,9	−1,3
Ungarn	4,8	3,4	2,6	2,9	2,8	3,0	3,6	3,3	3,2	−2,4	−1,9	−1,8	72,9	70,3	68,6	1,2	0,0	0,3
Tschechische Republik	2,9	2,9	2,7	2,0	2,1	1,9	2,4	2,5	2,6	1,4	0,8	0,7	33,2	32,1	31,2	−0,5	−0,5	−0,1

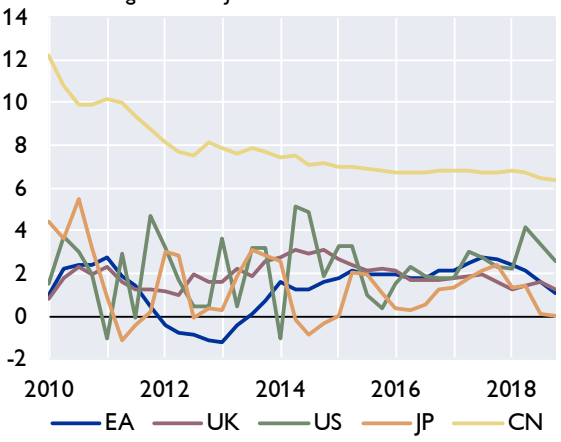
Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom November 2018 bzw. Interimsprognose vom Februar 2019.

1) Interimsprognose vom Februar 2019 ausschließlich EU- und EA-Länder. - 2) HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

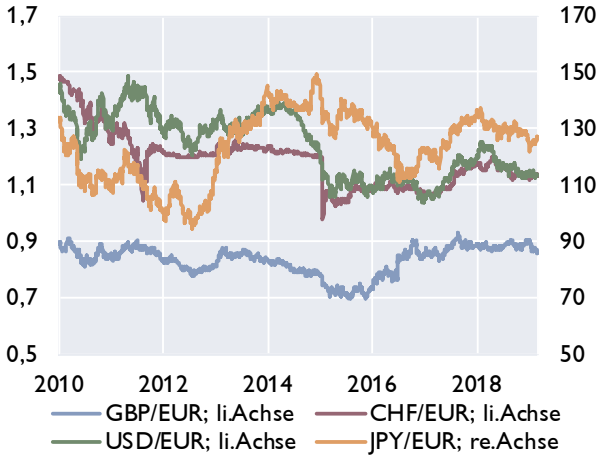
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

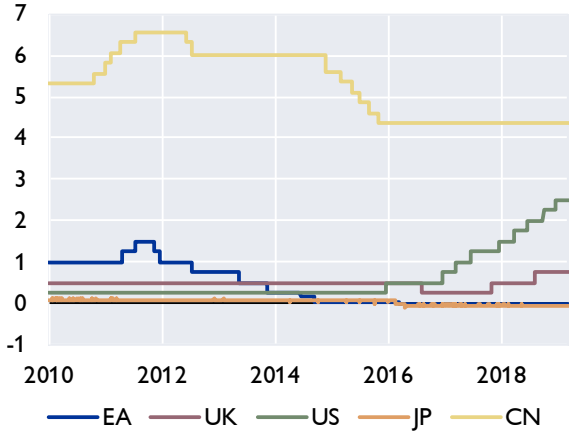


Wechselkurse zum Euro



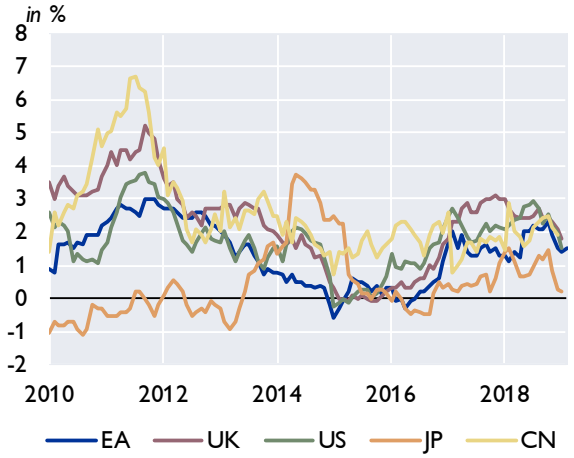
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



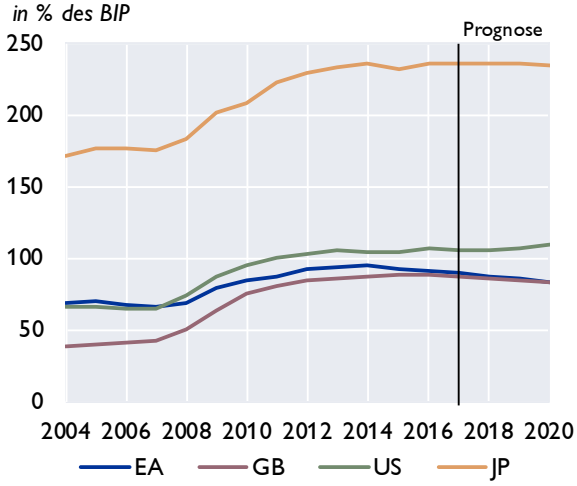
Verbraucherpreisindizes

in %



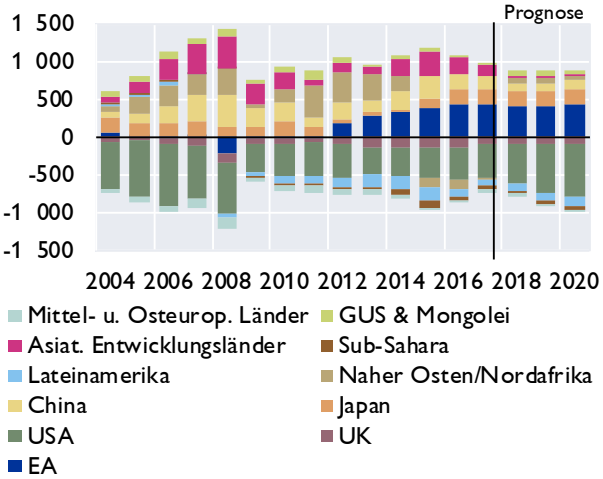
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

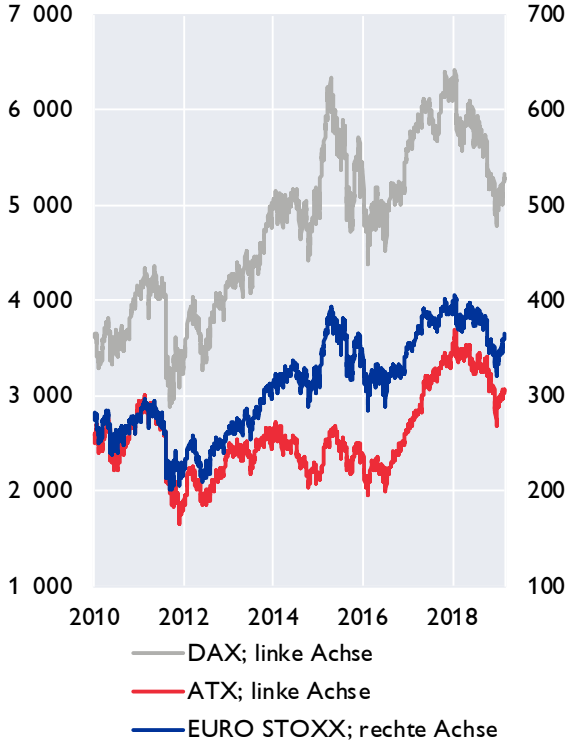


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK November 2018 und IWF WEO Oktober 2018.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

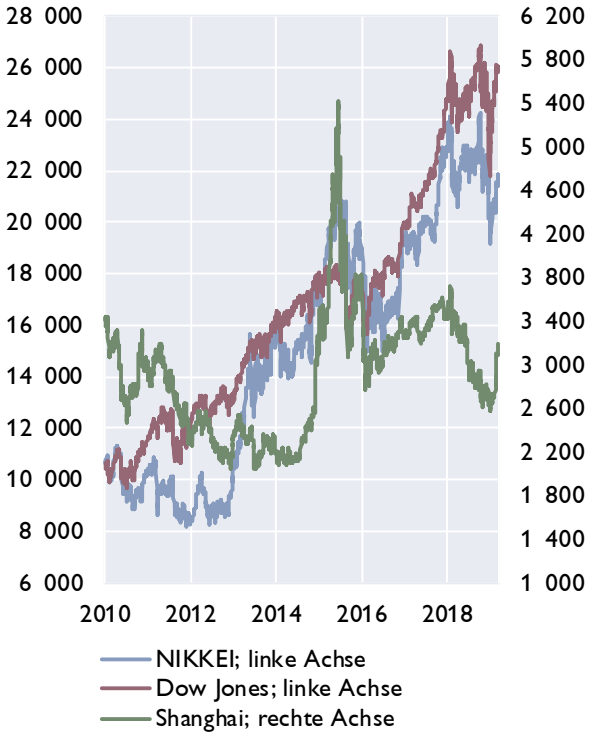
Aktienkurse - Europa

in Punkten



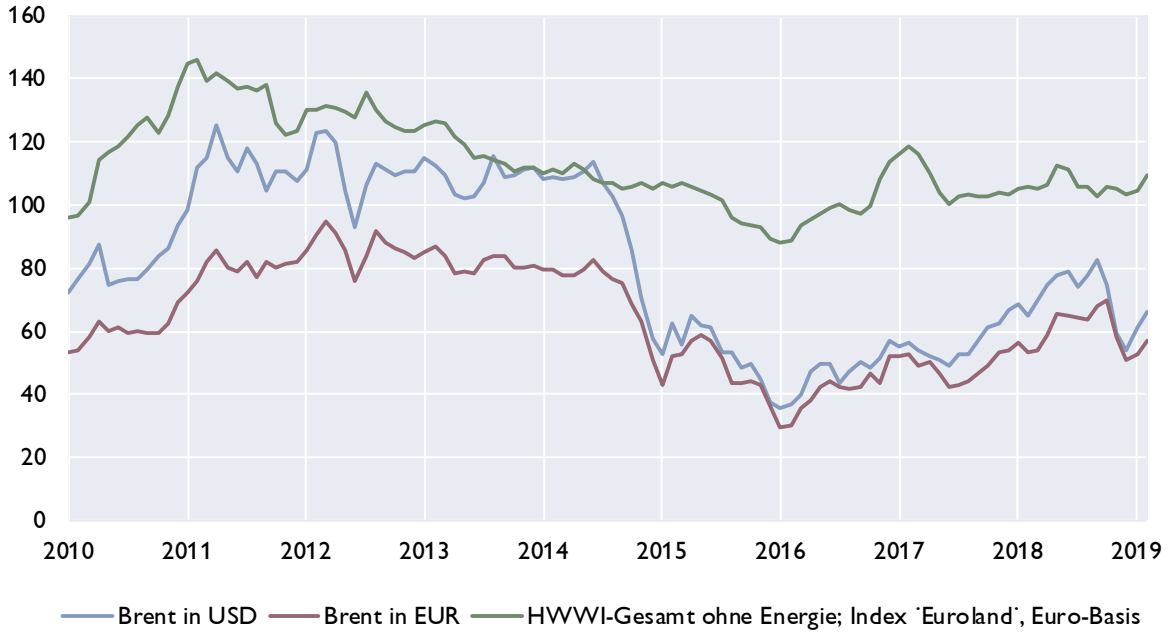
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem				OECD[1)]			IWF[2)]			EU-Kommission[3)]		
	März 2019				November 2018/ Interim März 2019			Okt. 2018 / Update Jän.2019			November 2018/ Update Feb.2019		
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real	1,9	1,1	1,6	1,5	**1,8**	**1,0**	**1,2**	**1,8**	**1,6**	**1,7**	**1,9**	**1,3**	**1,6**
Privater Konsum, real	1,3	1,3	1,6	1,4	1,4	1,6	1,5	1,5	1,6	×	1,6	1,8	1,6
Öffentlicher Konsum, real	1,1	1,7	1,6	1,4	1,1	1,5	1,1	1,2	1,2	×	1,3	1,6	1,3
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,3	2,1	2,4	2,0	3,4	3,1	2,8	4,1	3,5	×	3,3	3,0	3,0
Exporte, real	2,8	2,8	3,6	3,2	×	×	×	3,8	4,1	×	3,3	3,5	3,3
Importe, real	2,7	3,7	4,1	3,5	×	×	×	4,0	4,5	×	3,0	3,9	3,6
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP Deflator	×	×	×	×	1,5	1,8	1,9	1,5	1,6	×	1,5	1,7	1,7
HVPI	1,7	1,2	1,5	1,6	1,8	1,9	1,9	1,7	1,7	×	**1,7**	**1,4**	**1,5**
Lohnstückkosten	1,8	1,7	1,4	1,6	2,2	1,4	2,0	1,7	1,1	×	1,6	1,2	1,5
	Veränderung zum Vorjahr in %												
Beschäftigte	1,4	0,7	0,6	0,6	1,2	1,0	0,8	1,2	0,7	×	1,4	1,0	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote	8,2	7,9	7,7	7,5	8,2	7,6	7,2	8,3	8,0	×	8,4	7,9	7,5
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	3,0	2,4	2,3	2,2	3,8	3,6	3,6	3,0	2,9	×	3,8	3,6	3,6
Öffentliches Defizit	−0,5	−1,0	−1,0	−1,1	−0,7	−0,8	−0,5	−0,6	−0,6	×	−0,6	−0,8	−0,7
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel	71,1	61,7	61,3	60,6	74,1	80,0	80,0	**68,6**	**59,0**	**58,7**	**71,5**	**61,2**	**61,2**
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,3	−0,3	−0,2	0,0	−0,3	−0,2	0,2	**−0,3**	**−0,3**	**0,0**	**−0,3**	**−0,3**	**−0,1**
USD/EUR	1,18	1,14	1,14	1,14	1,18	1,14	1,14	1,19	1,17	×	**1,18**	**1,14**	**1,14**
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real USA	×	×	×	×	**2,9**	**2,6**	**2,2**	**2,9**	**2,5**	**1,8**	2,9	2,6	1,9
BIP, real Welt[4)]	3,7	3,5	3,6	3,6	**3,6**	**3,3**	**3,4**	**3,7**	**3,5**	**3,6**	3,7	3,5	3,5
Welthandel[4)]	4,9	2,4	3,4	3,6	3,9	3,7	3,7	**4,0**	**4,0**	**4,0**	4,1	3,8	3,5

Quelle: OeNB. - 1) OECD Interim März 2019: ausschließlich BIP-Daten ausgewählter Länder (fett unterlegte Werte). - 2) IWF Update Jänner 2019: ausschließlich BIP-Daten ausgewählter Länder (fett unterlegte Wer
3) EU-Kommission Update Februar 2019: ausschließlich BIP und HVPI ausgewählter Länder (fett unterlegte Werte). - 4) EZB: Welt ohne Euroraum.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2017	2018	2018 Q1	2018 Q2	2018 Q3	2018 Q4	2019 Q1	2018 Nov.	2018 Dez.	2019 Jan.	2019 Feb.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,5	1,7	1,2	1,7	2,1	1,9	..	1,9	1,5	1,4	1,5*)
Kerninflation	1,0	1,0	1,0	0,9	1,0	1,0	..	0,9	0,9	1,1	1,0
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,4	1,5	1,2	1,5	1,8	1,7	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten (nominell)	0,8	..	1,4	1,5	2,1	..	..	×	×	×	×
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,6	..	2,0	2,2	2,5	..	..	×	×	×	×
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,8	..	0,6	0,8	0,3	..	..	×	×	×	×
Produzentenpreis (Industrie)	3,0	..	1,7	2,8	4,3	..	..	4,0	3,0	3,0	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	107,1	106,2	105,4	110,0	104,7	104,6	..	105,2	103,2	104,4	109,4
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	48,5	60,6	54,6	63,0	65,3	59,6	..	57,9	50,9	52,7	56,8
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	54,8	71,5	67,2	74,9	75,8	68,3	..	65,9	57,4	59,9	64,5
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	2,4	1,8	0,4	0,4	0,1	0,2	..	×	×	×	×
Privater Konsum	1,6	1,3	0,5	0,2	0,1	0,2	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,1	1,0	0,0	0,4	0,1	0,7	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	3,0	0,0	1,5	0,6	0,6	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,7	1,5	0,5	0,4	0,5	0,0	..	×	×	×	×
Nettoexporte	0,8	0,2	-0,1	0,0	-0,4	0,2	..	×	×	×	×
Veränderung der Lagerhaltung	-0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	..	×	×	×	×
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	234,9	194,2	45,7	57,0	40,3	51,2	..	19,7	17,0	..	..
Leistungsbilanz	361,9	342,6	104,9	96,1	76,2	65,3	..	22,6	16,2	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	4,0	..	3,7	3,3	2,6	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	110,1	111,2	113,2	111,8	110,9	108,9	..	109,5	107,4	106,3	106,1
Industrievertrauen (Saldo)	5,6	6,6	8,9	7,8	5,9	3,6	..	4,4	2,3	0,6	-0,4
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	57,4	55,0	58,3	55,5	54,3	51,7	..	51,8	51,4	50,5	49,2
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	103,2	103,1	104,2	102,6	103,3	102,1	..	102,2	101,1	99,3	98,5
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	3,0	1,1	3,2	2,4	0,7	-2,0	..	-3,2	-3,9	..	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-6,0	-5,5	-4,2	-5,3	-5,7	-6,9	..	-6,6	-8,3	-7,9	-7,4
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	2,4	1,5	1,6	1,7	1,1	1,5	..	1,4	0,6	2,3	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	83,0	83,9	84,2	84,0	83,8	83,6	83,6	×	×	×	×
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	9,1	8,2	8,5	8,3	8,0	7,9	..	7,9	7,8	7,8	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,6	1,4	0,4	0,4	0,2	0,3	..	×	×	×	×
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	4,7	4,1	3,6	4,3	3,5	4,1	..	3,7	4,1	3,8	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	3,9	3,9	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	3,2	3,1	3,0	3,0	3,1	3,1	..	3,2	3,0	3,2	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	..	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,33	-0,32	-0,33	-0,33	-0,32	-0,32	..	-0,32	-0,31	-0,31	-0,31
10-Jahres Zinssatz (%)	1,17	1,27	1,16	1,22	1,30	1,39	..	1,41	1,21	1,21	..
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	1,50	1,59	1,49	1,55	1,62	1,71	..	1,73	1,52	1,52	..
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	102,1	115,3	91,3	117,1	123,8	129,0	..	127,4	146,9	148,4	126,8
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	376,8	375,0	385,1	386,4	381,0	348,6	..	351,3	334,3	339,9	355,0
Wechselkurs USD je EUR	1,13	1,18	1,23	1,19	1,16	1,14	..	1,14	1,14	1,14	1,14
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	96,6	99,0	99,6	98,4	99,2	98,5	..	98,3	98,4	97,8	97,4
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	91,4	93,5	94,0	93,1	93,7	93,0	..	92,7	92,6	92,0	91,5
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-1,0	..	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Staatsschuldenquoten	88,9	..	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.

1) ILO-Definition.

2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).

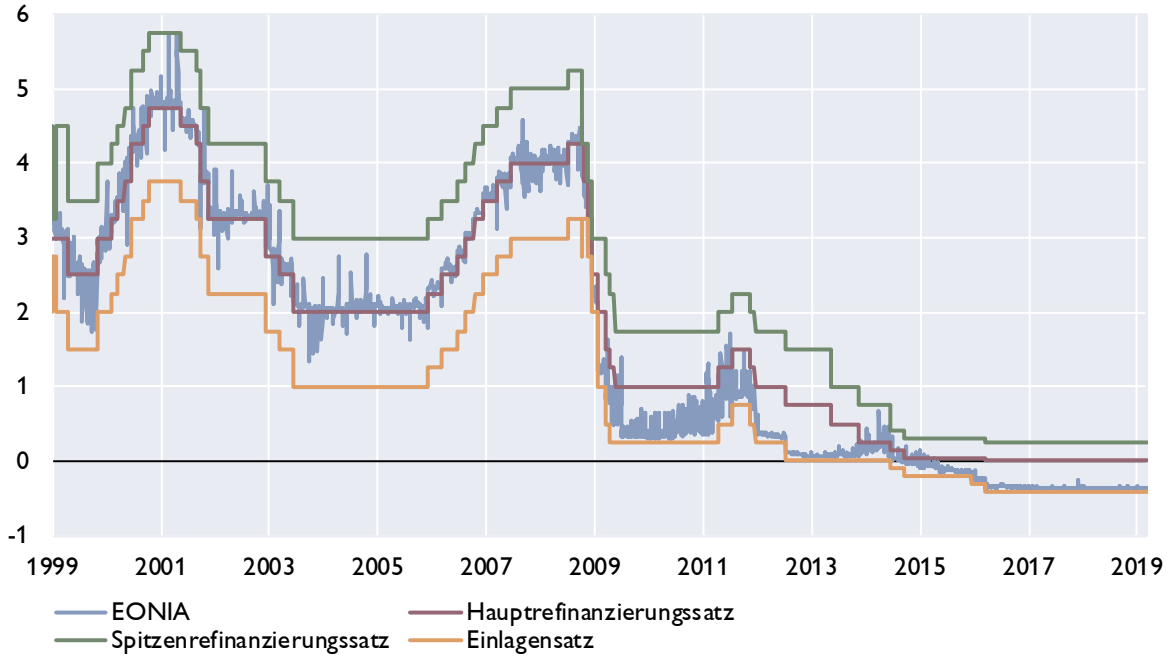
3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).

**) Schnellschätzung.*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

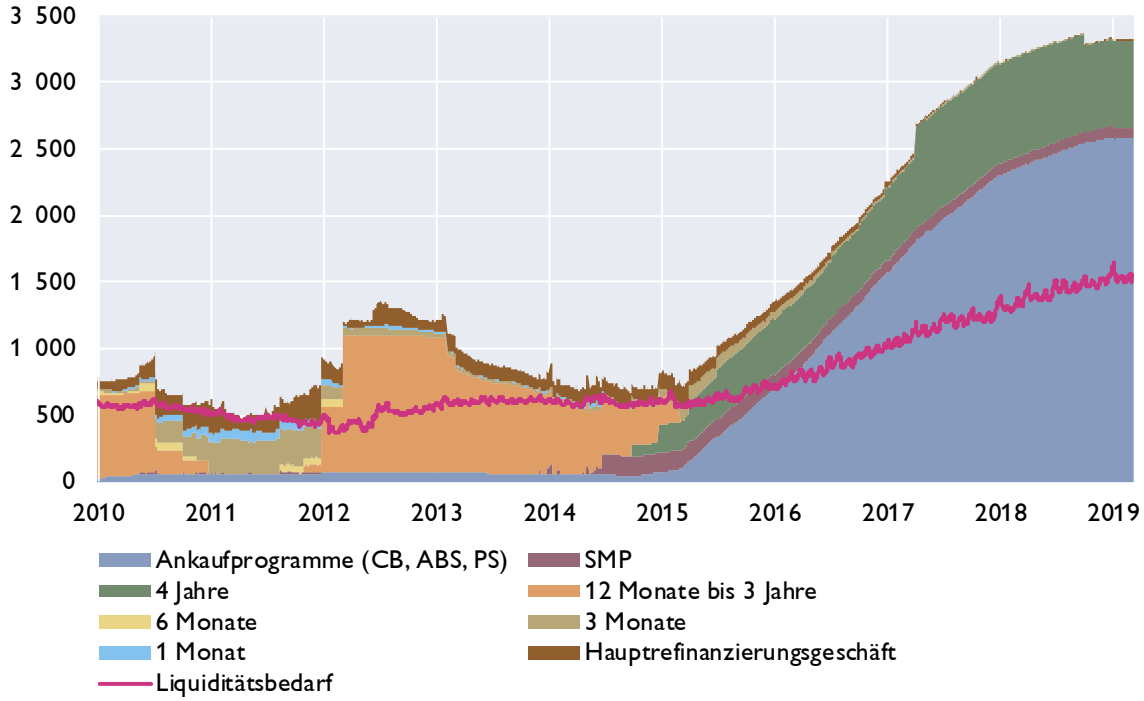
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

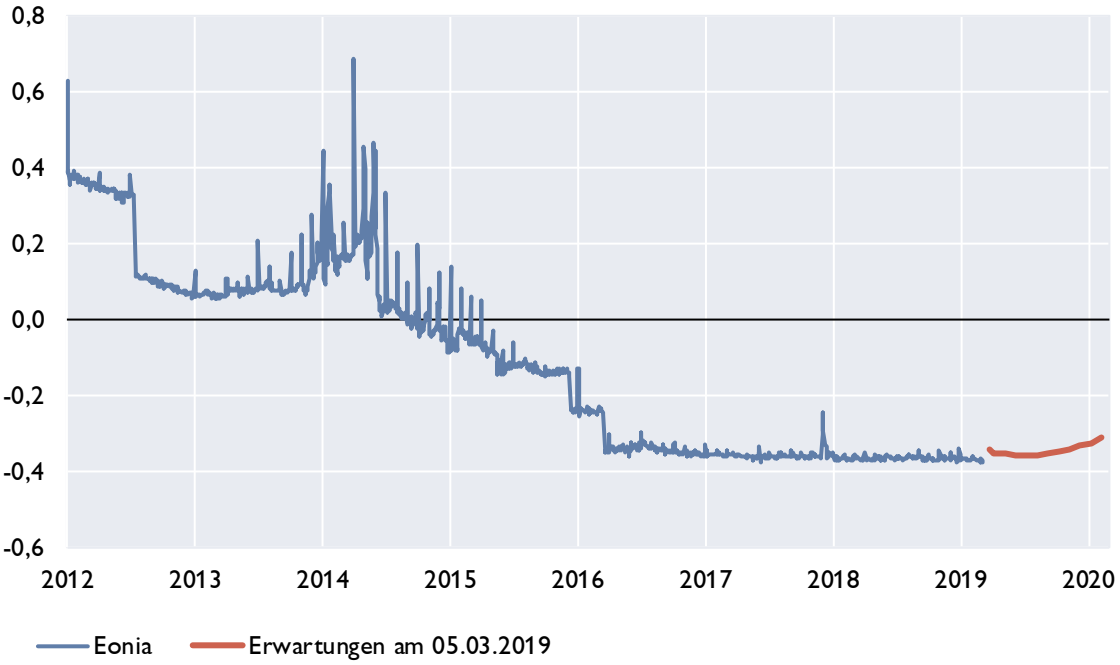


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

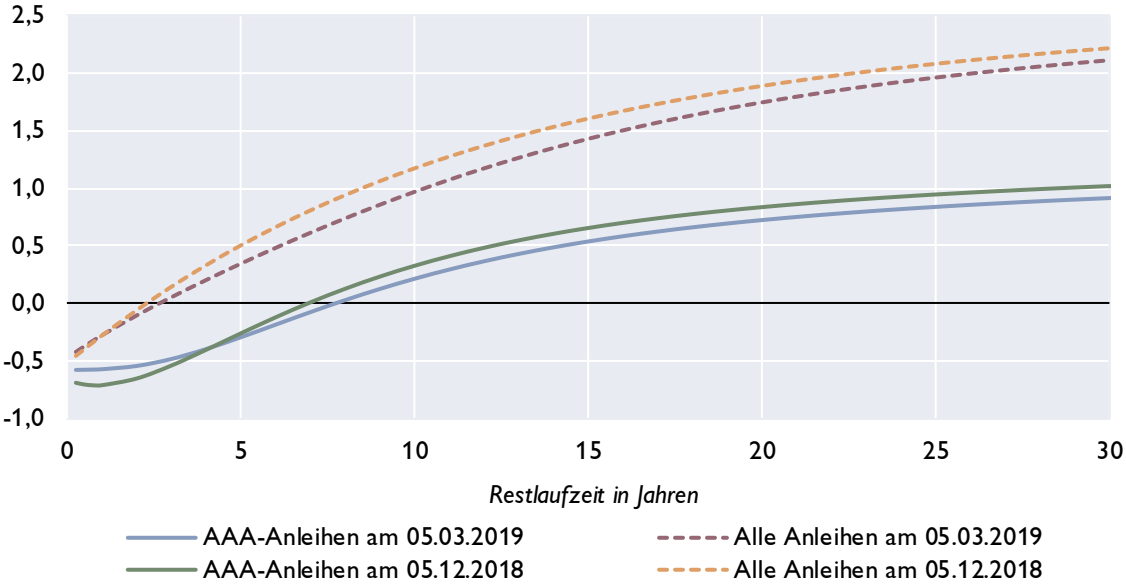
Markterwartungen über den Verlauf des Eonia

berechnet aus Euro Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

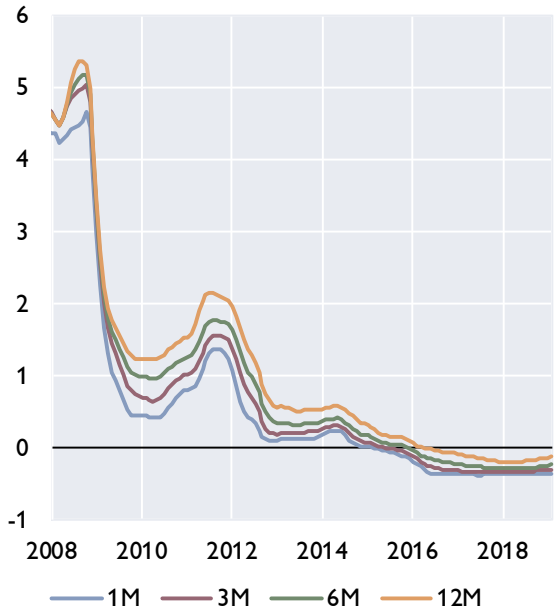


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

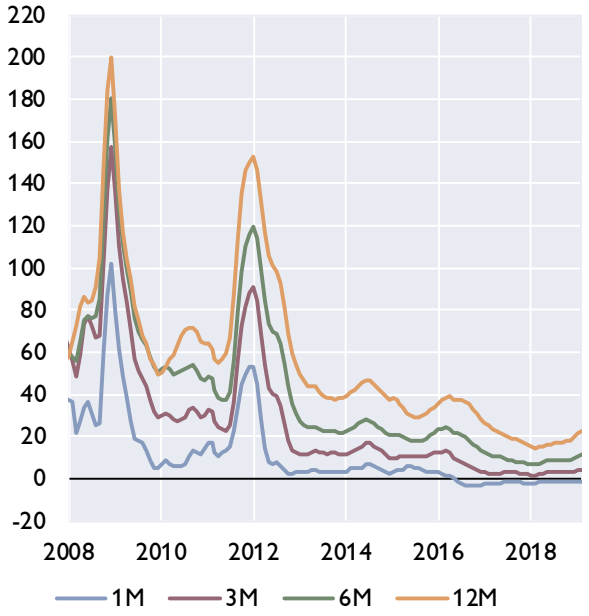
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



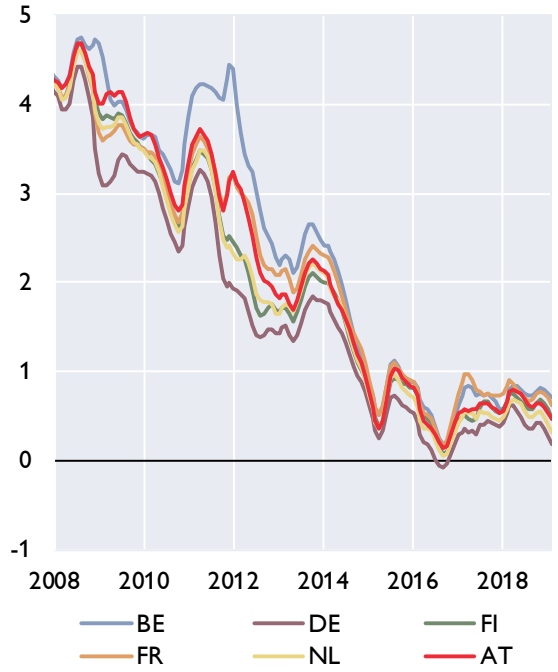
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



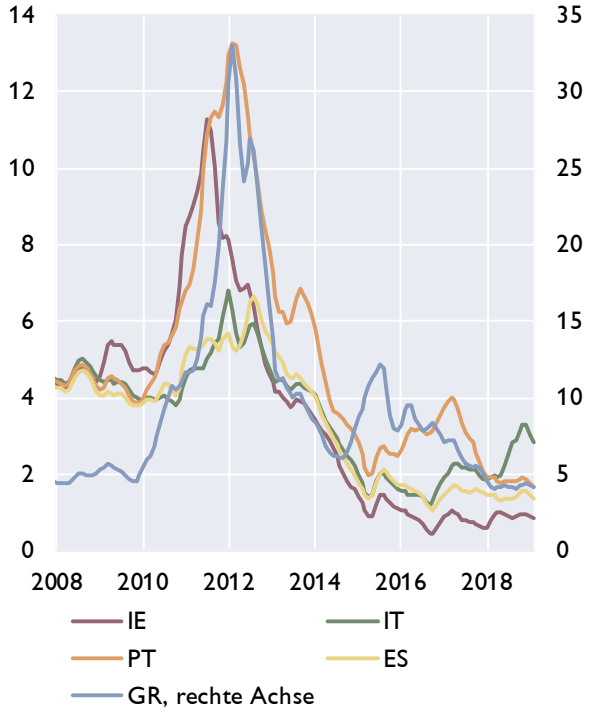
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

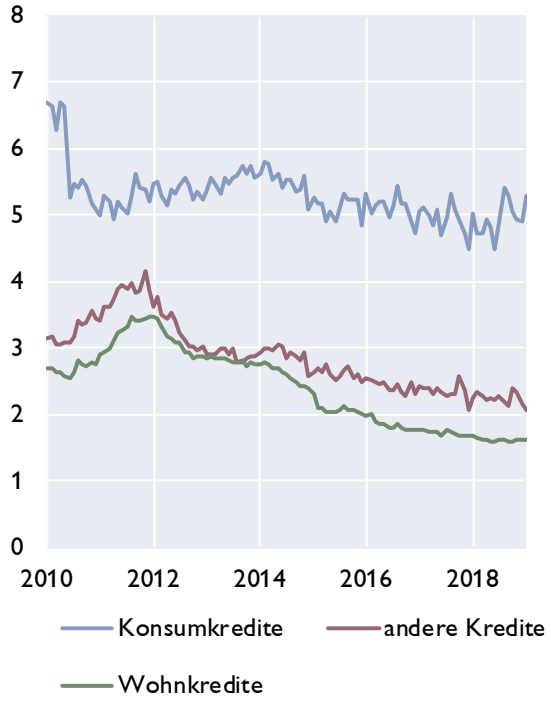


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

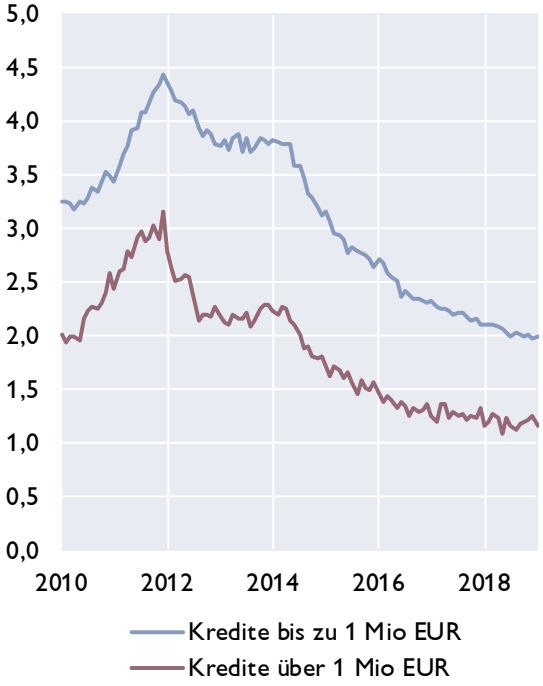
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



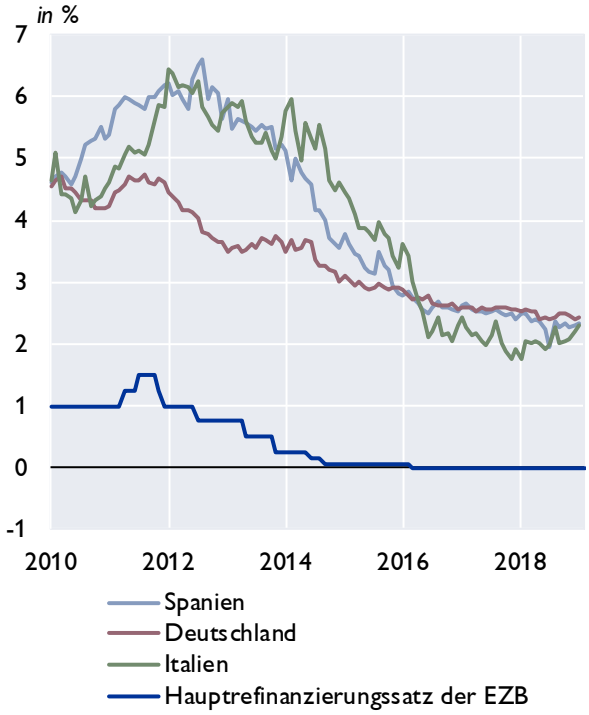
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



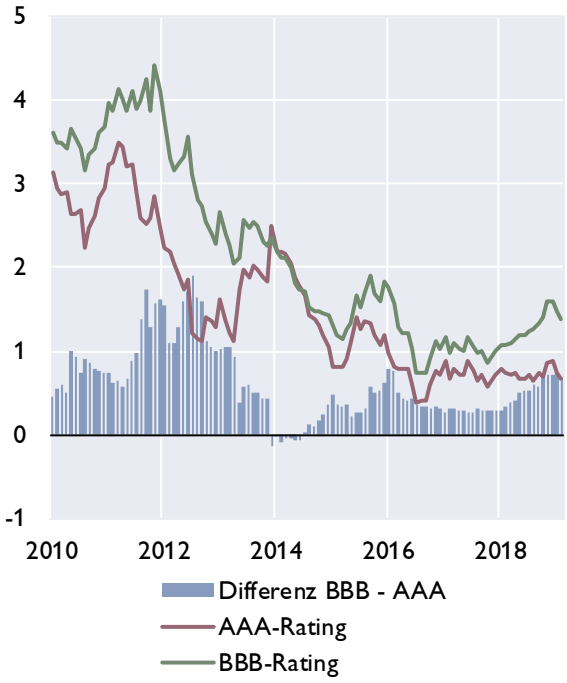
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht- finanzieller Unternehmen

in %

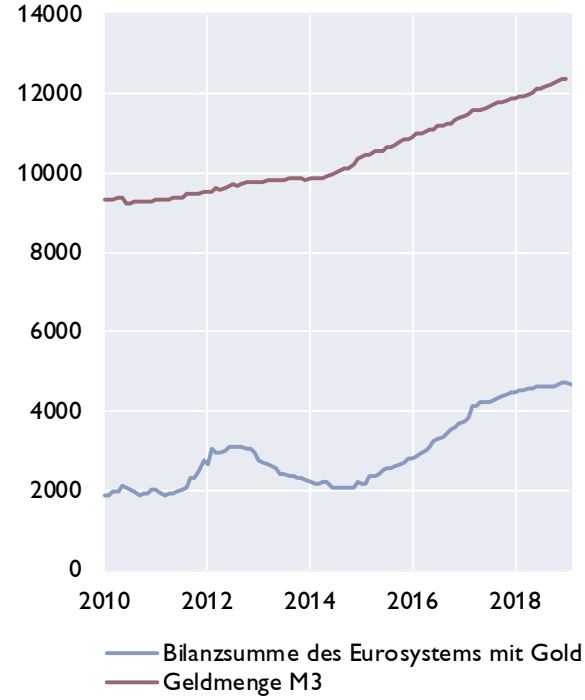


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

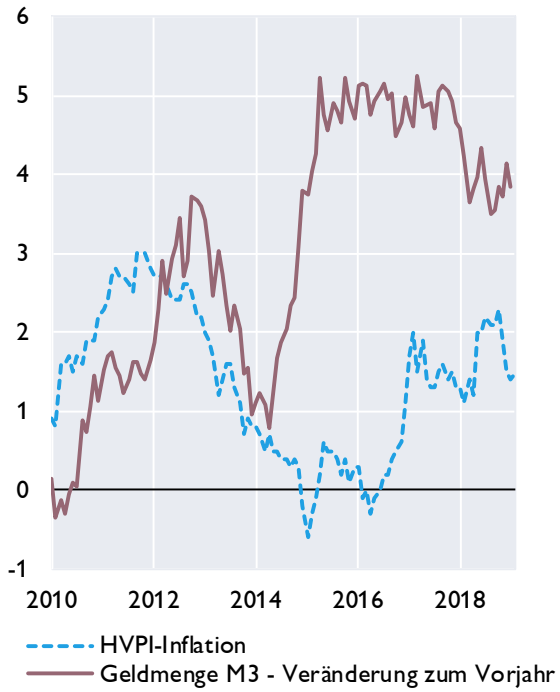
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



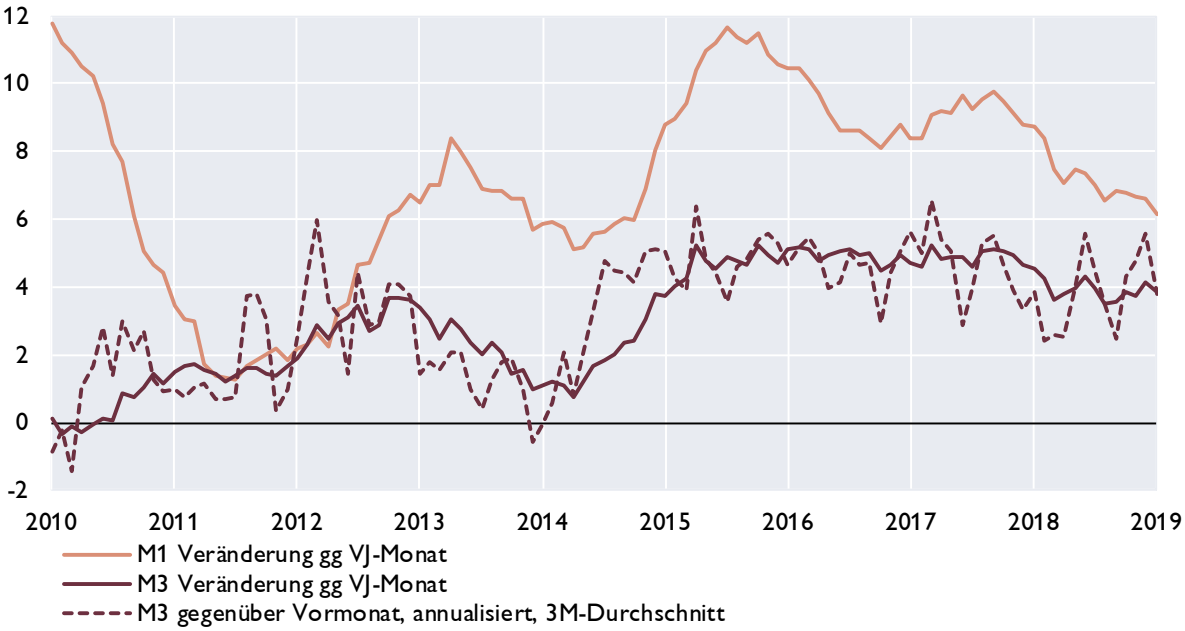
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

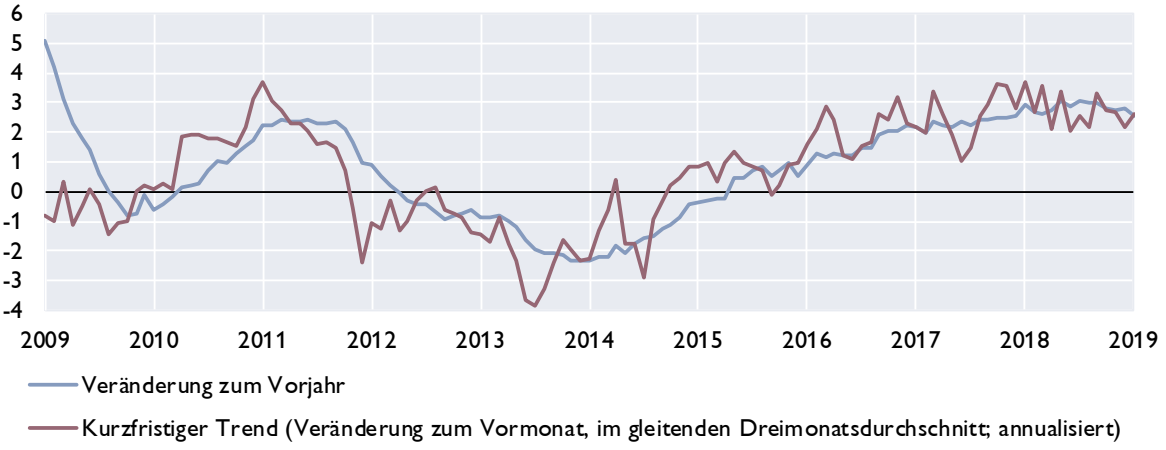
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2017	2018	Aug.18	Sep.18	Okt.18	Nov.18	Dez.18	Jän.19
Aktiva	Kredite	3,8	2,6	3,1	3,0	2,9	2,7	2,6	2,5
	Kredite an öffentliche Haushalte	6,6	2,0	3,3	3,1	2,7	2,1	2,0	2,4
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	2,8	2,9	3,0	3,0	3,0	2,9	2,9	2,5
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1]	*2,6*	*2,8*	*3,0*	*3,0*	*2,8*	*2,8*	*2,8*	*2,5*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	3,9	3,6	3,3	3,4	2,8	3,5	3,6	4,1
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb	7,1	2,8	6,1	5,0	2,7	2,3	2,8	2,3
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	−1,1	0,7	−0,7	0,0	0,6	0,5	0,7	0,8

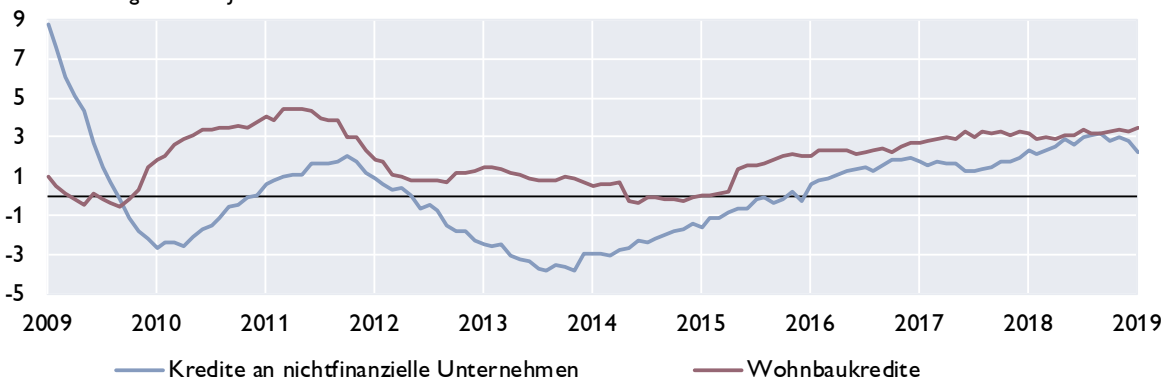
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



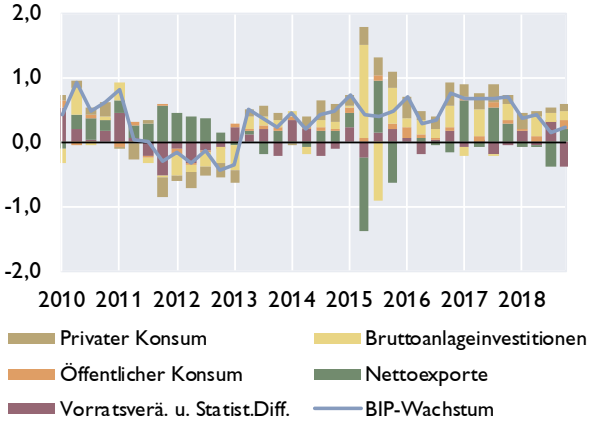
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

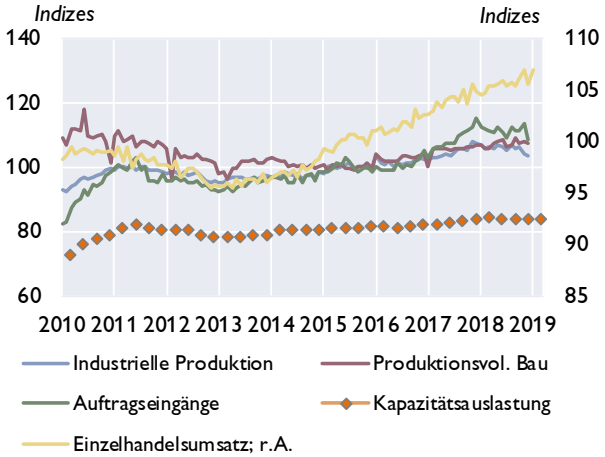
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

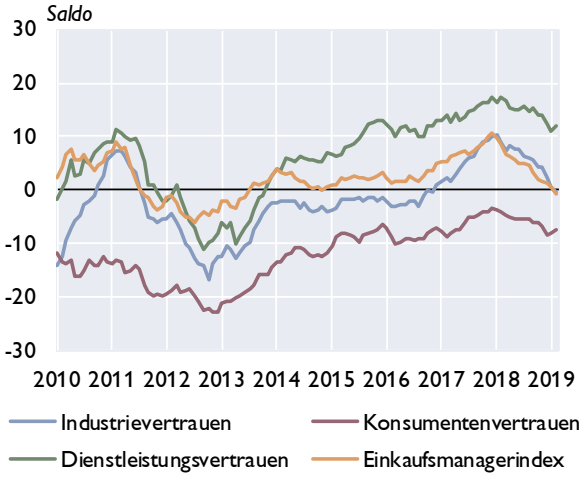
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



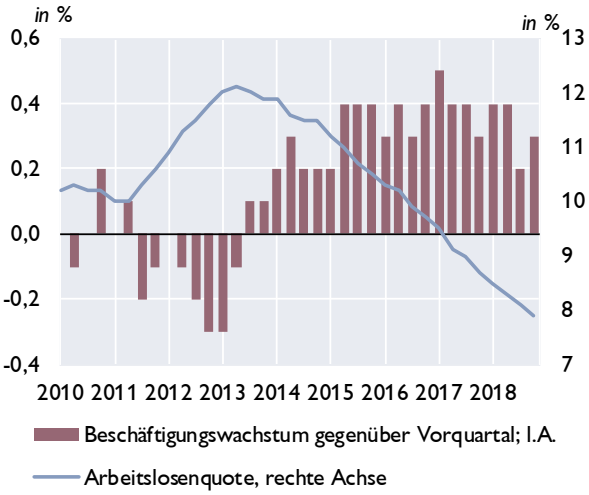
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2016	2017	2018	4Q17	1Q18	2Q18	3Q18	4Q18
Leistungsbilanz	346,6	363,7	341,6	122,8	80,5	82,1	90,4	88,6
Güter	370,2	339,5	288,8	97,0	73,3	85,2	67,4	62,9
Dienstleistungen	44,2	102,5	121,3	26,2	23,2	32,0	38,3	27,8
Einkommen	69,8	63,3	76,0	31,0	27,1	−6,8	19,7	36,1
Laufende Transfers	−137,6	−141,7	−144,5	−31,4	−43,1	−28,2	−35,0	−38,3
Vermögensübertragungen	3,1	−21,3	14,2	1,7	2,6	1,7	2,3	7,5
Kapitalbilanz	344,8	419,1	395,0	130,0	121,3	62,6	92,8	118,2
Direktinvestitionen	177,3	124,5	299,6	8,2	140,5	27,5	20,2	111,5
Portfolioinvestitionen	478,5	266,4	68,5	55,6	−4,2	39,5	34,8	−1,6
Finanzderivate	18,4	17,1	92,4	4,5	3,1	38,0	33,3	17,9
Sonstige Investiitionen	−344,9	12,5	−90,3	59,8	−29,5	−48,9	3,3	−15,2
Währungsreserven	15,5	−1,4	24,8	1,9	11,4	6,6	1,2	5,7
Statistische Differenz	−5,0	76,8	39,2	5,6	38,2	−21,2	0,1	22,1
Leistungsbilanz in % des BIP[1)]	3,5	4,0	..	3,5	3,7	3,3	2,6	..

1) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

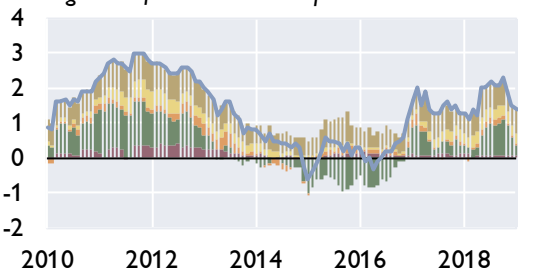
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2018	2017	2018	Nov.18	Dez.18	Jän.19	Feb.19
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	1,8	1,9	1,5	1,4	1,5*)
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,5	1,7	1,7	1,3	1,2	1,3	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	2,1	4,1	4,2	3,8	3,7	..
Bekleidung und Schuhe	5,9	0,5	0,1	0,4	0,4	1,2	..
Wohnung, Wasser, Energie	15,7	1,9	2,4	3,5	2,9	2,6	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,2	0,0	0,4	0,5	0,4	0,4	..
Gesundheitspflege	4,8	1,0	0,8	0,9	0,8	1,0	..
Verkehr	15,4	3,2	3,3	4,0	2,2	0,8	..
Nachrichtenübermittlung	3,2	−1,5	−1,1	−1,9	−1,8	−2,0	..
Freizeit und Kultur	9,2	1,1	1,0	−0,1	0,3	1,1	..
Bildungswesen	1,0	−0,1	−1,8	−0,1	−0,1	0,0	..
Hotels, Cafes und Restaurants	9,8	2,2	2,0	2,1	1,9	1,9	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,2	0,7	1,4	1,7	1,7	1,6	..

Sondergruppen des HVPI

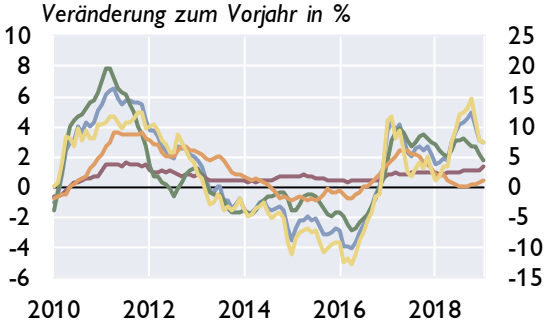
Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Dienstleistungen
Bearb. Lebensmittel einschl. Alkohol u. Tabak
Unbearbeitete Lebensmittel
Energie
Industrielle nichtenergetische Güter
Gesamt (Inflationsrate)

Erzeugerpreise

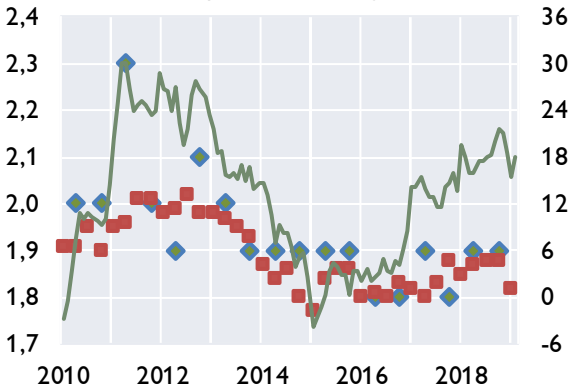
Veränderung zum Vorjahr in %



Industrie ges. ohne Baugewerbe; I.A.
Investitionsgüter; I.A.
Vorleistungsgüter; I.A.
Ge- und Verbrauchsgüter; I.A.
Energie; r.A.

Umfragebasierte Inflationserwartungen

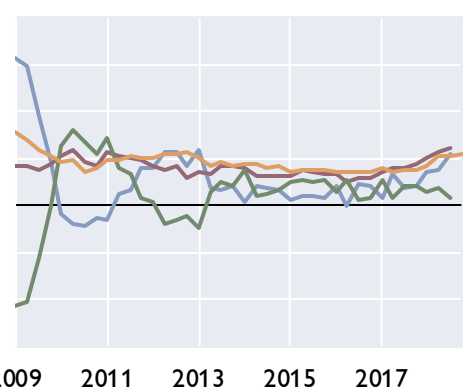
in Saldo aus positiven und negativen Antworten



Inflationserwartungen (5 Jahre; CF); I.A.
Inflationserwartung (5 Jahre; EZB); I.A.
Konsumenteneinschätzung (12 Mon.; EK.); r.A.

Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %



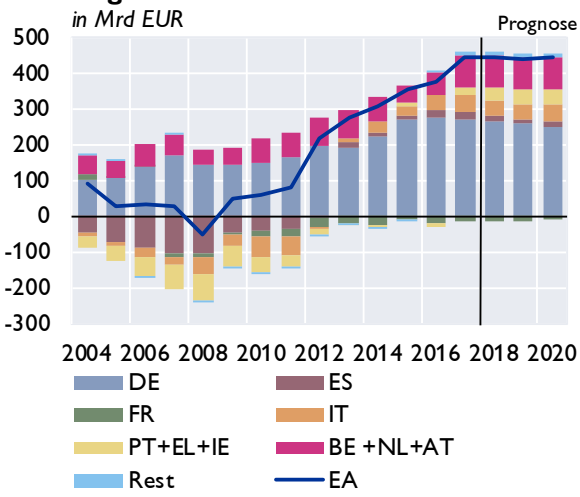
Lohnstückkosten
Arbeitnehmerentgelt
Arbeitsproduktivität

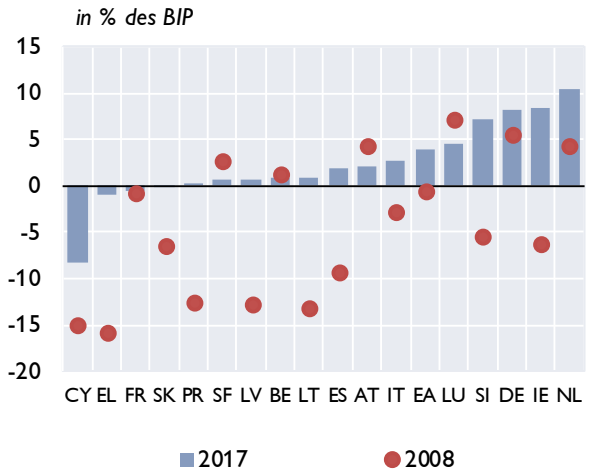
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

*) Schnellschätzung.

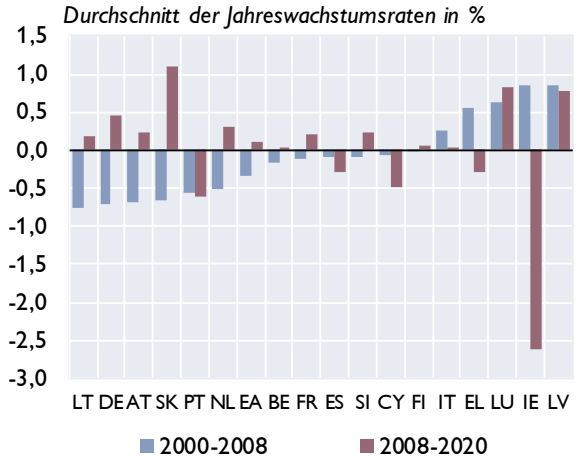
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden [1)]

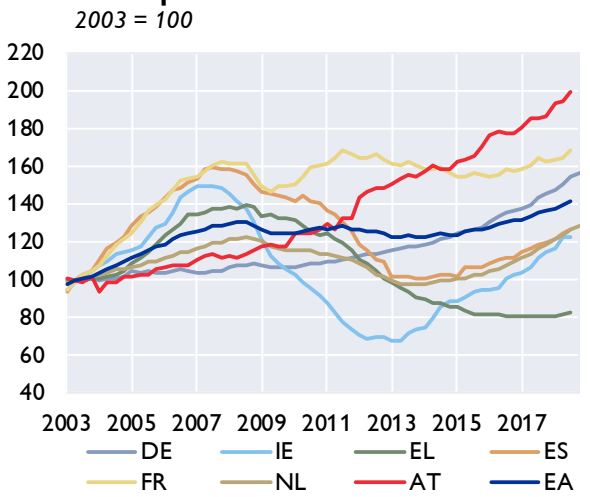




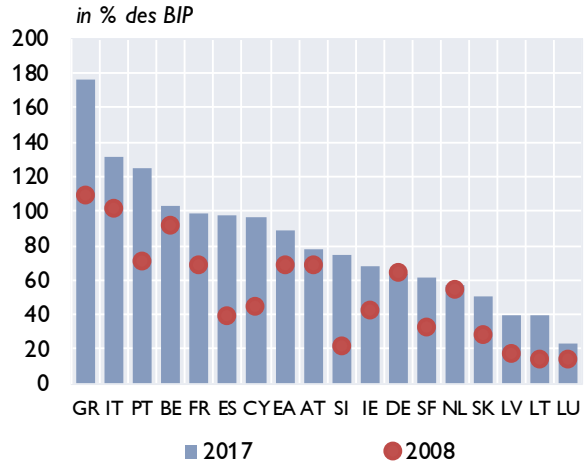
Lohnstückkosten [1)]



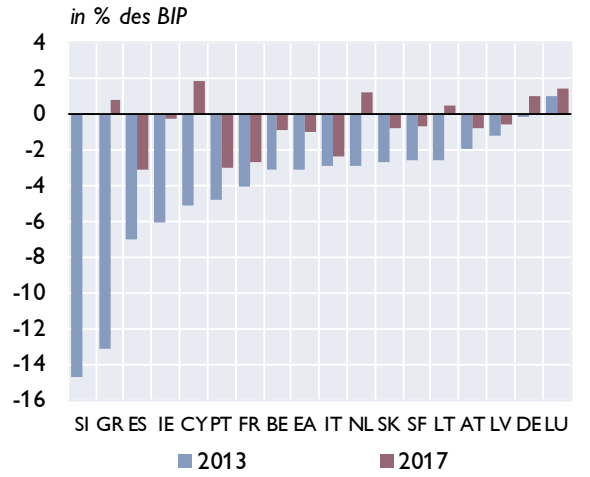
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



Quelle: EZB, Europäische Kommission.

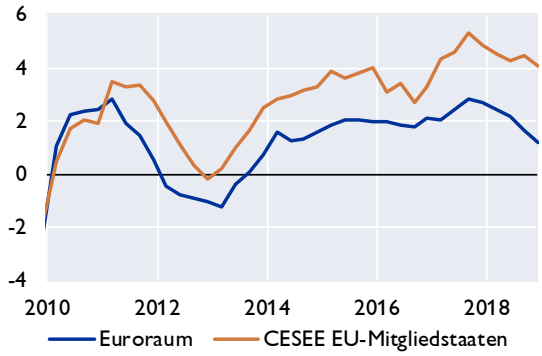
1) Prognose: EK-Prognose Nov. 2018.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

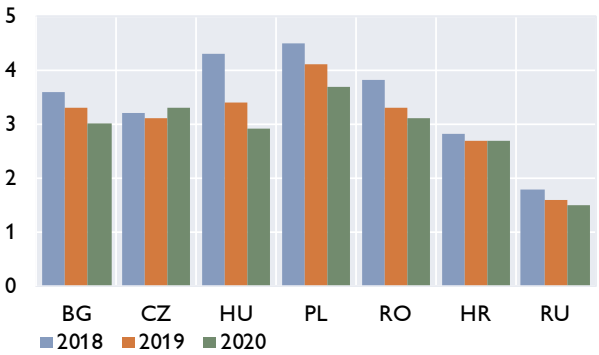
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



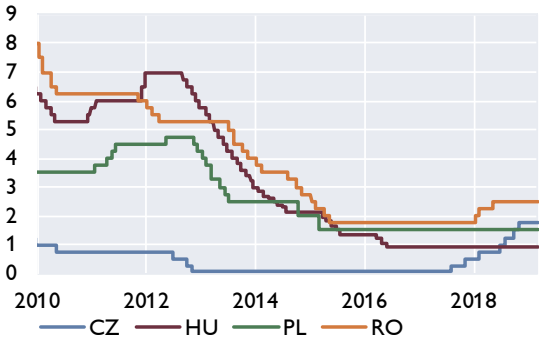
OeNB-BOFIT[1)] Prognose Oktober 2018

reales BIP-Wachstum in %



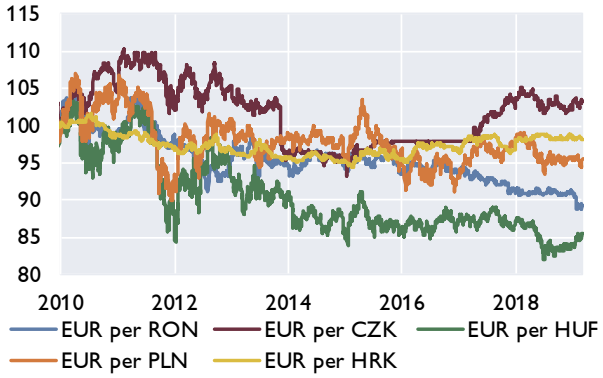
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2010=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiiw	
	Oktober 2018		Februar 2019		Oktober 2018		November 2018	
	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019
Bulgarien	3,6	3,3	3,2	3,6	3,6	3,1	3,3	3,2
Estland	x	x	3,5	2,7	3,7	3,2	3,5	3,1
Kroatien	2,8	2,7	2,8	2,7	2,8	2,6	2,5	2,6
Lettland	x	x	4,7	3,1	3,7	3,3	4,1	3,3
Litauen	x	x	3,6	2,7	3,5	2,9	3,5	3,0
Polen	4,5	4,1	5,1	3,5	4,4	3,5	5,0	3,5
Rumänien	3,8	3,3	4,0	3,8	4,0	3,4	3,8	3,6
Russland	1,8	1,6	x	x	1,7	1,8	1,7	1,6
Slowakei	x	x	4,2	4,1	3,9	4,1	3,8	4,1
Slowenien	x	x	4,4	3,1	4,5	3,4	4,5	3,6
Tschechische Republik	3,2	3,1	2,9	2,9	3,1	3,0	3,3	3,2
Ungarn	4,3	3,4	4,8	3,4	4,0	3,3	4,3	3,0

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

		Prognose[1)]						
	2018	2019	2020	4Q17	1Q18	2Q18	3Q18	4Q18
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,4	1,3	1,2	1,9	1,5	1,4	1,6	1,2
Deutschland	1,4	1,1	1,7	2,8	2,1	2,0	1,2	0,6
Estland	3,9	2,7	2,4	4,9	3,4	4,0	3,9	4,3
Irland	..	4,1	3,7	5,4	10,0	8,7	5,0	..
Griechenland	..	2,2	2,3	2,1	2,5	1,7	2,2	..
Spanien	2,5	2,1	1,9	3,1	2,8	2,5	2,4	2,4
Frankreich	1,5	1,3	1,5	2,8	2,2	1,7	1,3	0,9
Italien	0,9	0,2	0,8	1,7	1,4	1,1	0,6	0,0
Zypern	..	3,3	2,7	3,5	4,1	4,0	3,7	..
Lettland	4,8	3,1	2,6	4,8	4,8	4,6	5,2	5,6
Litauen	3,4	2,7	2,4	3,7	3,5	3,7	3,0	3,6
Luxemburg	..	2,5	2,6	2,8	3,4	3,3	3,1	..
Malta	..	5,2	4,6	5,0	4,6	6,2	7,9	..
Niederlande	2,5	1,7	1,7	3,1	3,1	2,9	2,3	1,8
Österreich	2,7	1,6	1,6	2,9	3,2	3,2	2,8	2,1
Portugal	2,1	1,7	1,7	2,5	2,2	2,5	2,1	1,7
Slowenien	4,5	3,1	2,8	6,3	5,2	4,6	5,1	3,6
Slowakische Republik	4,1	4,1	3,5	3,7	3,9	4,2	4,3	4,0
Finnland	..	1,9	1,7	2,5	2,2	2,1	2,1	2,2
Euroraum	1,8	1,3	1,6	2,7	2,4	2,1	1,6	1,1
Bulgarien	..	3,6	3,6	3,5	3,5	3,4	3,1	..
Tschechische Republik	3,0	2,9	2,7	5,0	4,2	2,4	2,5	2,8
Dänemark	1,2	1,6	1,3	1,0	−0,6	0,9	2,4	2,2
Kroatien	2,6	2,7	2,6	2,4	2,6	2,8	2,7	2,4
Ungarn	4,9	3,4	2,6	5,0	4,9	4,8	5,3	4,9
Polen	..	3,5	3,2	4,6	5,0	5,1	5,6	4,6
Rumänien	4,1	3,8	3,6	6,8	4,4	4,3	3,9	4,0
Schweden	2,3	1,3	1,7	2,7	3,3	2,5	1,6	2,4
Vereinigtes Königreich	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	1,4	1,6	1,3
EU	1,9	1,5	1,7	2,7	2,4	2,2	1,8	1,4
Türkei	..	−1,5	3,0	7,3	7,2	5,3	1,6	..
USA	2,9	2,6	1,9	2,3	2,2	4,2	3,4	2,6
Japan	0,7	1,0	0,5	2,4	1,3	1,4	0,1	−0,0
Schweiz	2,5	2,3	2,0	2,7	3,2	3,2	2,1	1,5
Russland	..	1,6	1,8	0,9	1,3	1,9	1,5	..
Brasilien	1,1	1,9	2,3	2,2	1,2	0,9	1,3	1,1
China	6,8	6,2	5,9	6,7	6,8	6,7	6,5	6,4
Indien	6,2	7,5	7,5	7,7	8,1	8,0	7,0	6,6

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond. 80

1) EK-Prognose November 2018 und Interimsprognose Februar 2019 (ausschließlich EA und EU Länder).

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

	2018	Prognose [2)] 2019	2020	Okt.18	Nov.18	Dez.18	Jän.19	Feb.19
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	2,3	1,9	1,7	3,2	2,9	2,2	1,8	..
Deutschland	1,9	1,4	1,5	2,6	2,2	1,7	1,7	1,7
Estland	3,4	2,8	2,3	4,5	3,2	3,3	2,8	..
Irland	0,7	0,9	1,4	1,1	0,8	0,8	0,8	..
Griechenland	0,8	0,7	1,3	1,8	1,1	0,6	0,5	0,9
Spanien	1,7	1,2	1,5	2,3	1,7	1,2	1,0	1,1
Frankreich	2,1	1,4	1,7	2,5	2,2	1,9	1,4	1,5
Italien	1,2	1,0	1,3	1,7	1,6	1,2	0,9	1,2
Zypern	0,8	0,7	1,2	1,9	1,6	1,0	2,1	0,8
Lettland	2,6	2,7	2,1	3,2	2,9	2,5	2,9	2,8
Litauen	2,5	2,2	2,1	2,8	2,4	1,8	1,6	2,0
Luxemburg	2,0	1,6	1,8	2,8	2,6	1,9	1,6	2,1
Malta	1,7	1,8	1,9	2,1	1,4	1,2	1,0	1,1
Niederlande	1,6	2,4	1,7	1,9	1,8	1,8	2,0	..
Österreich	2,1	2,0	2,0	2,4	2,3	1,7	1,7	..
Portugal	1,2	1,3	1,6	0,8	0,9	0,6	0,6	0,9
Slowenien	1,9	1,9	2,1	2,3	2,1	1,4	1,2	1,3
Slowakische Republik	2,5	2,5	2,4	2,5	2,0	1,9	2,2	2,2
Finnland	1,2	1,4	1,8	1,7	1,4	1,3	1,2	1,2
Euroraum	1,8	1,4	1,5	2,3	1,9	1,5	1,4	1,5*)
Bulgarien	2,6	2,0	1,8	3,6	3,0	2,3	2,2	..
Tschechische Republik	2,0	2,1	1,9	2,0	1,6	1,6	2,0	..
Dänemark	0,7	1,2	1,7	0,7	0,7	0,7	1,2	..
Kroatien	1,6	1,4	1,4	1,7	1,3	1,0	0,6	..
Ungarn	2,9	2,8	3,0	3,9	3,2	2,8	2,8	..
Polen	1,2	2,3	2,7	1,5	1,1	0,9	0,7	..
Rumänien	4,1	3,3	3,1	4,2	3,2	3,0	3,2	..
Schweden	2,0	1,7	1,6	2,4	2,1	2,2	2,0	..
Vereinigtes Königreich	2,5	1,8	2,0	2,4	2,3	2,1	1,8	..
EU	1,9	1,6	1,8	2,3	2,0	1,6	1,5	..
Türkei	16,3	15,4	12,4	25,2	21,6	20,3	20,4	..
USA	2,4	2,4	2,2	2,5	2,2	1,9	1,5	..
Japan	1,0	1,0	1,3	1,4	0,8	0,3	0,2	..
Schweiz	0,9	0,7	0,7	1,1	1,0	0,8	0,7	..
Russland	2,9	5,0	4,0	3,6	3,8	4,2	5,0	..
Brasilien	3,7	4,2	4,1	4,6	4,0	3,7	3,8	..
China[3)]	2,1	2,2	2,3	2,5	2,2	1,9	1,7	..
Indien	4,9	4,9	4,6	5,2	4,9	5,2	6,6	..

*Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter. *) Schnellschätzung.*

1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

2) EK-Prognose Nov. 2018 und Interimsprognose Feb. 2019 (ausschließlich EA und EU Länder); Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose Okt. 2018.

3) China: GDP-Deflator.

Arbeitslosenquoten[1)]

	2018	Prognose [2)] 2019	2020	Sep.18	Okt.18	Nov.18	Dez.18	Jän.19
	in %							
Belgien	5,9	6,1	5,9	5,5	5,5	5,5	5,5	5,6
Deutschland	3,4	3,2	3,0	3,4	3,3	3,3	3,3	3,2
Estland	6,4	6,0	6,0	5,7	5,2	4,6	4,2	..
Irland	5,7	5,1	4,9	5,6	5,5	5,4	5,3	5,3
Griechenland	..	18,2	16,9	18,7	18,7	18,5	..	..
Spanien	15,3	14,4	13,3	14,8	14,7	14,5	14,3	14,1
Frankreich	9,1	8,8	8,4	9,0	9,0	8,9	8,9	8,8
Italien	10,6	10,4	10,0	10,4	10,7	10,6	10,4	10,5
Zypern	8,4	6,3	4,8	8,0	7,8	7,9	7,7	7,4
Lettland	7,4	6,7	6,5	6,9	6,9	6,9	7,1	7,3
Litauen	6,3	6,3	6,3	6,6	6,1	6,0	5,9	6,2
Luxemburg	5,3	5,2	5,2	5,2	5,1	5,0	4,9	4,9
Malta	3,8	4,0	4,0	3,6	3,6	3,8	3,8	3,8
Niederlande	3,8	3,6	3,6	3,7	3,7	3,5	3,6	3,6
Österreich	4,9	4,6	4,4	4,9	4,8	4,6	4,6	4,8
Portugal	7,0	6,3	5,9	6,6	6,6	6,7	6,6	6,7
Slowenien	5,4	5,3	5,1	5,2	5,3	5,3	5,2	5,2
Slowakische Republik	6,6	6,3	6,0	6,3	6,3	6,2	6,2	6,2
Finnland	7,4	7,2	6,9	7,1	7,0	6,9	6,7	6,7
Euroraum	8,2	7,9	7,5	8,0	8,0	7,9	7,8	7,8
Bulgarien	5,2	5,8	5,7	5,1	5,0	4,9	4,8	4,8
Tschechische Republik	2,2	2,5	2,6	2,2	2,1	2,0	2,2	2,1
Dänemark	5,0	4,9	4,7	4,9	4,8	5,1	4,9	5,0
Kroatien	8,5	7,6	6,6	8,1	8,0	7,8	7,7	7,6
Ungarn	3,7	3,3	3,2	3,7	3,7	3,7	3,6	..
Polen	3,9	2,9	2,8	3,8	3,8	3,8	3,7	3,7
Rumänien	4,2	4,2	4,1	3,9	4,1	4,1	4,0	3,9
Schweden	6,3	6,2	6,2	6,5	6,0	6,2	6,4	6,0
Vereinigtes Königreich	..	4,5	4,7	4,1	4,0	4,0	..	..
EU	7,0	6,6	6,3	6,7	6,7	6,6	6,6	6,5
Türkei	..	12,8	12,7	11,4	11,6	12,0	..	..
USA	3,9	3,5	3,5	3,7	3,8	3,7	3,9	4,0
Japan	2,4	2,6	2,5	2,4	2,4	2,5	2,4	2,5
Schweiz	2,6	4,2	4,1	2,5	2,5	2,5	2,4	2,4
Russland	4,8	4,9	4,6	4,5	4,7	4,8	4,8	4,9
Brasilien	12,3	10,7	10,2	11,9	11,7	11,6	11,6	12,0
China	3,8	4,0	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8	0,0
Indien	6,0	x	x	6,5	6,8	6,7	7,0	7,1

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

2) EK-Prognose November 2018; BR, CN: IWF-Prognose Oktober 2018.

Leistungsbilanzsalden

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
						Prognose[1)]		
	in % des BIP							
Belgien	1,2	−0,3	−0,8	−0,4	0,9	1,2	1,1	1,1
Deutschland	6,7	7,6	8,9	8,7	8,2	7,8	7,3	6,9
Estland	0,5	0,8	1,9	1,8	3,3	3,5	3,3	3,2
Irland	1,6	1,1	4,4	−4,2	8,5	11,7	11,6	11,4
Griechenland	−2,3	−2,1	0,1	−0,6	−1,0	−0,2	−0,2	0,3
Spanien	1,5	1,0	1,1	2,2	1,9	1,2	1,0	1,1
Frankreich	−1,0	−1,2	−0,5	−0,8	−0,6	−0,6	−0,7	−0,5
Italien	1,0	1,9	1,4	2,5	2,7	2,6	2,5	2,5
Zypern	−5,3	−4,7	−2,0	−5,1	−8,4	−8,2	−9,3	−9,5
Lettland	−2,5	−1,7	−0,5	1,4	0,7	−0,0	−0,4	−0,4
Litauen	1,4	4,0	−2,0	−0,7	0,9	−0,8	−0,8	−0,6
Luxemburg	−1,3	−1,0	1,9	2,0	4,4	4,2	3,8	3,3
Malta	2,7	8,8	4,5	7,0	13,8	12,3	11,2	10,6
Niederlande	10,1	9,5	6,3	8,1	10,5	10,1	9,5	9,1
Österreich	1,9	2,5	1,9	2,6	2,1	2,0	2,2	2,4
Portugal	0,7	−0,3	−0,9	0,1	0,2	0,0	−0,1	−0,1
Slowenien	3,2	5,8	4,5	5,5	7,1	7,5	7,2	6,7
Slowakische Republik	1,5	1,0	−2,3	−1,2	−0,2	0,0	1,3	2,1
Finnland	−1,9	−1,3	−0,8	−0,7	0,6	0,7	1,1	1,6
Euroraum	2,8	3,0	3,4	3,5	4,0	3,8	3,7	3,6
Bulgarien	2,0	0,2	0,6	5,3	8,2	5,9	4,6	5,1
Tschechische Republik	−1,1	−1,2	−1,5	0,1	0,3	−0,5	−0,5	−0,1
Dänemark	7,8	8,9	8,8	7,3	7,8	6,1	6,3	6,1
Kroatien	0,0	2,0	4,6	2,5	4,1	2,5	2,0	1,8
Ungarn	3,8	1,5	2,7	6,2	3,0	1,2	−0,0	0,3
Polen	−0,5	−1,4	0,2	0,2	0,2	−0,6	−0,9	−1,3
Rumänien	−0,6	−0,1	−0,8	−1,7	−3,1	−3,7	−4,2	−4,5
Schweden	5,1	4,7	4,6	4,2	3,6	3,2	3,0	2,9
Vereinigtes Königreich	−5,2	−4,9	−4,9	−5,2	−3,7	−3,3	−3,2	−3,0
EU	1,3	1,7	1,8	2,0	2,6	2,5	2,3	2,3
Türkei	−6,7	−4,7	−3,7	−3,8	−5,6	−6,8	−2,9	−3,4
USA	−2,1	−2,1	−2,2	−2,3	−2,3	−2,4	−2,6	−2,8
Japan	0,9	0,8	3,1	3,8	4,2	4,7	4,7	4,7
Schweiz	11,6	8,8	11,2	9,4	9,2	10,4	11,0	11,4
Russland	1,4	2,6	4,9	2,0	2,2	5,6	5,2	4,9
Brasilien	−3,0	−4,2	−3,3	−1,3	−0,5	−1,3	−1,6	−1,7
China	1,5	2,2	2,7	1,8	1,4	0,2	−0,2	−0,4
Indien	−1,7	−1,3	−1,1	−0,6	−1,9	−3,0	−2,5	−2,4

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

1) EK-Prognose November 2018; BR, IN: IWF-Prognose Oktober 2018.

Fiskaldaten

	Budgetsalden				Staatsschulden			
		Prognose[1)]				Prognose[1)]		
	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
	in % des BIP							
Belgien	−0,9	−1,0	−1,1	−1,3	103,4	101,4	99,8	98,7
Deutschland	1,0	1,6	1,2	1,1	63,9	60,1	56,7	53,7
Estland	−0,4	0,5	0,5	0,2	8,7	8,0	7,6	7,5
Irland	−0,3	−0,1	−0,1	0,2	68,4	63,9	61,1	56,0
Griechenland	0,8	0,7	0,7	0,6	176,1	182,5	174,9	167,4
Spanien	−3,1	−2,7	−2,1	−2,0	98,1	96,9	96,2	95,4
Frankreich	−2,7	−2,6	−2,8	−1,7	98,5	98,7	98,5	97,3
Italien	−2,4	−1,9	−2,9	−3,1	131,2	131,1	131,0	131,1
Zypern	1,8	2,8	3,0	2,9	96,1	105,0	98,4	91,1
Lettland	−0,6	−0,9	−1,0	−0,7	40,0	37,1	35,5	35,7
Litauen	0,5	0,6	0,4	0,1	39,4	34,8	37,9	37,6
Luxemburg	1,4	1,3	1,2	0,9	23,0	21,4	20,8	20,6
Malta	3,5	1,3	1,2	0,7	50,9	47,9	44,8	42,1
Niederlande	1,2	1,1	1,1	1,0	57,0	53,2	49,6	46,9
Österreich	−0,8	−0,3	0,0	0,1	78,3	74,5	71,0	67,8
Portugal	−3,0	−0,7	−0,6	−0,2	124,8	121,5	119,2	116,8
Slowenien	0,1	0,5	0,4	0,2	74,1	70,2	66,3	62,6
Slowakische Republik	−0,8	−0,6	−0,3	−0,1	51,0	48,8	46,4	44,2
Finnland	−0,7	−0,8	−0,2	−0,1	61,3	59,8	58,5	57,5
Euroraum	−1,0	−0,6	−0,8	−0,7	88,9	86,9	84,9	82,8
Bulgarien	1,1	0,8	0,6	0,6	25,6	23,3	21,3	19,5
Tschechische Republik	1,6	1,4	0,8	0,7	34,7	33,2	32,1	31,2
Dänemark	1,1	0,2	−0,1	0,6	36,1	33,3	32,2	30,5
Kroatien	0,9	0,2	0,4	0,1	77,5	73,5	70,1	68,2
Ungarn	−2,2	−2,4	−1,9	−1,8	73,3	72,9	70,3	68,6
Polen	−1,4	−0,9	−0,9	−1,0	50,6	49,2	48,3	47,4
Rumänien	−2,9	−3,3	−3,4	−4,7	35,1	35,1	36,0	38,2
Schweden	1,6	1,1	1,0	0,8	40,8	37,9	35,5	33,5
Vereinigtes Königreich	−1,8	−1,3	−1,1	−1,0	87,4	86,0	84,5	82,6
EU	−1,0	−0,7	−0,8	−0,7	83,2	81,4	79,5	77,6
Türkei	−2,3	−2,5	−1,9	−2,2	28,3	31,2	31,9	30,5
USA	−4,0	−5,8	−6,0	−6,0	105,2	105,8	107,3	109,6
Japan	−3,7	−3,3	−3,1	−2,8	235,9	236,2	235,2	234,5
Schweiz	1,3	0,3	0,2	0,0	33,4	32,0	30,9	30,2
Russland	−1,5	1,8	1,7	1,5	15,3	14,3	14,4	15,0
Brasilien	−7,8	−8,6	−8,0	−7,8	84,0	88,4	90,5	92,9
China	−3,9	−4,1	−4,4	−4,3	47,0	50,1	53,9	57,1
Indien	−7,2	−6,6	−6,5	−6,3	71,2	69,6	68,1	66,5

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose November 2018; BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2018.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB				WIFO			IHS			OECD			IWF		EU-Kommission		
	Dezember 2018				Dezember 2018			Dezember 2018			November 2018			Oktober 2018		Nov. 2018/Feb. 2019		
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2018	2019	2020
	Veränderung zum Vorjahr in %																	
BIP, real[1)]	2,7	2,0	1,9	1,7	2,7	2,0	1,8	2,7	1,7	1,6	2,6	1,9	1,9	2,8	2,2	2,7	1,6	1,6
Privater Konsum, real	1,7	1,7	1,6	1,3	1,7	1,7	1,8	1,8	1,5	1,4	1,8	1,6	1,5	×	×	1,8	1,6	1,5
Öffentlicher Konsum, real	1,8	1,5	1,2	1,3	0,8	0,8	0,8	0,9	1,0	1,0	0,9	0,6	0,5	×	×	1,2	0,8	0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,5	2,6	2,2	1,7	3,5	2,6	2,0	3,4	1,9	1,6	3,4	2,0	2,0	×	×	3,4	2,5	2,1
Exporte, real	4,2	3,8	4,0	3,7	4,7	3,9	3,8	4,4	3,7	3,2	3,9	3,2	3,2	4,1	3,4	4,6	3,7	3,0
Importe, real	2,7	3,6	3,8	3,4	3,0	3,4	3,2	3,0	3,4	3,0	2,3	2,1	2,4	3,4	3,7	3,4	3,3	2,6
Arbeitsproduktivität[2)]	1,0	0,9	1,0	0,9	0,9	0,8	0,6	0,2	0,5	0,8	0,9	0,8	0,8	×	×	0,9	0,9	1,0
	Veränderung zum Vorjahr in %																	
BIP Deflator	1,7	2,0	1,9	1,7	1,6	2,1	2,1	1,7	2,0	1,8	1,6	1,9	2,2	1,9	1,4	1,6	1,9	1,8
VPI	×	×	×	×	2,0	2,1	2,0	2,0	2,1	2,0	×	×	×	×	×	×	×	×
HVPI[1)]	2,1	2,1	2,0	1,9	2,1	2,1	2,0	2,1	2,1	2,0	2,1	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,0	2,0
Lohnstückkosten	1,4	1,8	1,6	1,4	1,3	2,0	1,8	2,1	2,2	1,7	×	×	×	×	×	1,6	1,7	1,4
	Veränderung zum Vorjahr in %																	
Beschäftigte	2,2	1,4	1,1	1,0	2,5	1,5	1,2	2,5	1,2	0,8	1,3	1,2	1,1	1,0	1,1	1,8	1,1	0,8
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition																	
Arbeitslosenquote	4,9	4,7	4,7	4,5	4,9	4,6	4,6	4,9	4,8	4,8	4,8	4,5	4,5	5,2	5,1	4,8	4,6	4,4
	in % des nominellen BIP																	
Leistungsbilanz	2,1	2,4	2,6	2,8	2,3	2,3	2,4	×	×	×	2,2	2,4	2,8	2,2	1,8	2,0	2,2	2,4
Finanzierungssaldo des Staates	0,0	0,1	0,4	0,5	0,0	0,4	0,5	−0,1	0,2	0,4	−0,1	0,3	0,6	−0,2	−0,2	−0,3	0,0	0,1
	Prognoseannahmen																	
Erdölpreis in USD/Barrel	71,8	67,5	66,8	65,9	72,0	60,0	60,0	72,0	68,0	68,0	74,1	80,0	80,0	69,4	68,8	75,1	80,6	76,7
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,3	−0,3	0,0	0,3	−0,3	−0,3	0,2	−0,3	−0,1	0,2	−0,3	−0,2	0,2	−0,3	−0,2	−0,3	−0,2	0,2
USD/EUR	1,18	1,14	1,14	1,14	1,18	1,15	1,17	1,18	1,16	1,18	1,18	1,14	1,14	1,19	1,17	1,18	1,15	1,15
	Veränderung zum Vorjahr in %																	
BIP, real Euroraum[1)]	1,9	1,7	1,7	1,5	2,0	1,7	1,8	1,9	1,7	1,6	1,9	1,8	1,6	2,0	1,9	1,9	1,3	1,6
BIP, real USA	2,9	2,5	2,0	1,8	2,9	2,5	1,7	2,9	2,5	1,8	2,9	2,7	2,1	2,9	2,5	2,9	2,6	1,9
BIP, real Welt[3)]	3,8	3,5	3,6	3,6	×	×	×	3,7	3,5	3,4	3,7	3,5	3,5	3,7	3,7	3,7	3,5	3,5
Welthandel	4,7	3,7	3,7	3,9	×	×	×	3,5	3,2	3,2	3,9	3,7	3,7	4,2	4,0	4,1	3,8	3,5

1) Eu-Kommission: Winterprognose 2019.

2) OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem.

3) OeNB: BIP, real Welt ohne Euroraum.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

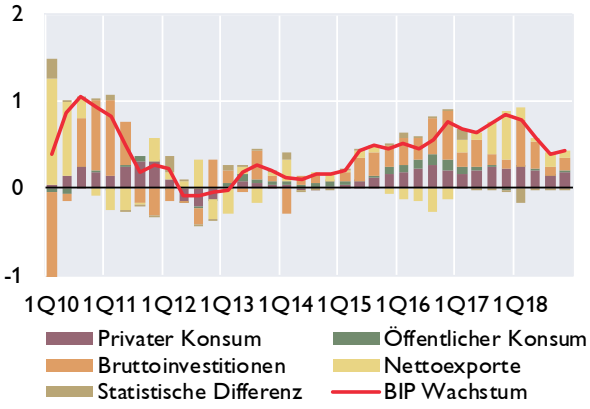
	2017	2018	2018 Q1	2018 Q2	2018 Q3	2018 Q4	2019 Q1	2018 Nov.	2018 Dez.	2019 Jän.	2019 Feb.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,2	2,1	2,0	2,1	2,2	2,1	..	2,3	1,7	1,7	..
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	2,2	1,9	2,2	1,9	1,8	1,7	..	1,8	1,5	1,6	..
Nationaler VPI	2,1	2,0	1,8	1,9	2,1	2,1	..	2,2	1,9	1,7	..
Deflator des privaten Konsums	1,4	1,7	1,8	2,1	2,2	2,0	..	×	×	×	×
BIP Deflator	1,4	1,3	1,6	1,4	1,8	1,7	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	1,9	2,4	1,3	2,3	3,4	2,6	..	2,5	1,9	1,6	..
Großhandelspreisindex	4,6	4,2	2,6	4,8	5,4	4,0	..	4,4	2,2	0,8	2,4
Tariflohnindex	1,5	2,6	2,4	2,6	2,6	2,7	..	2,7	2,7	2,8	..
BIP je Erwerbstätigen	2,0	2,1	3,4	2,4	2,7	2,6	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	1,7	0,6	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	2,3	−2,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	2,0	2,7	0,8	0,6	0,4	0,4	..	×	×	×	×
Privater Konsum	1,4	1,7	0,5	0,4	0,3	0,4	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,7	1,4	0,1	0,1	0,0	0,1	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	4,2	3,8	1,0	1,0	0,7	0,4	..	×	×	×	×
Exporte	3,0	4,6	1,0	0,7	0,8	0,7	..	×	×	×	×
Importe	4,0	4,4	0,8	0,7	0,6	0,6	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	2,0	2,6	3,6	2,7	2,2	2,4	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,9	1,4	1,5	1,5	0,5	1,1	..	×	×	×	×
Nettoexporte	−0,3	−0,1	1,7	0,3	1,6	0,5	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	0,4	1,2	0,5	0,9	0,1	0,8	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	8,2	..	5,2	6,3	6,3	..	..	1,6	..	..	..
Importe	8,8	..	2,9	8,1	5,2	..	..	6,2	..	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	12,7	11,0	7,0	2,4	2,4	..	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	8,6	8,7	5,6	0,5	1,2	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	8,8	7,2	5,3	1,0	0,9	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	2,5	2,0	5,6	1,0	0,9	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	112,5	114,0	117,4	114,4	113,1	111,1	..	111,1	108,7	106,5	106,8
Industrievertrauen (%-Saldo)	5,5	8,6	11,6	10,6	7,4	4,8	..	7,0	1,7	−0,4	−1,3
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	5,1	3,9	5,1	5,2	2,2	3,3	..	2,9	2,1	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,3	86,7	88,8	88,7	88,7	88,5	87,0	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	8,8	13,2	9,7	9,7	17,5	16,0	..	15,9	16,8	10,4	13,5
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	26,6	26,7	30,7	26,3	25,9	23,9	..	20,9	20,4	20,5	19,8
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	−1,1	0,9	2,6	0,9	0,4	-0,2	..	0,1	−0,6	−1,8	−1,6
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−5,3	−10,0	−7,1	−9,2	−12,3	-11,5	..	−13,3	−8,8	−12,6	−8,8
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	0,7	0,1	2,6	−0,4	−1,3	0,8	..	0,8	−1,1	1,6	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	1,9	2,4	2,6	2,5	2,3	2,1	..	2,1	2,2	1,9	1,9
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	−4,9	−8,2	−9,4	−9,4	−7,7	-6,1	..	−6,0	−6,1	−3,0	−5,8
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	8,5	7,7	8,8	7,2	6,9	7,9	..	7,6	8,7	9,0	8,4
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	5,5	4,8	5,0	4,7	4,9	4,7	..	4,6	4,6	4,8	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,0	8,0	5,0	5,4	6,3	7,8	..	8,6	8,0	6,4	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	7,1	7,8	7,7	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	1,9	5,1	4,2	4,2	5,1	5,1	..	4,4	5,1	3,5	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,3	−0,3	−0,3	−0,3	−0,3	-0,3	..	−0,3	−0,3	−0,3	−0,3
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,6	0,7	0,8	0,7	0,6	0,6	..	0,6	0,5	0,5	0,5
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 096	3 330	3 495	3 401	3 323	3 094	..	3 112	2 881	2 921	3 013
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	−1,2	−0,9	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	−1,6	−0,8	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	83,0	78,3	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

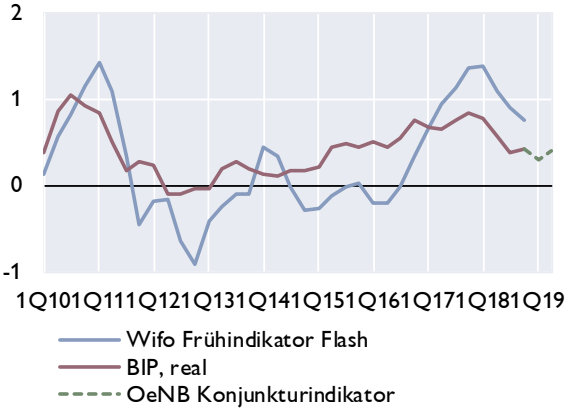
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



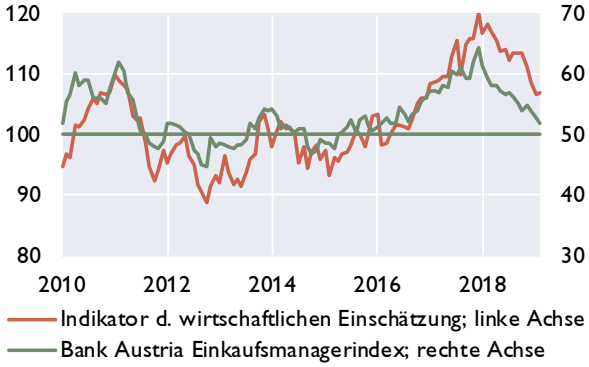
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



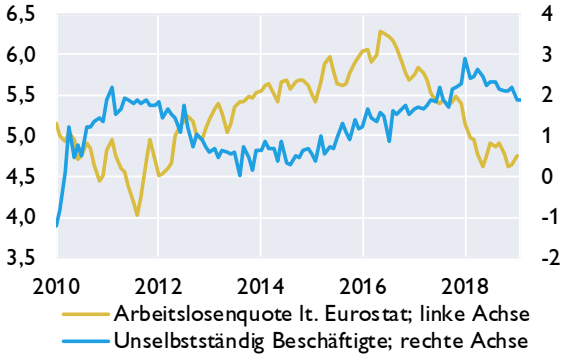
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50[1)]*



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

Salden	2015	2016	2017	3Q17	4Q17	1Q18	2Q18	3Q18
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	5,9	8,8	7,2	0,4	2,4	5,3	1,0	0,9
Güter	2,3	1,9	0,9	0,2	−0,1	1,1	1,7	1,0
Dienstleistungen	10,2	10,8	10,2	1,4	2,7	5,9	0,7	1,4
Primäreinkommen	−3,4	−0,4	−1,0	−0,6	0,4	−0,7	−0,5	−0,7
Sekundäreinkommen	−3,1	−3,4	−2,8	−0,6	−0,6	−1,0	−0,9	−0,8
Vermögensübertragungen	−1,8	−0,4	−0,3	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1	0,0
Kapitalbilanz	4,0	10,7	9,0	3,2	2,7	7,5	−0,1	−2,4
Direktinvestitionen	5,2	1,9	0,0	−2,1	1,8	−0,2	−0,5	−8,7
Portfolioinvestitionen	14,1	23,7	18,8	0,2	4,7	1,5	−0,4	0,9
Finanzderivate	−0,5	−0,4	−0,9	−0,2	0,0	−0,4	−0,4	−0,1
Sonstige Investiitionen	−14,4	−15,0	−5,9	6,7	−4,0	3,8	1,4	6,0
Währungsreserven[3)]	−0,3	0,5	−3,1	−1,3	0,3	2,9	−0,2	−0,4
Statistische Differenz	−0,1	2,2	2,0	2,9	0,4	2,4	−1,0	−3,2
Leistungsbilanz in % des BIP	1,7	2,5	2,0	0,4	2,4	5,6	1,0	0,9

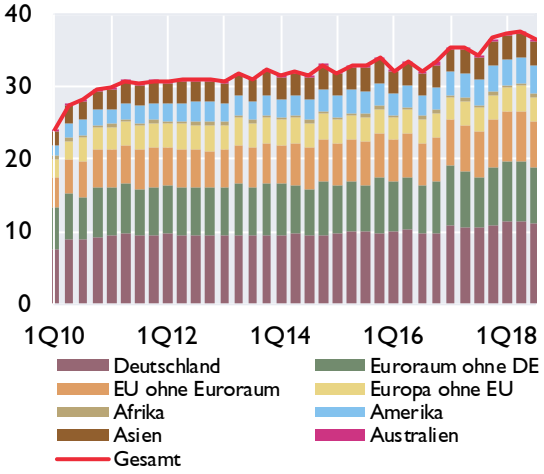
Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2015 endgültige Daten, 2016 und 2017 revidierte Daten, 2018 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			Veränderung zum Vorjahr in%	
2015	131 538	133 529	−1990,9	2,7	2,8
2016	131 125	135 667	−4541,9	−0,3	1,6
2017	141 940	147 542	−5602,5	8,2	8,8
Jän.-Nov. 17	131 195	136 013	−4818,2	8,7	9,2
Jän.-Nov. 18	139 039	144 230	−5191,1	6,0	6,0
Juni 18	13 131	13 443	−312,3	11,4	12,0
Juli 18	12 767	13 099	−331,4	11,3	9,9
Aug. 18	11 260	12 033	−773,4	4,5	3,8
Sep. 18	12 453	12 751	−298,2	3,2	2,0
Okt. 18	14 125	14 676	−550,2	10,9	11,4
Nov. 18	13 402	14 104	−702,5	1,6	6,2

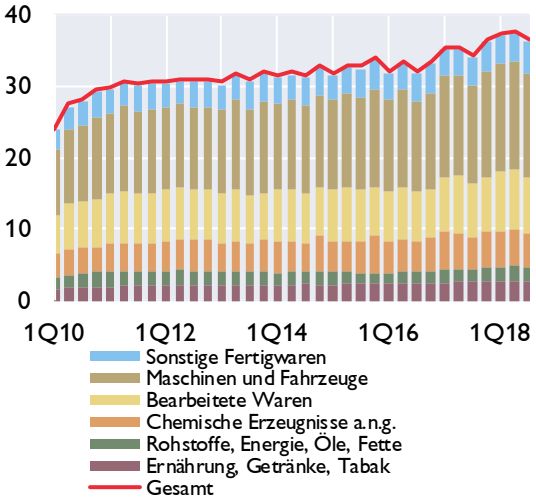
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

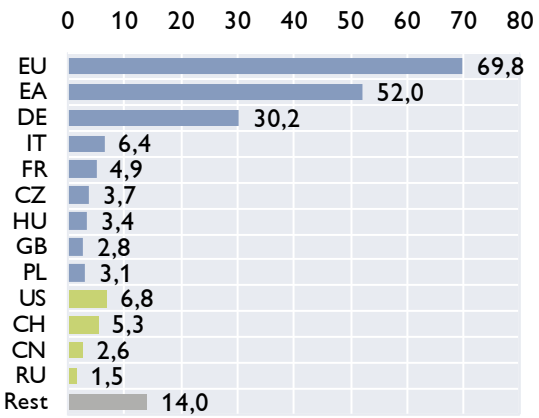
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2017

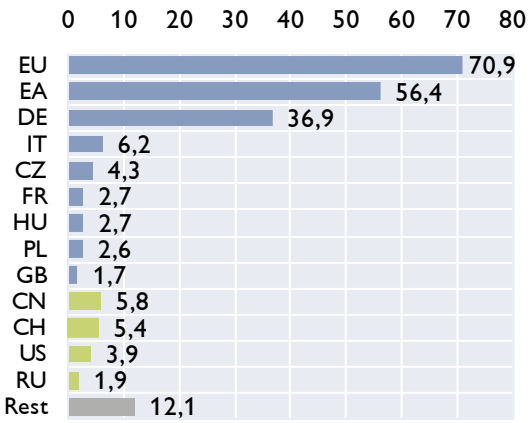
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



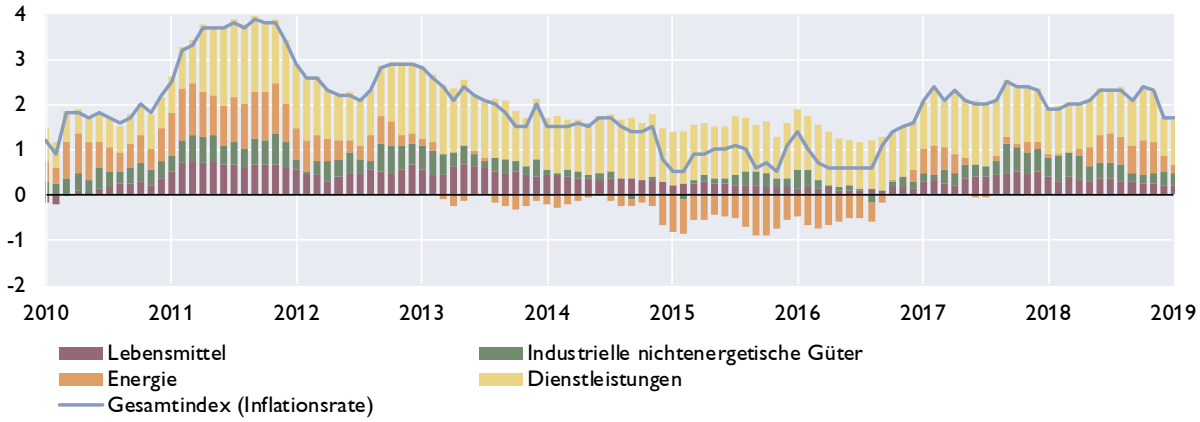
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2019	2017	2018	Sep.18	Okt.18	Nov.18	Dez.18	Jän.19
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,2	2,1	2,1	2,4	2,3	1,7	1,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,4	2,3	1,5	1,2	1,1	1,0	0,8	1,2
Alkoholische Getränke und Tabak	3,6	3,2	3,9	3,8	3,7	3,7	3,5	1,8
Bekleidung und Schuhe	7,4	1,6	0,6	−0,5	−0,4	−0,2	0,8	1,2
Wohnung, Wasser, Energie	14,5	1,6	2,5	2,5	3,3	3,2	2,6	2,6
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,1	0,7	2,3	2,4	1,9	2,1	1,7	2,1
Gesundheitspflege	5,4	1,5	2,2	2,7	2,1	2,0	1,8	1,2
Verkehr	13,8	3,7	2,9	3,8	5,5	3,9	1,4	0,6
Nachrichtenübermittlung	2,1	0,2	−2,3	−1,1	−1,4	−1,6	−1,1	−1,6
Freizeit und Kultur	10,3	2,5	1,2	0,4	0,2	1,5	0,9	1,4
Bildungswesen	1,1	1,9	2,9	3,2	3,7	3,7	3,7	3,6
Hotels, Cafes und Restaurants	15,6	2,8	3,0	3,1	3,3	2,9	2,5	2,5
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,7	1,5	2,0	2,0	2,1	2,2	2,1	1,9

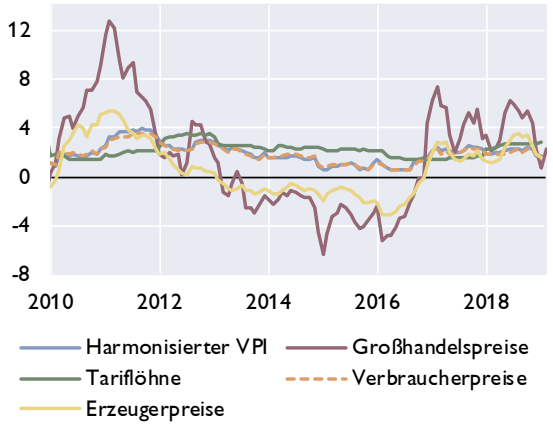
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2017	2018[1)]	2019[1)]	2020[1)]
Stundenproduktivität	0,9	0,9	0,8	0,6
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,4	2,4	2,6	2,2
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit [2)]	1,0	1,7	−0,7	0,3
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	0,6	1,3	2,0	1,8
Sachgütererzeugung	−1,2	−0,2	1,0	0,5

1) WIFO-Prognose Dezember 2018.
2) Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2016	2017	2018	4Q17	1Q18	2Q18	3Q18	4Q18
Gesamt	**140 828**	**144 500**	**149 804**	**23 195**	**49 175**	**26 580**	**49 427**	**24 622**
Inländer	38 003	38 523	39 408	7 243	9 538	8 912	13 534	7 423
Ausländer	102 825	105 977	110 396	15 951	39 637	17 668	35 893	17 199
darunter								
Deutschland	52 632	53 576	56 258	7 711	19 916	9 079	18 923	8 339
Osteuropa	10 814	11 640	12 494	2 149	5 369	1 872	2 988	2 266
Niederlande	9 506	9 765	10 031	952	5 072	842	3 045	1 071
Schweiz	5 078	5 063	4 973	977	1 568	884	1 543	978
Vereinigtes Königreich	3 703	3 740	3 801	562	1 645	694	851	611
Italien	2 874	2 897	2 863	579	457	422	1 388	596
Belgien	2 741	2 783	2 825	247	1 094	481	967	283
Frankreich	1 766	1 804	1 797	244	497	339	694	266
Dänemark	1 544	1 576	1 560	122	955	78	390	136
USA	1 642	1 783	1 924	368	293	520	677	434
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**4,2**	**2,6**	**3,7**	**5,2**	**7,5**	**−0,8**	**1,4**	**6,2**
Inländer	4,3	1,4	2,3	3,4	4,0	1,8	1,4	2,5
Ausländer	4,1	3,1	4,2	6,1	8,3	−2,0	1,3	7,8

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2015	2016	2017	3Q17	4Q17	1Q18	2Q18	3Q18
Deutschland	7 791	8 271	8 435	2 455	1 567	3 350	1 482	2 568
Niederlande	1 152	1 167	1 224	308	148	727	96	309
Schweiz	1 061	1 160	1 225	316	232	487	190	334
Italien	740	768	751	241	176	168	136	268
CESEE[1)]	2 274	2 503	2 740	624	633	1 103	524	679
Restl. Europa	2 092	2 144	2 214	514	340	1 073	335	520
Rest der Welt	1 325	1 388	1 523	536	314	353	373	573
Gesamt	**16 435**	**17 401**	**18 112**	**4 994**	**3 410**	**7 261**	**3 136**	**5 251**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2015	2016	2017	3Q17	4Q17	1Q18	2Q18	3Q18
Deutschland	2 098	2 182	2 221	704	448	426	665	713
Italien	1 306	1 432	1 414	687	187	164	456	690
Kroatien	693	815	826	535	53	46	214	642
Europäische Mittelmeerländer[1)]	1 016	965	1 084	579	126	141	232	531
Restl. Europa	2 162	2 233	2 534	979	484	544	756	1 001
Rest der Welt	1 133	1 173	1 375	395	359	327	307	425
Gesamt	**8 408**	**8 800**	**9 454**	**3 879**	**1 657**	**1 648**	**2 630**	**4 002**

1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

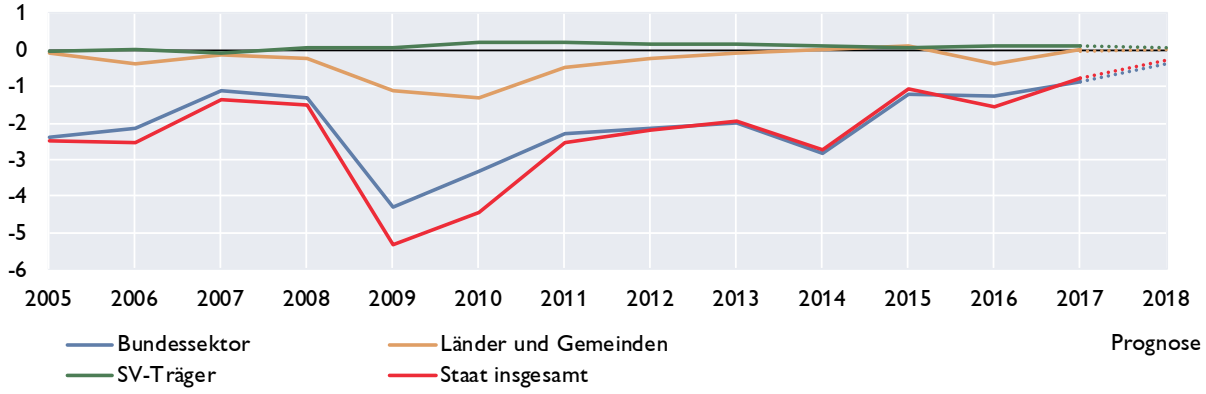
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				in % des BIP			
2014	−9,4	−0,0	0,3	−9,1	−2,8	−0,0	0,1	−2,7
2015	−4,2	0,4	0,1	−3,6	−1,2	0,1	0,0	−1,0
2016	−4,4	−1,5	0,3	−5,6	−1,2	−0,4	0,1	−1,6
2017	−3,3	−0,0	0,4	−2,9	−0,9	−0,0	0,1	−0,8
2018[1)]	−1,6	0,1	0,3	−1,2	−0,4	0,0	0,1	−0,3

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

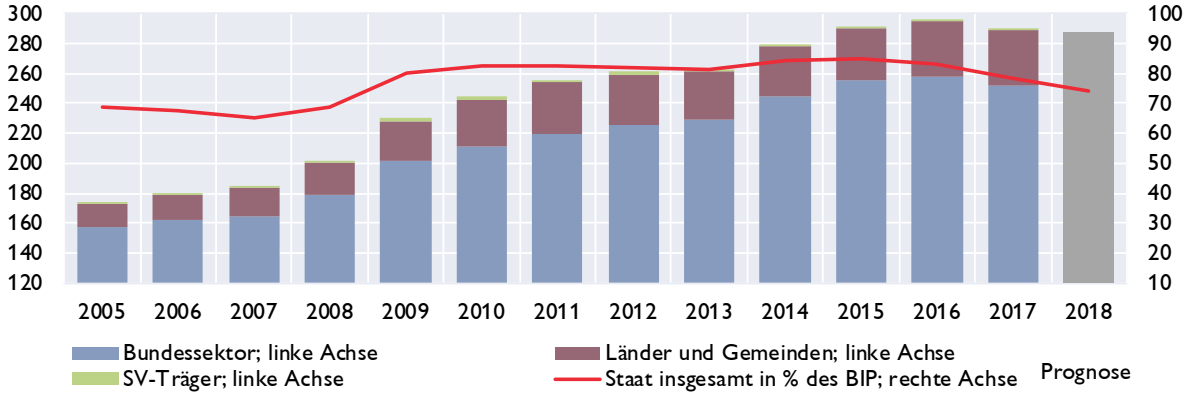


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				in % des BIP			
2014	244,9	33,8	1,3	280,0	73,5	10,1	0,4	84,0
2015	255,8	34,9	1,3	291,9	74,3	10,1	0,4	84,8
2016	257,7	36,8	1,3	295,8	72,3	10,3	0,4	83,0
2017	251,8	36,7	1,2	289,7	68,1	9,9	0,3	78,3
2018[1)]	.	.	.	287,6	.	.	.	74,2

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



1) Prognose (BMF; budgetäre Notifikation vom Oktober 2018).

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

Finanzierungshaushalt[1)] Allgemeine Gebarung	Jänner bis Dezember 2017	Jänner bis Dezember 2018	Vorl. Erfolg 2018	Voranschlag 2019	Veränderung 2019/2018
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	80 678	77 982	77 982	79 174	1,5
Einzahlungen	73 805	76 879	76 879	79 689	3,7
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	−6 873	−1 103	−1 103	515	−146,7

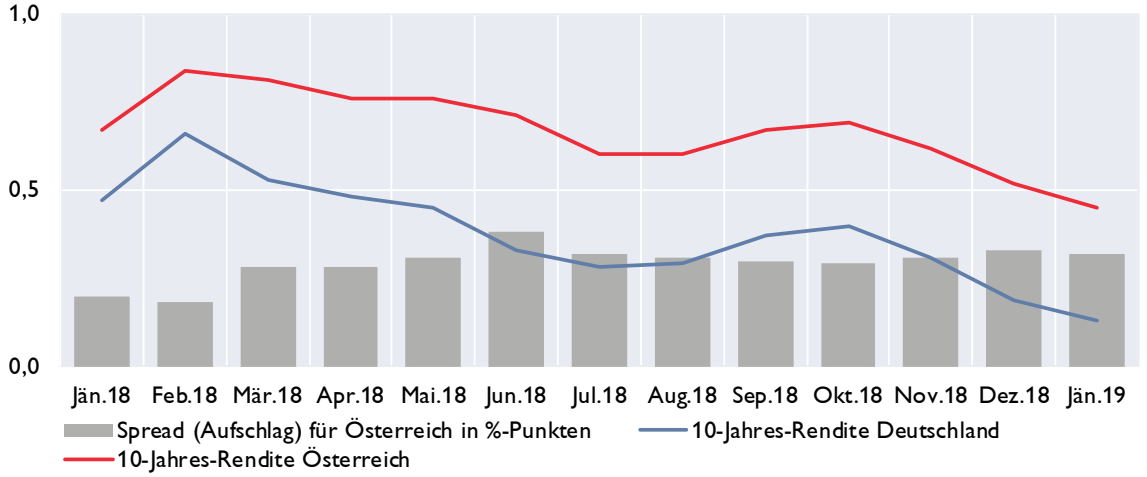
Abgaben des Bundes

	Jänner bis Dezember 2017	Jänner bis Dezember 2018	Vorl. Erfolg 2018	Voranschlag 2019	Veränderung 2019/2018
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	41 850	44 050	44 050	44 562	1,2
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*3 951*	*4 280*	*4 280*	*4 200*	*−1,9*
Körperschaftsteuer	*7 904*	*9 163*	*9 163*	*9 000*	*−1,8*
Lohnsteuer	*25 350*	*27 178*	*27 178*	*27 900*	*2,7*
Kapitalertragsteuern	*2 754*	*3 072*	*3 072*	*3 150*	*2,5*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	41 923	43 344	43 344	44 307	2,2
davon: Umsatzsteuer	*28 346*	*29 347*	*29 347*	*30 300*	*3,2*
Öffentliche Abgaben brutto	84 821	88 204	88 204	89 510	1,5
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	30 467	31 328	31 328	31 888	1,8
Überweisungen an die Europäische Union	2 644	3 636	3 636	3 100	−14,7
Öffentliche Abgaben netto[3)]	51 709	53 240	53 240	54 522	2,4

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich

Rendite in %



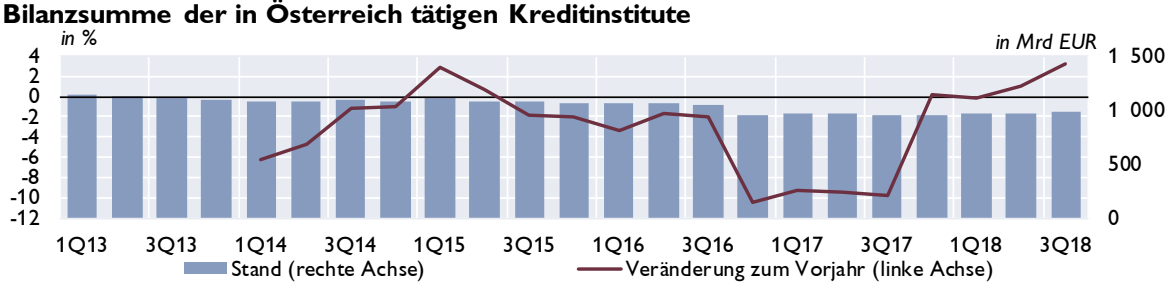
Quelle: BMF, EZB.

Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert[1)]

Vermögenslage	3. Quartal 2018	3. Quartal 2017	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	in Mio EUR			in %
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	68 624	75 530	−6 906	−9,1
Darlehen und Kredite	696 504	660 456	36 047	5,5
Schuldverschreibungen	133 776	133 921	−145	−0,1
Eigenkapitalinstrumente	6 507	8 886	−2 379	−26,8
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	18 819	22 997	−4 178	−18,2
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	20 381	19 224	1 157	6,0
Materielle Vermögenswerte	17 527	9 727	7 800	80,2
Immaterielle Vermögenswerte	2 896	2 742	153	5,6
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	16 406	17 358	−952	−5,5
SUMME AKTIVA / PASSIVA	981 439	950 841	30 597	3,2
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	24 426	21 990	2 437	11,1
Einlagen von Kreditinstituten[2)]	105 521	110 645	−5 124	−4,6
Einlagen von Nichtbanken	570 570	547 424	23 147	4,2
Begebene Schuldverschreibungen[2) 5)]	138 504	123 154	15 350	12,5
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	12 123	15 743	−3 620	−23,0
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	1 104	779	325	41,7
Nachrangige Verbindlichkeiten[4)]	-	16 460	-	-
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital[3)]	0	0	0	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten[3)]	8 877	94	8 783	-
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten[5)]	22 872	21 711	1 161	5,3
Rückstellungen	12 284	12 026	258	2,1
Eigenkapital und Minderheitenanteile	85 157	80 815	4 342	5,4
**hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis[3)]*	*−6 829*	*−3 538*	*−3 291*	*−93,0*
**hievon: Minderheitenanteile*	*6 324*	*6 221*	*103*	*1,6*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	981 439	950 841	30 597	3,2

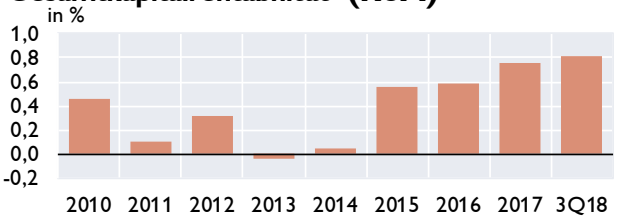
1) Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von KI-Gruppen und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD" werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q2/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Bis zum 1. Quartal 2018 wurden hier nachrangige Verbindlichkeiten exkludiert und in einer separaten Position dargestellt. Ab dem 2. Quartal 2018 sind hier nachrangige Verbindlichkeiten inkludiert. - 3) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt. - 4) Diese Position ist nur bis zum 1. Quartal 2018 verfügbar. - 5) Bis zum 1. Quartal 2018 wurden sonstige finanzielle Verbindlichkeiten als Teil der Position "Begebene Schuldverschreibungen, sonstige finanzielle Verbindlichkeiten" dargestellt. Seit dem 2. Quartal 2018 sind diese Teil der Position "Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten".

Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation

Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen.*

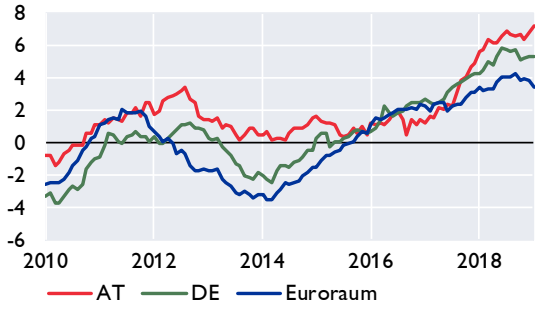
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2016	152,5	5 454	3,2	2,0	135,6	4 301	1,4	2,4
2017	156,4	5 603	3,4	2,9	143,8	4 316	4,9	3,1
2018	162,0	5 747	3,7	3,2	153,0	4 398	6,8	3,9
Apr.18	156,2	5 635	3,4	2,9	146,1	4 362	6,2	3,3
Mai.18	158,1	5 641	3,7	2,9	147,2	4 389	6,2	3,7
Jun.18	157,3	5 665	3,3	3,0	148,1	4 369	6,6	4,1
Jul.18	158,0	5 681	3,3	3,0	149,1	4 396	6,9	4,1
Aug.18	158,9	5 694	3,2	3,1	149,8	4 381	6,7	4,1
Sep.18	160,2	5 706	3,6	3,1	150,5	4 385	6,6	4,3
Okt.18	160,3	5 722	3,5	3,2	151,5	4 399	6,7	3,9
Nov.18	160,8	5 742	3,4	3,3	152,9	4 425	6,4	4,0
Dez.18	162,0	5 747	3,7	3,2	153,0	4 398	6,8	3,9
Jän.19	161,6	5 752	3,9	3,2	154,6	4 408	7,2	3,4

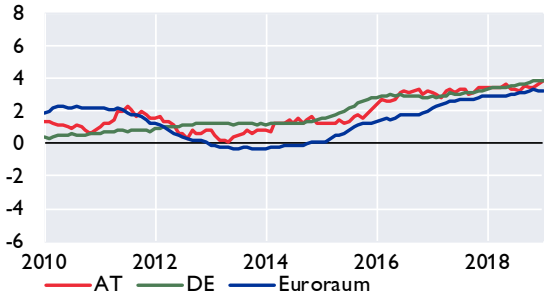
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



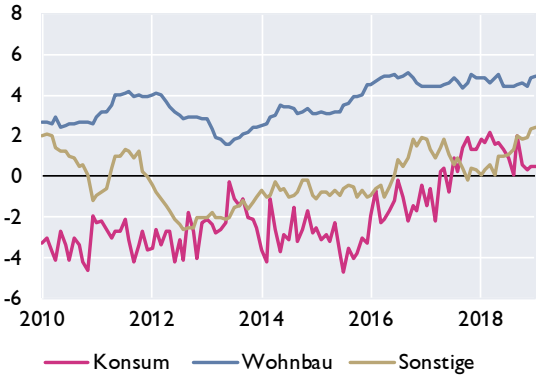
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

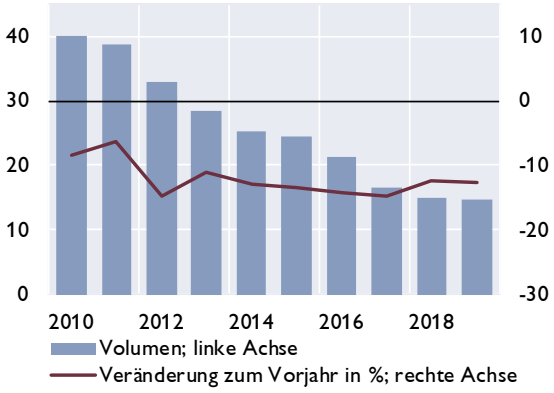
Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR

in %

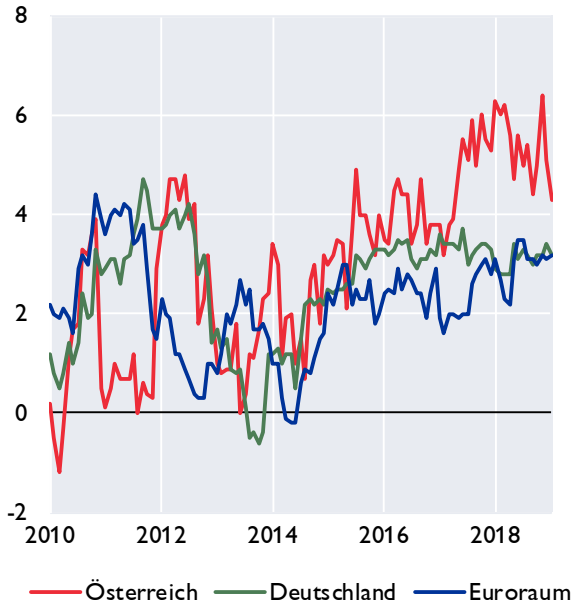


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

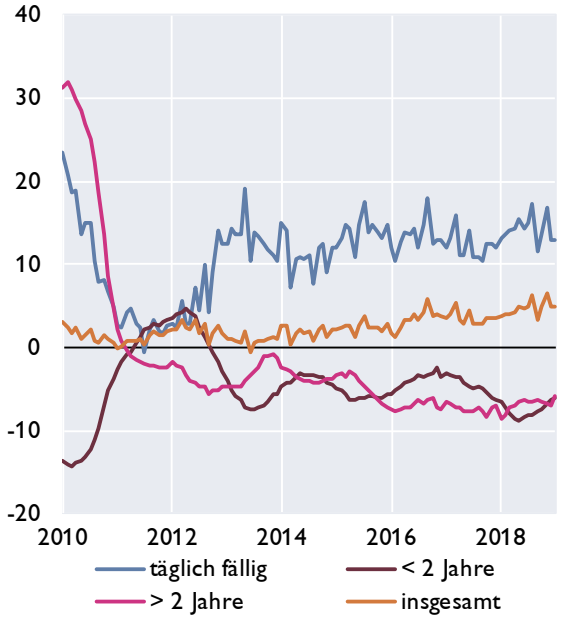
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



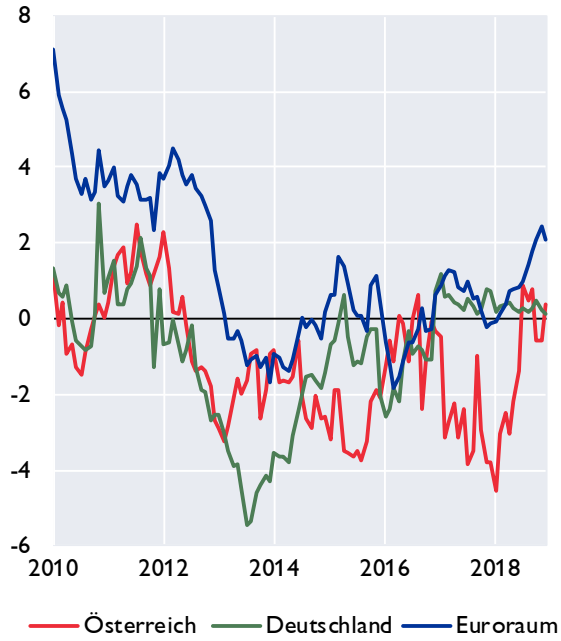
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



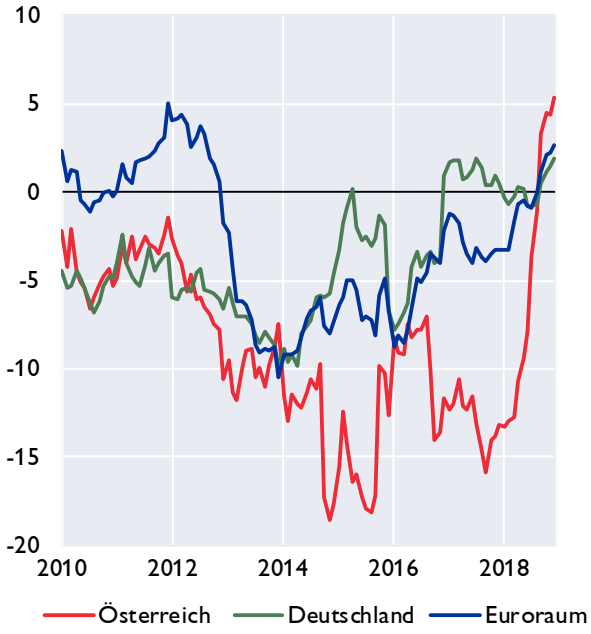
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

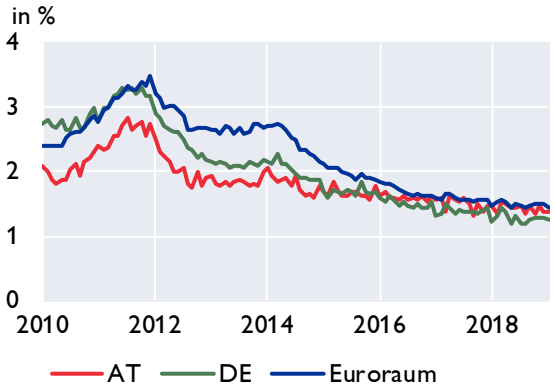


Quelle: OeNB, EZB

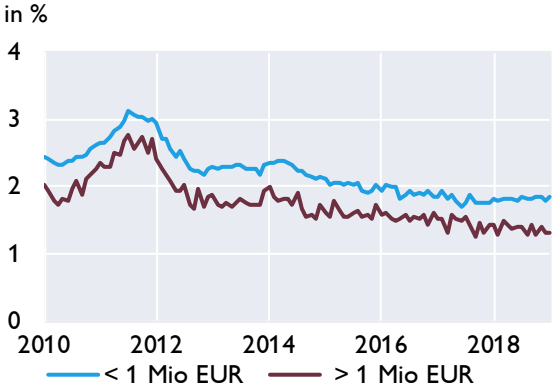
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

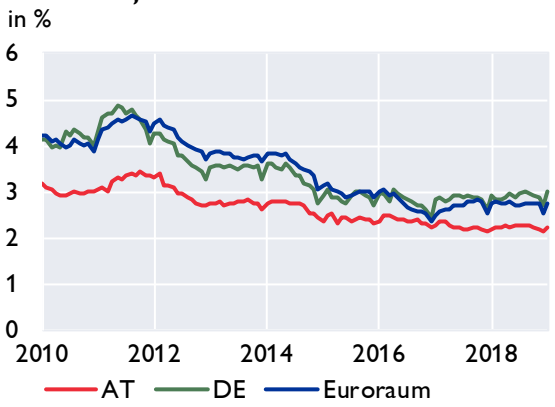


Nach Kredithöhe in Österreich

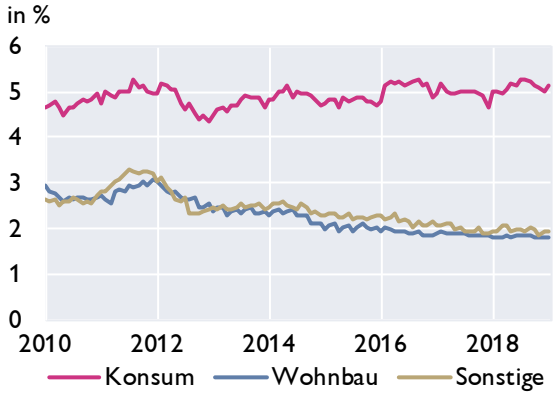


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

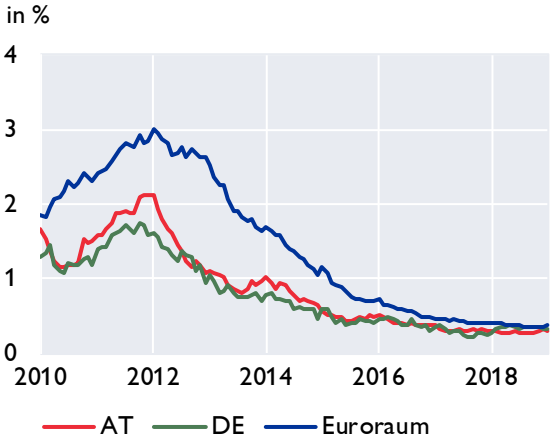


Nach Verwendungszweck in Österreich

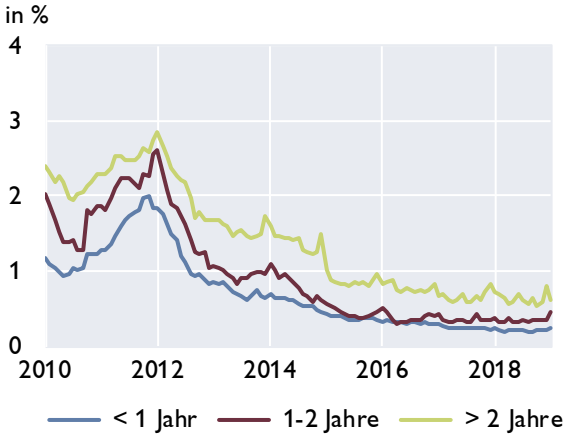


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert[1)]

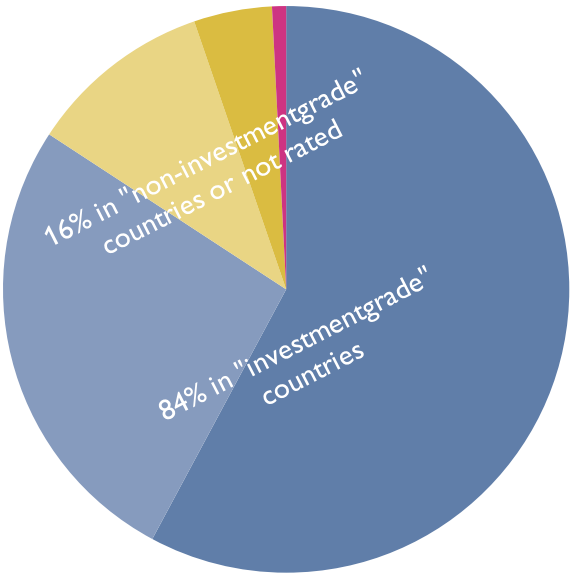
Ertragslage	3. Quartal 2018 in Mio EUR	3. Quartal 2017	Differenz zur Vergleichsperiode	in %
Zinsergebnis, netto	11 364	10 938	426	3,9
**hievon: Zinsen und ähnliche Erträge*	*18 200*	*17 116*	*1 084*	*6,3*
**hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)*	*6 836*	*6 178*	*658*	*10,6*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[2)]	0	0	0	-
Dividendenerträge	400	402	−3	−0,7
Provisionsergebnis, netto	5 241	5 108	133	2,6
**hievon: Provisionserträge*	*7 099*	*6 980*	*119*	*1,7*
**hievon: (Provisionsaufwand)*	*1 859*	*1 872*	*−14*	*−0,7*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto[3)]	129	218	−90	−41,1
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto für UGB-Banken[4)]	1	-	-	-
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten. netto[3)]	−599	30	−629	−2099,3
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto[2) 4)]	8	-	-	-
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP[3)]	999	375	624	166,5
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto[4)]	2	-	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	2 308	1 771	537	30,3
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2 017	1 639	378	23,1
Betriebserträge, netto	**17 834**	**17 202**	**632**	**3,7**
(Verwaltungsaufwendungen)	10 545	10 290	255	2,5
**hievon: (Personalaufwendungen)*	*6 239*	*6 164*	*75*	*1,2*
**hievon: (Sachaufwendungen)*	*4 306*	*4 126*	*180*	*4,4*
(Abschreibungen)	798	735	63	8,6
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)[3)]	60	110	−51	−46,1
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)[3)]	224	−76	300	395,4
Betriebsergebnis	**6 207**	**6 143**	**64**	**1,0**
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	−35	−88	53	60,6
(Sonstige Rückstellungen)[3)]	−35	109	−144	−132,2
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)[4)]	−33	-	-	-
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)[4)]	13	-	-	-
(Wertberichtigungen im Kreditgeschäft)[5)]	-	376	-	-
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)[5)]	-	6	-	-
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert[3)]	0	1	−1	−100,0
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	954	861	94	10,9
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[2)]	−91	16	−107	−683,1
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS[2) 4)]	−7	-	-	-
Außerordentliches Ergebnis[5)]	-	−2	-	-
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**7 155**	**6 616**	**539**	**8,1**
(Ertragssteuern)	1 241	1 090	151	13,9
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**5 914**	**5 526**	**388**	**7,0**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder[4)]	1	-	-	-
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[2)]	14	102	−88	−86,6
(Minderheitenanteile)[3)]	475	484	−10	−2,0
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**5 453**	**5 144**	**310**	**6,0**

Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

Quelle: OeNB.

1) Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von KI-Gruppen und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD" werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q2/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt. - 3) Ab 1. Quartal 2018 ergibt sich eine Erhöhung der Meldepopulation für diese Positionen. - 4) Diese Position ist erst ab dem 1. Quartal 2018 verfügbar. - 5) Diese Position ist nur bis zum 4. Quartal 2017 verfügbar.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- | BBB+ - BBB- | BB+ - BB- | B+ - B- | not rated

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	3Q18
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	47 564	47 001	44 221	48 558	55 827	69 914	74 131
Slowakei	24 535	25 093	26 319	29 261	30 149	31 127	31 333
Rumänien	26 823	25 778	25 896	23 498	24 454	24 555	25 003
Kroatien	23 195	22 038	18 878	18 167	17 147	16 841	17 164
Ungarn	19 803	18 109	15 460	14 263	14 485	15 901	16 957
Polen	17 933	17 017	16 688	19 121	16 574	16 311	15 622
Slowenien	9 588	8 079	5 494	4 716	4 488	4 805	5 132
Republik Serbien	5 041	4 865	3 565	4 029	4 210	4 579	5 022
Bulgarien	4 093	3 626	3 456	3 368	3 476	3 759	4 131
Bosnien Herzgowina	4 261	4 124	3 438	3 238	3 277	3 337	3 526
Republik Montenegro	875	865	392	346	405	811	868
Türkei	776	929	1011	889	924	859	829
Mazedonien	390	350	306	292	330	345	383
Aserbeidschan	63	144	247	239	293	267	258
Litauen	120	161	144	131	124	164	176
Lettland	137	126	53	77	132	119	128
Estland	60	50	51	14	17	14	19
Andere	24 560	23 411	19 151	16 190	16 958	16 504	18 601
Gesamt	209 818	201 768	184 768	186 397	193 269	210 215	219 282

Anmerkung: Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar.

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 3. Quartal 2018	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	11 165	*11 165*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 093
Bargeld	1 593	7 088	*7 043*	*0*	*25*	*21*	*0*	23 164	0	3 716
Täglich fällige Einlagen	56 573	121 274	*100 854*	*5 910*	*10 146*	*3 515*	*849*	144 503	5 691	91 430
Sonstige Einlagen	19 448	164 496	*152 898*	*962*	*9 987*	*489*	*160*	102 775	1 452	46 728
Kurzfristige Kredite	37 631	72 187	*67 883*	*5*	*3 340*	*960*	*0*	2 306	0	24 704
Langfristige Kredite	98 877	395 672	*371 818*	*190*	*18 644*	*5 005*	*15*	185	12	82 855
Handelskredite	55 168	82	*50*	*0*	*31*	*0*	*0*	1	1	19 285
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	62	1 881	*1 401*	*444*	*3*	*32*	*0*	1 535	11	7 152
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5 177	311 125	*174 182*	*80 249*	*2 972*	*53 350*	*373*	27 803	1 357	295 196
Börsennotierte Aktien	26 368	56 206	*4 536*	*28 113*	*22 208*	*1 349*	*0*	25 606	808	55 598
Nicht börsennotierte Aktien	41 041	88 394	*22 149*	*165*	*58 038*	*7 987*	*56*	2 785	20	26 193
Investmentzertifikate	12 018	151 068	*15 837*	*60 325*	*18 217*	*35 019*	*21 670*	60 819	2 840	20 348
Sonstige Anteilsrechte	184 796	102 277	*28 998*	*1 983*	*66 672*	*4 624*	*0*	123 170	1 683	172 333
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	77 891	x	1 924
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	2 810	3 971	*0*	*0*	*0*	*3 971*	*0*	3 576	0	1 140
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	44 071	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	11 394	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	8 579	13 865	*5 862*	*15*	*7 011*	*857*	*119*	11 556	12	6 979
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	550 141	1 500 751	*964 674*	*178 361*	*217 295*	*117 180*	*23 242*	663 137	13 886	857 675
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	7	*7*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	0
Bargeld	103	3 071	*3 077*	*0*	*1*	*-7*	*0*	719	0	-386
Täglich fällige Einlagen	5 931	25	*-1 842*	*-334*	*2 011*	*-51*	*241*	14 092	576	12 883
Sonstige Einlagen	-2 109	1 586	*498*	*-437*	*1 617*	*-65*	*-27*	-7 374	-180	-6 243
Kurzfristige Kredite	2 173	8 454	*7 446*	*2*	*1 048*	*-43*	*0*	619	0	3 778
Langfristige Kredite	476	8 583	*9 207*	*-13*	*-550*	*-76*	*15*	-105	-4	-8 715
Handelskredite	6 071	19	*15*	*0*	*4*	*0*	*0*	0	0	163
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-4	-405	*-479*	*59*	*-13*	*27*	*0*	270	2	-4 177
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-668	8 425	*8 373*	*901*	*57*	*-900*	*-5*	-2 337	-94	1 905
Börsennotierte Aktien	-718	1 731	*400*	*1 419*	*-105*	*16*	*0*	215	7	529
Nicht börsennotierte Aktien	-2 093	825	*458*	*33*	*-97*	*435*	*-3*	-184	-1	515
Investmentzertifikate	574	2 699	*-182*	*1 409*	*769*	*463*	*240*	3 285	146	252
Sonstige Anteilsrechte	10 932	1 824	*252*	*-59*	*1 642*	*-11*	*0*	-5	-2	11 167
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-875	x	-79
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	-300	-890	*0*	*0*	*0*	*-890*	*0*	-381	0	122
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	-581	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	1 032	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1 713	-2 948	*-1 963*	*38*	*-516*	*-528*	*21*	4 928	-2	-950
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	18 653	33 005	*25 267*	*3 020*	*5 868*	*-1 631*	*481*	13 318	448	10 765
Nettogeldvermögen	-278 042	604	*12 504*	*-4 742*	*-20 322*	*10 804*	*2 360*	473 458	10 718	-20 666
Finanzierungssaldo	-5 338	1 369	*-2 695*	*-1 619*	*3 723*	*1 527*	*432*	7 183	389	-7 701

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 3. Quartal 2018	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR [1]	x	2 093	*2 093*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	11 165
Bargeld	x	32 671	*32 671*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	3 073
Täglich fällige Einlagen	x	418 537	*418 537*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	28 901
Sonstige Einlagen	x	252 675	*252 675*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	90 504
Kurzfristige Kredite	49 343	14 715	*0*	*292*	*11 513*	*2 909*	*1*	10 152	440	62 729
Langfristige Kredite	253 846	31 767	*0*	*187*	*30 874*	*686*	*21*	177 149	2 403	109 772
Handelskredite	51 860	22	*10*	*0*	*12*	*0*	*0*	51	0	21 950
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	661	4 005	*3 958*	*x*	*47*	*0*	*0*	x	x	1 959
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	40 381	146 660	*132 320*	*0*	*10 858*	*3 483*	*0*	x	x	185 472
Börsennotierte Aktien	92 611	36 054	*28 269*	*x*	*1 974*	*5 811*	*x*	x	x	53 187
Nicht börsennotierte Aktien	36 505	59 434	*48 544*	*552*	*3 595*	*6 572*	*172*	x	x	81 074
Investmentzertifikate	x	182 046	*49*	*181 997*	*0*	*0*	*x*	x	x	75 075
Sonstige Anteilsrechte	266 880	184 303	*19 192*	*71*	*164 919*	*121*	*0*	x	11	137 616
Lebensversicherungsansprüche	x	75 197	*x*	*x*	*0*	*75 197*	*x*	x	x	4 618
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	8 740	*x*	*x*	*0*	*8 740*	*x*	x	x	2 757
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13 135	30 808	*7 824*	*x*	*0*	*2 296*	*20 688*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	11 394	*0*	*0*	*11 394*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	22 960	9 025	*6 029*	*3*	*2 433*	*560*	*0*	2 328	314	8 488
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	828 183	1 500 148	*952 171*	*183 103*	*237 617*	*106 375*	*20 882*	189 680	3 168	878 341
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR [1]	x	0	*0*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	7
Bargeld	x	2 101	*2 101*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	1 442
Täglich fällige Einlagen	x	37 392	*37 392*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-2 378
Sonstige Einlagen	x	-17 017	*-17 017*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2 467
Kurzfristige Kredite	6 933	2 191	*0*	*83*	*1 526*	*587*	*-6*	723	-11	6 034
Langfristige Kredite	527	-1 714	*0*	*-80*	*-1 065*	*-574*	*5*	5 324	-38	-3 091
Handelskredite	4 518	2	*0*	*0*	*3*	*0*	*0*	11	0	1 477
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	100	-434	*-395*	*x*	*-39*	*0*	*0*	x	x	-329
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-453	4 170	*4 751*	*x*	*-93*	*-488*	*0*	x	x	1 110
Börsennotierte Aktien	-2 798	1 842	*62*	*x*	*1 780*	*0*	*0*	x	x	2 720
Nicht börsennotierte Aktien	-227	355	*213*	*x*	*33*	*63*	*0*	x	x	-1 120
Investmentzertifikate	x	4 598	*-8*	*4 606*	*0*	*0*	*0*	x	x	2 696
Sonstige Anteilsrechte	10 712	983	*1 950*	*0*	*-993*	*26*	*0*	x	-1	11 655
Lebensversicherungsansprüche	x	-1 242	*0*	*x*	*0*	*-1 242*	*0*	x	x	288
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-866	*0*	*x*	*0*	*-866*	*0*	x	x	-583
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-111	-473	*-629*	*x*	*0*	*106*	*50*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1 032	*0*	*0*	*1 032*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	4 791	-1 282	*-457*	*-16*	*-39*	*-771*	*0*	77	109	-3 930
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	23 992	31 636	*27 962*	*4 638*	*2 145*	*-3 158*	*49*	6 135	59	18 465
Nettogeldvermögen	-278 042	604	*12 504*	*-4 742*	*-20 322*	*10 804*	*2 360*	473 458	10 718	-20 666
Finanzierungssaldo	-5 338	1 369	*-2 695*	*-1 619*	*3 723*	*1 527*	*432*	7 183	389	-7 701

Quelle: OeNB.

1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.